



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

## **Die Wehrmachtsausstellung in Deutschland und Österreich Ein Vergleich**

Verfasser

**Lukas Grossberger**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie (Mag. phil.)**

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Geschichte

Betreuer: Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb



Gewidmet meinen Eltern  
Anna und Franz Grossberger



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	<b>Seite 7</b>
<b>2. Die Erinnerungskultur in Deutschland und Österreich im Vorfeld der Wehrmachtsausstellung</b>	<b>Seite 8</b>
2.1 Die BRD – Der Umgang mit der Schuld	Seite 8
2.2 Die DDR – Land der Antifaschisten?	Seite 12
2.3 Nach der Wiedervereinigung – Die gemeinsame Erinnerung	Seite 16
2.4 Österreich – Opfer oder Täter?	Seite 19
2.5 Vergleich der Erinnerungskulturen in Bezug auf die Wehrmachtsausstellung	Seite 24
<b>3. Die Debatte über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München und Salzburg</b>	<b>Seite 26</b>
3.1 München versus Salzburg	Seite 26
3.2 Die Wehrmachtsausstellung in München	Seite 28
3.3 Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg	Seite 42
3.4 Gemeinsamkeiten und Differenzen – München und Salzburg im Vergleich	Seite 52
<b>4. Die politischen, wissenschaftlichen und medialen Aspekte der Debatte in Deutschland und Österreich</b>	<b>Seite 54</b>
4.1 Politik – (K)ein einfaches Links-Rechts-Schema	Seite 54
4.1.1 SPÖ und SPD	Seite 55
4.1.2 ÖVP und CDU/CSU	Seite 62
4.1.3 FPÖ	Seite 68
4.1.4 Die Kleinparteien	Seite 72
4.2 Wissenschaft – Eine Ausstellung spaltet die Historiker	Seite 75
4.2.1 Die wissenschaftliche Gesellschaft in Deutschland	Seite 76
4.2.2 Die wissenschaftliche Gesellschaft in Österreich	Seite 81
4.3 Die Bilderdebatte	Seite 85
4.3.1 Der Höhepunkt der wissenschaftlichen Kritik	Seite 91

4.3.2	Das Gutachten der Historikerkommission und seine Folgen	Seite 101
4.4	Medien – Zwischen neutraler Berichterstattung und einseitiger Hetze	Seite 107
4.4.1	Die Rolle der Kronen Zeitung in der Debatte	Seite 114
<b>5.</b>	<b>Die Debatte über die Wehrmachtsausstellung in Politik, Wissenschaft und Medien – Unterschiede und Kontinuitäten</b>	<b>Seite 118</b>
5.1	Politik	Seite 118
5.2	Wissenschaft	Seite 121
5.3	Medien	Seite 122
<b>6.</b>	<b>Anhang</b>	<b>Seite 124</b>
6.1	Literaturverzeichnis	Seite 124
6.2	Zeitungen und Zeitschriften	Seite 138
6.3	Fachzeitschriften	Seite 140
6.4	Internetquellen	Seite 141
6.5	Abstract	Seite 142
6.7	Kurzbiographie	Seite 144

## 1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Debatte rund um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ auseinander. Die im deutschsprachigen Raum in erster Linie als Wehrmachtsausstellung bekannt gewordene Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung thematisierte auf provozierende Art und Weise die Vergehen deutscher Soldaten während dem Zweiten Weltkrieg. Die Schau wurde zwischen den Jahren 1995 und 1999 in 34 Ausstellungsorten präsentiert und stieß bedingt durch ihre einseitige Darstellungsweise sowohl auf begeisterte Zustimmung, wie auch auf heftige Ablehnung. Die durch die Schau ausgelösten Emotionen mündeten in eine umfangreiche Debatte, an der sich eine breite Öffentlichkeit beteiligte. Im November 1999 wurde die Wehrmachtsausstellung schließlich zurückgezogen, nachdem der Historiker Bogdan Musial nachweisen konnte, dass einige Fotos der als Bilderausstellung konzipierten Schau keine Verbrechen der deutschen Wehrmacht, sondern Vergehen des sowjetischen NKWD, darstellten. Beim Rückzug der Ausstellung spielte erneut der öffentliche, insbesondere der mediale, Druck auf das Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung eine bedeutende Rolle.

Das Hauptaugenmerk der Arbeit liegt auf einem Vergleich der Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung zwischen Deutschland und Österreich, wobei den Bereichen Politik, Wissenschaft und Medien besondere Aufmerksamkeit zukommt. Ziel der Arbeit ist es die Unterschiede in den beiden Ländern im Umgang mit der Ausstellung herauszuarbeiten und Differenzen aufzuzeigen. Zu Beginn der Arbeit soll die Erinnerungskultur und hierbei insbesondere die Gedenkkultur der beiden Staaten den Nationalsozialismus betreffend dargestellt und verglichen werden. Vor allem der Umgang mit den Verbrechen des Regimes und ihre Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung verdient eine intensive Betrachtung. Darauf aufbauend soll die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung in München und Salzburg dargestellt werden. In beiden Ausstellungsorten sorgte die Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung für einen Skandal und eine breite Polarisierung, wodurch sich sowohl München als auch Salzburg für einen direkten Vergleich eignen.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt schließlich auf einem Vergleich der politischen, wissenschaftlichen und medialen Reaktionen auf die Wehrmachtsausstellung. Auf politischer Ebene sollen Unterschiede in der Einstellung der deutschen und österreichischen Parteien zur

Schau herausgearbeitet werden. Dem Auftreten der jeweiligen Parteispitze auf Bundesebene soll dabei ebenso Aufmerksamkeit geschenkt werden, wie der Reaktion auf die Ausstellung an der Parteibasis, beziehungsweise auf Gemeindeebene. Der Bereich Wissenschaft wiederum soll die Ansichten und Einschätzungen führender Historiker zur Schau enthalten und besonders auf die so genannte Bilderdebatte, sprich auf die Diskussion über die in der Ausstellung eingesetzten Fotos, Bezug nehmen. Ziel ist es, die Unterschiede in der Einschätzung der Schau durch deutsche beziehungsweise österreichische Wissenschaftler deutlich heraus zu arbeiten. Für die Wahrnehmung der Wehrmachtsausstellung durch die breite Öffentlichkeit spielte letztlich die mediale Berichterstattung eine entscheidende Rolle. Die Arbeit soll deshalb die Einstellung der führenden Medien Deutschlands und Österreichs zur Schau herausarbeiten und einen Überblick über die Intensität der Berichterstattung geben. Der Fokus der Betrachtung liegt dabei eindeutig auf den Printmedien.

## **2. Die Erinnerungskultur in Deutschland und Österreich im Vorfeld der Wehrmachtsausstellung**

### 2.1 Die BRD – Der Umgang mit der Schuld

Die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 in Reims sowie einen Tag darauf in Karlshorst stellt das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa dar. Die nationalsozialistische Regierung unter Großadmiral Dönitz arbeitete indes noch bis 23. Mai 1945 weiter. Bereits auf der von 28. November bis 1. Dezember 1943 tagenden Konferenz von Teheran hatten sich die Alliierten auf eine dauerhafte Entwaffnung, sowie auf die Beseitigung sämtlicher Strukturen und Formen des Nationalsozialismus in Deutschland verständigt. Dies sollte im Rahmen einer langfristigen Besatzung, die von den vier zentralen Forderungen Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung begleitet wurde, umgesetzt werden. „Vor allem die Entnazifizierung erwies sich als schwierige, bürokratische Prozedur, die sich nicht darauf beschränkte, den öffentlichen Dienst und die Wirtschaft von Funktionären und Mitgliedern der NSDAP zu säubern, sondern den Anspruch erhob, die gesamte deutsche Gesellschaft vom Geist des Nazismus zu befreien.“<sup>1</sup> Die Amerikaner versuchten dabei möglichst alle Bürger bezüglich ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus zu überprüfen, während Briten und Franzosen ihr

---

<sup>1</sup> Manfred Görtemaker, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (München 2002). S.18



Augenmerk lediglich auf die Beseitigung der Nationalsozialisten von den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Positionen richteten.

Mit der Erlassung des Gesetzes zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus am 5. März 1946 wurde die Entnazifizierungspraxis in der amerikanischen Zone der Verantwortung der Bundesrepublik überstellt. 1947 nahmen auch die Briten und Franzosen das Gesetz in ihre Entnazifizierungspraxis auf. Jeder Deutsche der das 18. Lebensjahr erreicht hatte, musste einen Fragenkatalog mit 131 Fragen ausfüllen. Nach der Überprüfung der Angaben wurde die Bevölkerung auf dieser Grundlage von Spruchkammern in Hauptbeschuldigte, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete eingestuft. „Der Katalog der Sanktionen reichte von mehrjährigen Gefängnis- bis zu Geldstrafen oder einem zeitweiligen Entzug des Wahlrechts. Zahlreiche Täter konnten sich jedoch durch Entlastungsschreiben von Bekannten, sogenannten Persilscheinen, reinwaschen.“<sup>2</sup> Dies ermöglichte es einer Vielzahl von Personen als Mitläufer eingestuft zu werden, während nur ein geringer Prozentsatz der Deutschen als Hauptbelastete oder Belastete eingeordnet wurden. „Von den in den Westzonen insgesamt durchgeführten rund 3,66 Millionen Verfahren hatten bis 1949/1950 nur etwa 25 000 – also nicht einmal ein Prozent – zur Einstufung in eine der beiden obersten Kategorien geführt.“<sup>3</sup> Diese Konstellation ermöglichte es zahlreichen deutschen Tätern sich als Opfer zu fühlen, während die Führungselite des Dritten Reiches in Nürnberg von einem internationalen Militärtribunal angeklagt und von der Bevölkerung dämonisiert wurde.<sup>4</sup> Im westlichen Teil Deutschlands wurden unter Addierung der Urteilsprüche des Nürnberger Tribunals insgesamt 5 025 Personen schuldig gesprochen. Zusätzlich kam es zur Vollstreckung von 486 Todesurteilen.<sup>5</sup>

Während die Errichtung der Republik Österreich sowie der DDR von einem Gründungsmythos begleitet wurde, der die eigenen Opfer hervorhob und dem jungen Staat zu einem positiven Selbstbild verhalf, betrachtete sich die Bundesrepublik als unmittelbarer Nachfolgestaat des verbrecherischen nationalsozialistischen Regimes. Die BRD anerkannte die Mitverantwortung am Nationalsozialismus und verurteilte gleichzeitig die totalitäre

---

<sup>2</sup> Edgar Wolfrum, Die gegläuckte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (Stuttgart 2006). S.27

<sup>3</sup> Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit (München 1996). S.68

<sup>4</sup> vgl. Katrin Hammerstein, Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland. In: Regina Fritz, Carola Sachse, Edgar Wolfrum, (Hg.) Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa (Göttingen 2008). S.48ff.

<sup>5</sup> vgl. Görtemaker, Geschichte (München 2002). S.21

Herrschaft Hitlerdeutschlands. Daraus resultierte die Tatsache, dass die Bundesrepublik in den ersten Jahren der Nachkriegszeit vergeblich nach einem positiven Selbstbild suchte, welches sich erst in den 50er Jahren herauszubilden begann. Das Eingeständnis der Schuld stellte aber auch einen in der modernen Geschichte beispiellosen Bruch mit der Vergangenheit sowie ein deutliches Bekenntnis zur Aufarbeitung dar. Gleichzeitig herrschte jedoch in nahezu allen gesellschaftlichen Gruppen „eine spürbare Diskretion vor, ein Schweigen nach innen und eine Abwehr der Vergangenheit nach außen.“<sup>6</sup> Die Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten wurde auf die ehemalige Führungselite des Dritten Reiches abgewälzt. Gleichzeitig tabuisierte die breite Masse die Involvierung großer Teile der Bevölkerung in die Untaten der Nationalsozialisten.

Ähnlich wie in Österreich lastete auch die deutsche Bevölkerung alle Schuld und Verantwortung für die begangenen Verbrechen Hitler, sowie der Elite des Regimes, an. „Das Gefühl, von Hitler getäuscht und verraten worden zu sein, trat an die Stelle der zuvor geübten Loyalität“<sup>7</sup> und ermöglichte es den Deutschen, sich als Opfer Hitlers zu fühlen. Dabei stellten sie sich „in der Opferhierarchie nicht nur auf die gleiche Stufe mit den tatsächlich in der NS-Zeit Verfolgten, sondern sogar über diese.“<sup>8</sup> Die als Bombenterror bezeichneten Angriffe der Alliierten auf deutsche Städte sowie die Millionen gefallenen und verwundeten deutschen Soldaten, deren sinnloses Sterben in einem Angriffskrieg als Heldentod mystifiziert wurde, stärkten die selektiven Wahrnehmungen und Vorstellungen der Bevölkerung, wonach sie selbst Opfer wären, noch zusätzlich. „Immerhin ist bemerkenswert, dass ungeachtet der Tatsache, dass sich die Mehrheit der Deutschen nach 1945 als Opfer der Hitlerschen Politik, der eigenen Selbstverblendung, der russischen Kriegführung oder der alliierten Bombardements betrachtete, sich dennoch bald nach dem Kriegsende eine Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit einstellte.“<sup>9</sup>

Eine deutliche Wendung im Umgang mit der Vergangenheit zeichnete sich in der Bundesrepublik mit dem Ende der 1950er Jahre ab. „Den Hintergrund bildeten die antisemitischen Skandale und Hakenkreuzschmierereien im gesamten Bundesgebiet am Ende

---

<sup>6</sup> Wolfrum, Demokratie (Stuttgart 2006). S.171

<sup>7</sup> Hans Mommsen, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945. In: Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2003). S.102

<sup>8</sup> Hammerstein, Opfer. In: Fritz, Sachse, Wolfrum, (Hg.) Nationen (Göttingen 2008). S.50

<sup>9</sup> Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, Nationale Erinnerungskulturen seit 1945 im Vergleich. In: Cornelißen, Klinkhammer, Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen (Frankfurt am Main 2003). S.15

des Jahrzehnts, die die politische Klasse schockierten.“<sup>10</sup> Mit dem Ulmer Einsatzgruppenprozess wurde eine zweite Phase von NS-Kriegsverbrecherprozessen eingeleitet. Gleichzeitig versuchte die Bundesrepublik Defizite in Unterricht und Schulbildung aufzuheben. Als Folge daraus entstanden Mitte der 1960er Jahre neue Richtlinien für den Unterricht auf deren Grundlage das Thema Nationalsozialismus an den Schulen stärker thematisiert wurde. „Für die breitere öffentliche Wahrnehmung der Verbrechen aus den NS-Jahren war in diesem Zusammenhang entscheidend, dass sich gleichzeitig der Umgang mit den Orten des Terrors in vielen Städten und Gemeinden änderte.“<sup>11</sup> Beispielsweise wurde versucht, Gedächtnisorte wie das Konzentrationslager Dachau zu erhalten, um diese offensiv in die Erinnerungskultur miteinbeziehen zu können.

Mit der durch Willy Brandt eingeleiteten neuen Ostpolitik begann die Erinnerung an den Nationalsozialismus Anfang der 1970er Jahre erneut zu polarisieren. Dass die Kenntnisse über die Verbrechen des Dritten Reiches bei der Mehrheit der Deutschen dennoch nicht sehr stark ausgeprägt waren, zeigte sich erst 1979, als die von ARD ausgestrahlte TV-Serie Holocaust „die Westdeutschen wie nie zuvor erschütterte.“<sup>12</sup> Experten gehen gar davon aus, dass die Ausstrahlung der Spielfilmserie „zum ersten Mal die Kenntnis über die Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreitet hat.“<sup>13</sup> Obwohl die Serie von Historikern aufgrund ihrer verfälschenden Dramatisierung der Judenvernichtung als klassische Seifenoper eingestuft wurde, war ihre aufklärerische Wirkung enorm. „Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Vierteiler war geprägt von hoher Emotionalität, und auf vielen Ebenen gelang es, Tabus zu brechen oder zumindest die Diskussionsfelder zu erweitern.“<sup>14</sup> Deutlich zeigte sich jedoch auch, dass die Geschichtswissenschaft mit ihren Erkenntnissen die Bevölkerung bisher nicht erreicht hatte. Die Tatsache, dass die Verbrechen der Wehrmacht, welche Historikern ebenfalls bereits jahrelang bekannt waren, der breiten Öffentlichkeit nicht vermittelt werden konnten, stellt zusätzlich eine interessante Parallele dar.

---

<sup>10</sup> Edgar Wolfrum, Die beiden Deutschland. In: Volkhard Knigge, (Hg.) Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (Bonn 2005). S.157

<sup>11</sup> Christoph Cornelissen, Vergangenheitsbewältigung – ein deutscher Sonderweg? In: Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit (Göttingen 2009). S.29

<sup>12</sup> Wolfrum, Deutschland. In: Knigge, (Hg.) Verbrechen (Bonn 2005). S.160

<sup>13</sup> Cornelißen, Klinkhammer, Schwentker, Erinnerungskulturen. In: Cornelißen, Klinkhammer, Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen (Frankfurt am Main 2003). S.16

<sup>14</sup> Susanne Brandt, Wenig Anschauung? Die Ausstrahlung des Films Holocaust im westdeutschen Fernsehen. (1978/79) In: Cornelißen, Klinkhammer, Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen (Frankfurt am Main 2003). S.264

Diese Entwicklung steigerte sich durch die vermehrte Thematisierung von Detailereignissen noch zusätzlich und führte zu unterschiedlichen Entfaltungen. „Einerseits wurde die NS-Vergangenheit mehr und mehr zu einer Sache der wissenschaftlichen Experten“<sup>15</sup>, andererseits beherrschten ab 1982/1983 zahlreiche vergangenheitspolitische Kontroversen rund um Gedenkveranstaltungen die breite Öffentlichkeit und führten zu einem verstärkten Diskurs über die NS-Vergangenheit. 1986 gipfelten heftige Debatten über die Bedeutung des Holocausts für die deutsche Geschichte beispielsweise im Historikerstreit. Bereits ein Jahr zuvor wurde die Frage, ob der 8. Mai 1945 als Tag der deutschen Kapitulation oder als Tag der Befreiung zu werten sei, kontrovers diskutiert. Die in der BRD wie auch international viel beachtete Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985, in der er in eindeutiger Art und Weise zu dieser Frage Stellung bezog<sup>16</sup>, prägt die deutsche Erinnerungskultur bis heute.

## 2.2 Die DDR – Land der Antifaschisten?

Bereits Anfang Mai 1945 bildeten sich in der sowjetischen Besatzungszone auf Wunsch der Militärregierung Initiativgruppen mit deutschen Exilkommunisten, unter der Führung von Walter Ulbricht, heraus. Ulbricht verfolgte beim Aufbau einer neuen Ordnung „von Anfang an das Ziel, in der sowjetischen Zone ein kommunistisches System aufzubauen.“<sup>17</sup> Die Sowjets förderten die Herausbildung von Parteiorganisationen in ihrer Besatzungszone, scheiterten jedoch mit ihrem Volksfrontkonzept, zumal die bürgerlichen Parteien sowie die SPD einen viel stärkeren Zulauf als die KPD genossen. Unter massivem Druck der Besatzungsmacht erfolgte am 22. April 1946 durch die Zusammenlegung von SPD und KPD die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Der Verschmelzung der beiden politischen Kräfte waren Repressionen und Verhaftungen von widerstrebenden SPD Mitgliedern vorausgegangen.<sup>18</sup> Die SED stellte nach ihrer Gründung ein von der Sowjetunion gelenktes Machtinstrument dar und stand stellvertretend für den sich immer stärker herausbildenden Gegensatz zwischen den Westzonen, sowie der sowjetischen Besatzungszone. Dies zeigte sich auch auf wirtschaftlicher Ebene deutlich. Während der Marshall Plan den Westen Deutschlands stärkte, führten Demontagen und Reparationen in der

---

<sup>15</sup> Wolfrum, Deutschland. In: Knigge, (Hg.) Verbrechen (Bonn 2005). S.160

<sup>16</sup> vgl. Jan-Holger Kirsch, Wir haben aus der Geschichte gelernt. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland (Köln / Weimar / Wien 1999). S.96ff.

<sup>17</sup> Diether Raff, Vom alten Reich zum vereinten Deutschland (München 2001). S.402

<sup>18</sup> vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei (München 2009). S.34f.

sowjetischen Besatzungszone zu einem gegenteiligen Effekt. Die Währungsreform in Westdeutschland sowie die darauf folgende Berlinblockade verschärften die Gegensätze weiter. Auf die am 23. Mai 1949 erfolgte Gründung der Bundesrepublik Deutschland antwortete die sowjetische Besatzungszone am 7. Oktober 1949 mit dem in Kraft setzen der Verfassung der DDR, wodurch die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde.

In Abgrenzung zur Bundesrepublik stellte sich die DDR als neuer Staat ohne Kontinuität zum nationalsozialistischen Reich dar. „In der Distanzierung vom nationalsozialistischen Regime und seinen Verbrechen sahen die in der SBZ / DDR machtpolitisch dominierenden kommunistischen Funktionäre einen zentralen Bezugspunkt ihres politischen Handelns.“<sup>19</sup> Diese Neupositionierung wurde zudem bewusst zum Bruch mit den alten Eliten genutzt. „Als Ergebnis der Entnazifizierung fand ein fast vollständiger Austausch der Eliten in Schule, Justiz, Verwaltung und Polizei statt.“<sup>20</sup> Durch die Betonung des antifaschistischen Widerstandes deutete die DDR die Niederlage an der Seite Hitlerdeutschlands in einen gemeinsam mit der Roten Armee errungenen Sieg um. „Auf diese Weise wurden die DDR-Bürger nicht nur zu einem Volk der Opfer des NS-Regimes, sondern vor allem zu einem Volk der Märtyrer und Helden des Widerstandskampfes und schließlich sogar zu Siegern der Geschichte, während die Last der NS-Vergangenheit Westdeutschland zugewiesen wurde.“<sup>21</sup> Die Glorifizierung des antifaschistischen Widerstandes fand neben der Kunst und der Literatur vor allem in einer exzessiv ausgeprägten Denkmalkultur ihren Niederschlag.<sup>22</sup> Die Tatsache, dass nur wenige Deutsche der NS-Diktatur tatsächlich Widerstand entgegen brachten, machte die Betonung dieser Gegenwehr in Form der Denkmäler notwendig. Gleichzeitig bot der von persönlicher Erinnerung vollkommen abgekoppelte Antifaschismus der DDR den Menschen „die Möglichkeit der Identifizierung, ohne das eigene Verhalten während der NS-Zeit in Frage stellen zu müssen.“<sup>23</sup> Während sich die DDR bereits im Namen als demokratisch pries, ohne dies freilich zu sein, wurde die Bundesrepublik gleichzeitig als kapitalistischer und imperialistischer Staat betrachtet und in eine Kontinuität zum Dritten Reich gesetzt.

---

<sup>19</sup> Jürgen Danyel, Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ / DDR 1945–1989. In: Christoph Cornelißen, (Hg.) Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Essen 2005). S.173

<sup>20</sup> Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte (München 1998). S.133

<sup>21</sup> Hammerstein, Opfer. In: Fritz, Sachse, Wolfrum, (Hg.) Nationen (Göttingen 2008). S.41

<sup>22</sup> vgl. Wolfrum, Deutschland. In: Knigge, (Hg.) Verbrechen (Bonn 2005). S.163f.

<sup>23</sup> Christoph Hölscher, NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989) (Berlin 2002). S.234

Die zwischen 1945 und 1949 stattfindende Entnazifizierung in Ostdeutschland hatte von Beginn an einen zweideutigen Charakter. Auf der einen Seite begann eine Abrechnung mit den Trägern des NS-Regimes, auf der anderen Seite wurde die Entnazifizierung durch einen bewusst angestrebten Systemwechsel beeinflusst, wobei der Nationalsozialismus von einer kommunistischen Parteiherrschaft abgelöst wurde. Zwar verliefen die Entnazifizierungsmaßnahmen in politisch bedeutenden Bereichen wie Justiz und Verwaltung radikaler als in den westlichen Besatzungszonen, dennoch führten die Umwälzungen zu massenhafter Annäherung an das neue System. Für die ehemaligen Nationalsozialisten wurde beispielsweise in Form der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands ein Sammelbecken geschaffen, das jedoch unter der Kontrolle der Kommunisten stand. „Als die Entnazifizierung für beendet erklärt wurde, gehörte der Nationalsozialismus nicht mehr zur Eigengeschichte der DDR, sondern nur noch zur Geschichte der kapitalistischen Bundesrepublik.“<sup>24</sup> Zu einem Prozess der Aufarbeitung wie in der Bundesrepublik oder in Österreich konnte es aufgrund dieses Schlusstrichs in der DDR nicht kommen. „Die Kriegserfahrung der deutschen Bevölkerung u.a. auch mit den sowjetischen Besatzern, die subjektive Erinnerungswelt der ehemaligen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die Gedankenwelt der Flüchtlinge und Vertriebenen hatten im öffentlichen Gedenken der DDR keinen Platz“<sup>25</sup>, zumal die Parteispitze eine Politik des Antifaschismus von oben verordnete.

Mit dem Umstieg vom mit dem Nationalsozialismus nicht selten gleichgesetzten Kapitalismus zum Sozialismus hätte die DDR konsequent die richtigen Lehren aus der Zeit des Dritten Reiches gezogen, so die SED-Propaganda. Während die DDR in der Bundesrepublik den einzigen Nachfolgestaat des Dritten Reiches erblickte und versuchte, die Verbrechen der Nationalsozialisten einzig den Kapitalisten im Westen anzuheften, wurden die eigenen als antifaschistisch bezeichneten Bürger entlastet. Ein besonderes Merkmal der kommunistischen DDR stellte die Unfähigkeit des Staates dar, die Ermordung der Juden im Nationalsozialismus zu erklären sowie entsprechend zu thematisieren. Die Opfer des Holocausts passten nicht zum heroischen Antifaschismus der DDR und der millionenfache Mord an den Juden wurde in das Klassenschema gepresst. Dabei eröffneten sich auch innerhalb der DDR antisemitische Denkweisen. Die Schändung von jüdischen Friedhöfen sowie Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen Judentum und Kapital können hier als Beispiele herangezogen werden.

---

<sup>24</sup> Wolfrum, Deutschland. In: Knigge, (Hg.) Verbrechen (Bonn 2005). S.162f.

<sup>25</sup> Danyel, Diskurs. In: Cornelißen, (Hg.) Diktatur (Essen 2005). S.190

Während die Sowjetunion als Hauptopfer des Faschismus anerkannt und gewürdigt wurde, gerieten die Opfer der Schoah genauso ins Abseits wie andere Opfergruppen, die aufgrund ihres Glaubens oder aus rassistischen Überlegungen heraus vom NS-Regime verfolgt wurden.<sup>26</sup> Roma und Sinti sind hier ebenso zu nennen wie beispielsweise die Zeugen Jehovas. Zwar erreichte das Thema Judenverfolgung in der DDR bedingt durch den Eichmannprozess im Jahr 1961 erstmals öffentliche Aufmerksamkeit, weit reichende Veränderungen in der Erinnerungskultur blieben allerdings aus. Die unmittelbaren Folgen beschränkten sich lediglich auf eine Abwertung West-Deutschlands, das als antisemitisch gebrandmarkt wurde. Konsequenterweise sah sich die DDR auch zu keinen weit reichenden Entschädigungszahlungen veranlasst. Während sich die BRD in einem am 10. September 1952 geschlossenen Übereinkommen mit Israel über Wiedergutmachungszahlungen in Milliardenhöhe einigte<sup>27</sup>, lehnte die DDR jegliche Entschädigungsleistungen strikt ab. Erst ab den 1980er Jahren wurden die jüdischen Leiden während der Zeit des Nationalsozialismus stärker betont. Bei der Wiedergutmachung spielte zusätzlich die Nähe zum politischen System der DDR eine nicht unbedeutende Rolle. Regimekonformes Verhalten und Loyalität zum SED-Staat waren für die Anerkennung als Verfolgter während der Zeit des Nationalsozialismus „mindestens ebenso wichtig geworden wie die erlittene Verfolgung und der praktizierte Widerstand während der NS-Zeit.“<sup>28</sup> So verloren beispielsweise Vertreter des 20. Juli 1944 ihren Status als Opfer des Faschismus aus politischen Überlegungen.

Eine erste Annäherung und Entspannung zwischen BRD und DDR zeichnete sich Anfang der 1970er Jahre ab. In weiterer Folge kam es auch zu kleinen Veränderungen in der Erinnerungsarbeit der DDR. Diese waren neben der Ostpolitik Willy Brandts auch auf internationalen Druck sowie auf personelle Veränderungen innerhalb der SED zurückzuführen. So stieß beispielsweise die dogmatische Betrachtung der Vergangenheit spürbar auf Widerstand. Vor allem die Kirchen äußerten Bedenken aufgrund von antisemitischen Vorfällen, die durch den Nahostkonflikt zusätzlich verstärkt wurden. Die Ablöse Walter Ulbrichts durch Erich Honecker an der Spitze des Staates führte in weiterer Folge zu einer Aufwertung der Verfolgten des NS-Regimes, zumal Honecker selbst während der NS-Zeit als Gefangener im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert worden war. „Mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker verschob sich auch die Gewichtung im

---

<sup>26</sup> vgl. Hölscher, NS-Verfolgte (Berlin 2002). S.227

<sup>27</sup> vgl. Hermann-Josef Brodesser, Bernd Josef Fehn, Tilo Franosch, Wilfried Wirth, Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte – Regelungen – Zahlungen (München 2000). S.28ff.

<sup>28</sup> Hölscher, NS-Verfolgte (Berlin 2002). S.228

partieoffiziellen Geschichtsbild erneut zugunsten des innerdeutschen Widerstandes.“<sup>29</sup> Zudem bewirkten außenpolitische Annäherungsversuche in Richtung USA letztendlich, dass die DDR dem Leid der Juden während der Zeit des Nationalsozialismus mehr Beachtung schenkte.

Die politische Geste sollte einen Staatsbesuch Honeckers in den Vereinigten Staaten ermöglichen und die angespannten Beziehungen zwischen der DDR und Israel verbessern. „Es ist bezeichnend und gehört zur Auflösungsgeschichte der DDR, daß aus außenpolitischem Kalkül und Pragmatismus dogmatische Denkkategorien plötzlich fallengelassen wurden.“<sup>30</sup> Als 1985 in der Sowjetunion jedoch Diskussionen über stalinistische Verbrechen begannen, zeigte sich die DDR weniger flexibel, was vergangenheitspolitische Kurskorrekturen betraf. „Die eigene Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus versuchte die in den politischen Ämtern verharrende Generation der Altkommunisten bis zum bitteren Ende von jeglichem Makel freizuhalten.“<sup>31</sup> Kritische Fragen der jungen Generation wurden weitgehend ignoriert, obwohl sich die Defizite und inneren Widersprüche der Erinnerungskultur der DDR als eklatant herausstellten. Die Kundgebungen und Demonstrationen des Jahres 1989 brachten neben einer Ablehnung des Systems durch breite Massen auch eine Abrechnung mit der Vergangenheitspolitik der SED mit sich. Mit dem Untergang der DDR wurde auch dem politisch verordneten Antifaschismus ein abruptes Ende gesetzt.

### 2.3 Nach der Wiedervereinigung – Die gemeinsame Erinnerung

Die Vergangenheitspolitik des geeinten Deutschland erfuhr bedingt durch die eklatanten Unterschiede in der Erinnerungskultur der beiden Staaten nach dem 3. Oktober 1990 deutliche Veränderungen. Im Vergleich zur BRD wurde die Vergangenheitspolitik in der DDR wesentlich stärker durch staatliche Richtungsvorgaben als durch kulturelle Einflüsse geprägt. „Eine wirklich freie und unabhängige Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur in den eigenen Städten und in den eigenen Familien, wie sie seit Ende der 1960er Jahre in Westdeutschland stattgefunden hat, gab es in der DDR bis 1989 nicht“.<sup>32</sup> Es versteht sich daher von selbst, dass der Zusammenbruch der DDR maßgebliche Veränderungen in der Erinnerungskultur mit sich brachte, welche auf dem ehemaligen Gebiet des Staates wesentlich

---

<sup>29</sup> Ebendort (Berlin 2002). S.220

<sup>30</sup> Wolfrum, Deutschland. In: Knigge, (Hg.) Verbrechen (Bonn 2005). S.165

<sup>31</sup> Danyel, Diskurs. In: Cornelißen, (Hg.) Diktatur (Essen 2005). S.194f.

<sup>32</sup> Michael Beleites, Isolierte Aufarbeitung? Zur zweigleisigen Erinnerungskultur in Deutschland und ihren Folgen. In: Hammerstein, Mähler, Trappe, Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung (Göttingen 2009). S.48



weitreichender ausfielen als in der Bundesrepublik, wenngleich sich auch deren historisch-politisches Selbstverständnis wandelte. Gleichzeitig mit den Veränderungen, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus betreffend, mussten sich die neuen Bundesländer auch mit dem diktatorischen SED-System und hierbei in erster Linie mit dem Unterdrückungsapparat der DDR dem Ministerium für Staatssicherheit auseinandersetzen. Die nach dem Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen benannte „Gauck-Behörde machte für Hunderttausende die Einsicht in ihre Stasi-Akten möglich, die damit ein Stück ihrer Geschichte aufarbeiten konnten.“<sup>33</sup> Die auch außerhalb Deutschlands auf hohe Beachtung stoßende Gauck-Behörde trug in den 1990er Jahren wesentlich zur Auseinandersetzung ehemaliger DDR-Bürger mit ihrer Vergangenheit bei.

Eine besonders anspruchsvolle Aufgabe des wiedervereinigten Deutschland bestand im Umgang mit den markanten Orten der Erinnerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Neben der Umbenennung von Straßen und dem Abriss einiger Denkmäler brachte die Veränderung so mancher Erinnerungsorte jahrelange Diskussionen und Konflikte mit sich. Dies ist umso bemerkenswerter, zumal der überwiegende Großteil der ehemaligen DDR Bürger die wesentlichen Aspekte der Erinnerungskultur während der SED-Herrschaft für wenig erhaltenswert einstufte. Vor allem rund um die nationalen Mahnmale und Gedenkstätten im Osten entzündeten sich heftige Kontroversen. Diese spielten für die DDR eine große Rolle und dienten nicht zuletzt der eigenen Legitimation. Das vereinigte Deutschland entschied sich nach 1990 rasch dazu, die Gedenkstätten umzugestalten. In weiterer Folge wurden Fachkommissionen, welche neue Gestaltungskonzepte ausarbeiten sollten, eingerichtet. Ein Hauptproblem bei zahlreichen ostdeutschen Erinnerungsstätten war die von der SED-Führung akribisch verfolgte Hervorhebung des antifaschistischen Widerstandes sowie deren Opfer. So wurde beispielsweise den Attentätern des 20. Juli 1944 lange Zeit keine Beachtung geschenkt.<sup>34</sup> Auch bei zahlreichen Gedenkstätten blendete die SED-Führung den nicht kommunistischen Widerstand aus und beschränkte sich auf eine sehr selektive Darstellung von Opfergruppen und Widerstandskämpfern. Im Allgemeinen gestaltete sich die Darstellung des Nationalsozialismus, „die sich in den Bahnen dogmatischer marxistisch-leninistischer Faschismus-Interpretationen bewegte“<sup>35</sup>, wenig objektiv.

---

<sup>33</sup> Bernd Faulenbach, Deutsche Erinnerungsgesellschaft Ost und West seit 1989 / 90. In: Cornelißen, (Hg.) Diktatur (Essen 2005). S.461

<sup>34</sup> vgl. Gerd R. Ueberschär, Stauffenberg. Der 20. Juli 1944 (Frankfurt am Main 2004). S.193f.

<sup>35</sup> Ebendort. In: Cornelißen, (Hg.) Diktatur (Essen 2005). S.465

Als spannungsgeladen entpuppte sich freilich auch der Umgang mit den beiden in der Gedenkkultur rivalisierenden Diktaturerfahrungen. Das vereinte Deutschland stand vor der nicht unproblematischen Aufgabe, das Verhältnis zwischen den Verbrechen des NS-Systems und dem Unrecht der DDR-Zeit in der Erinnerungslandschaft korrekt darzustellen. Dabei durften die Gräueltaten der NS-Zeit nicht aufgrund des Gedenkens an das Unrechtssystem der DDR in Vergessenheit geraten beziehungsweise in den Hintergrund gedrängt werden. Umgekehrt bestand ebenfalls die Gefahr, dass die kommunistische Diktatur in der DDR aufgrund des riesigen Ausmaßes der NS-Verbrechen erinnerungspolitisch in den Schatten gestellt werden könnte. Für die Zukunft wird der Vergleich der beiden unterschiedlichen Diktaturerfahrungen an Bedeutung gewinnen, wobei die Aufarbeitung des NS-Terrors nicht losgelöst von der Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen behandelt werden sollte. „Für die deutsche Erinnerungskultur ist es unabdingbar, die nationalsozialistische Diktatur und die kommunistische Diktatur voneinander zu unterscheiden. Eine solche Unterscheidung kann aber nicht funktionieren, wenn man beide Herrschaftssysteme und ihre jeweiligen Folgen nur voneinander isoliert analysiert und aufarbeitet.“<sup>36</sup>

International überwogen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung vor allem Befürchtungen, dass Deutschland unter seine NS-Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen könnte. Diese Sorgen stellten sich bereits wenige Jahre nach der so genannten Wende als unbegründet heraus. „Denn die Vereinigung von Ost- und Westdeutschland machte neue Verhandlungen über die Identität der Deutschen notwendig.“<sup>37</sup> Neben der Jahre andauernden Kontroverse um die Verbrechen der Wehrmacht sorgten die Goldhagen Debatte, die Paulskirchenrede des Schriftstellers Martin Walser und zahlreiche weitere Diskussionen über die Einordnung der NS-Zeit dafür, dass die nationalsozialistische Vergangenheit nicht in Vergessenheit geriet. Neben der Aufarbeitung der Geschehnisse in der DDR sahen sich viele Menschen auch dazu veranlasst, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit wieder stärker in ihre Erinnerungskultur mit einzubeziehen. Bemerkenswert ist, dass vor allem die Opferrolle der deutschen Bevölkerung wieder stärker betont wurde. Das durch alliierte Bombenangriffe ausgelöste Leid, die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten im Osten sowie die Erfahrungen mit den sowjetischen Besatzern rückten wieder stärker ins Zentrum der Erinnerungskultur. „Die neue Beschäftigung mit diesem Thema ist dabei frei von der

---

<sup>36</sup> Beleites, Aufarbeitung. In: Hammerstein, Mählert, Trappe, Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung (Göttingen 2009). S.58

<sup>37</sup> Birgit Rommelspacher, Anklage und Entlastung. Sozialpsychologische Aspekte der Goldhagen-Debatte. In: Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits, (Hg.) Die Fratze der eigenen Geschichte. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg (Berlin 1999). S.41

Tendenz, die Verbrechen der Deutschen und die an den Deutschen aufrechnen zu wollen, eine Tendenz, die in der Nachkriegszeit keineswegs gänzlich gefehlt hatte.“<sup>38</sup> Im Unterschied zur Vergangenheit trug die Bevölkerung der Globalisierung Rechnung und versuchte in erster Linie die Themen in einen internationalen Kontext einzuordnen. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass vor allem das Gedenken an den Holocaust in den letzten Jahren kein spezifisch deutsches Zeichen der Erinnerung mehr darstellt, sondern Gegenstand von universaler Erinnerung geworden ist. Diese Tatsache unterstreicht das Verständnis der internationalen Gemeinschaft für die geschichtspolitisch schwierige Situation der Bundesrepublik Deutschland. Die Verbrechen der Nationalsozialisten und somit die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte werden heute im Ausland nicht mehr so stark als deutscher Sonderweg wahrgenommen. Im Vordergrund steht vielfach das Bewusstsein, dass die einzigartigen von Deutschland ausgegangenen Verbrechen theoretisch auch in einem anderen Land möglich gewesen wären.

#### 2.4 Österreich – Opfer oder Täter?

Der Anschluss im März 1938 stellte sowohl eine Machtergreifung von oben, durch die deutsche Wehrmacht, als auch eine Machtübernahme von unten, in Form eines Putsches der etwa 100 000 illegalen österreichischen Nationalsozialisten, dar. Am Höhepunkt ihres politischen Einflusses zählte die NSDAP im März 1943 auf dem Gebiet der „Ostmark“ 693 007 Mitglieder<sup>39</sup> und war in der österreichischen Bevölkerung umfassend verankert. „Wie in Deutschland, gab es auch hier enthusiastische Unterstützer des Regimes, wie auch eine beachtliche Zahl an Opportunisten und Mitläufern.“<sup>40</sup> Bereits vor der, in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges stattfindenden, Wiedererrichtung der Republik Österreich am 27. April 1945 legten die Alliierten in Form der Moskauer Deklaration von 1943 die Weichen für die österreichische Erinnerungskultur der Nachkriegszeit. In der am 30. Oktober 1943 abgefassten Erklärung bezeichneten die Regierungen Großbritanniens, der USA sowie der Sowjetunion Österreich als das erste Opfer Hitlerdeutschlands und einigten sich darauf, Österreich als freien und unabhängigen Staat wiederherzustellen. Die Alliierten wiesen jedoch auch deutlich auf die Verantwortung Österreichs an der Kriegsteilnahme des Landes auf

---

<sup>38</sup> Faulenbach, Erinnerungsgesellschaft. In: Cornelißen, (Hg.) Diktatur (Essen 2005). S.469

<sup>39</sup> vgl. Margit Reiter, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis (Innsbruck 2006). S.42

<sup>40</sup> Lonnie R. Johnson, Nationen und Nationalismen in globaler Perspektive: Reflexionen über Ursprünge, Entwicklungen und gegenwärtige Transitionen am Beispiel Österreich. In: Helmut Kramer, Karin Liebhart, Friedrich Stadler, (Hg.) Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler (Wien 2006). S.96

Seiten Hitlerdeutschlands hin: “Austria is reminded, however, that she has a responsibility which she cannot evade for participation in the war on the side of Hitlerite Germany, and that in the final settlement account will inevitably be taken of her own contribution to her liberation.”<sup>41</sup> Gerade dieser Passus von der Mitverantwortung Österreichs wurde nach der Wiedererrichtung der Republik bewusst ausgeblendet. Stattdessen nahmen breite Bevölkerungsschichten die Darstellung Österreichs als erstes Opfer einer fremden Aggression bereitwillig auf. „Somit konnte sich die ‚Opferthese‘ hegemonial durchsetzen und wurde zum staatstragenden Gründungsmythos der Zweiten Republik, der tief im kollektiven Gedächtnis verankert war.“<sup>42</sup> Dass große Teile der Bevölkerung im März 1938 den Einmarsch der deutschen Wehrmacht euphorisch gefeiert hatten, geriet dabei rasch in Vergessenheit.

Die Gründung der Zweiten Republik stellte eine klare Abgrenzung zum Nationalsozialismus dar. Der antifaschistische Grundkonsens sowie die viel zitierte Legende vom Geist der Lagerstraße<sup>43</sup> zeigte sich nach Abhaltung der ersten freien Wahlen im November 1945 und führte zu einer Zusammenarbeit der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ sowie der KPÖ. Im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen waren ehemalige Mitglieder der NSDAP sowie ihrer Organisationen bei der Nationalratswahl von 1945 nicht wahlberechtigt. Zusätzlich wurden die ehemaligen Nationalsozialisten in die Gruppen Kriegsverbrecher, Belastete und Minderbelastete eingeteilt. Hochrangige Nationalsozialisten, sowie als Kriegsverbrecher eingestufte Personen, wurden in Internierungslager eingesperrt. Obwohl die halbherzigen Entnazifizierungsmaßnahmen keine große Wirkung zeigten<sup>44</sup>, dauerte die Internierung in der Regel maximal zwei Jahre. „Bereits Anfang 1947 begannen die Alliierten mit Massenentlassungen und im August 1947 wurde das größte Lager Glasenbach aufgelöst.“<sup>45</sup> Auf der Grundlage des 1945 geschaffenen Verbots- und Kriegsverbrechergesetzes<sup>46</sup> wurden über 28 000 Vergehen untersucht. Neben 30 vollstreckten Todesurteilen kam es jedoch auch zu Haftstrafen, die später dramatisch herabgesetzt oder sogar aufgehoben wurden.

Bei den Wahlen von 1949 waren die ehemaligen Nationalsozialisten wieder zugelassen, was bereits im Vorfeld zu einem opportunistischen Werben der beiden Großparteien ÖVP und

---

<sup>41</sup> Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg. In: Rolf Steininger, Michael Gehler, (Hg.) Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd.2 (Wien / Köln / Weimar 1997). S.34

<sup>42</sup> Reiter, Generation (Innsbruck 2006). S.43

<sup>43</sup> Konrad Paul Liessmann, Die Insel der Seligen. Österreichische Erinnerungen (Innsbruck 2005). S.35

<sup>44</sup> vgl. Oskar Dohle, Peter Eigelsberger, Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945 (Linz / Salzburg 2009). S.230ff.

<sup>45</sup> Reiter, Generation (Innsbruck 2006). S.44

<sup>46</sup> vgl. Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter (Wien 2003). S.20ff.

SPÖ um die Stimmen der Ehemaligen führte. „Je stärker sich die beiden Großparteien um dieses Stimmenpotential bemühten, auf umso größere Distanz gingen sie zu den Widerstandskämpfern und Opfern des Faschismus – auch in den eigenen Reihen.“<sup>47</sup> Gleichzeitig unterstützte die SPÖ die Gründung eines Verbandes der Unabhängigen, VdU, der sich als Sammelbecken der ehemaligen Nationalsozialisten etablieren konnte. Die tolerante und nachsichtige Politik der beiden Großparteien spiegelte in erster Linie die realen innerpolitischen Machtverhältnisse wieder und zeigte auf, dass die ehemaligen Nationalsozialisten, sowie die aus früheren Angehörigen der Wehrmacht bestehende Kriegsgeneration, eine weitaus größere Bevölkerungsgruppe darstellte als die noch lebenden Opfer des NS-Terrors sowie die Widerstandskämpfer. Diesem Umstand Rechnung tragend, entstand in Österreich eine Erinnerungskultur in Form einer Denkmallandschaft<sup>48</sup>, die gefallene Wehrmachtssoldaten als Helden stilisierte und Widerstandskämpfer, sowie Opfer des nationalsozialistischen Regimes, vielfach in den Hintergrund drängte.

Die in Form der Moskauer Deklaration von den Alliierten auf dem Silbertablett angebotene Opferthese prägte die österreichische Gesellschaft für Jahrzehnte. Der konstruierte Opfermythos bildete zudem die Grundlage für die österreichische Außenpolitik. In der am Vortag der Staatsvertragsunterzeichnung stattfindenden letzten Sitzung mit den Alliierten gelang es Außenminister Figl den Passus von der Mitschuld Österreichs am Zweiten Weltkrieg aus dem Vertragstext entfernen zu lassen. „Für Leopold Figl, der als Häftling in Dachau im August 1939 im Radio Molotows Stimme gehört hatte, als dieser den Hitler-Stalin-Pakt unterschrieben hatte, war die Entfernung der Verantwortlichkeitsklausel ein Augenblick der Genugtuung und Erfüllung, wie für viele andere der Gründergeneration der Zweiten Republik. Längerfristig hat dies wohl dazu beigetragen, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem österreichischen Anteil am Nationalsozialismus hinauszuschieben“.<sup>49</sup> Auch stellte die Selbstwahrnehmung als Opfer zweifellos eine wesentliche Stütze bei der Bildung einer österreichischen Identität dar. Die „selektive Vergangenheitsinterpretation, die heute als österreichische „Lebenslüge“ erkennbar ist, hatte

---

<sup>47</sup> Heidemarie Uhl, Das erste Opfer. Das österreichische Gedächtnis und seine Transformation in der Zweiten Republik. In: Eleonore Lappin, Bernhard Schneider, (Hg.) Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-) Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (St. Ingbert 2001). S.39

<sup>48</sup> vgl. Heidemarie Uhl, Sprechen über den Krieg. Der Zweite Weltkrieg in der kollektiven Erinnerung der Nachkriegszeit. In: Hannes Grandits, Karin M. Schmidlechner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, (Hg.) „Der Krieg geht uns alle an. Wie gehen wir damit um?“ Geschichtswerkstatt Graz '97. Eine Dokumentation (Graz 1998). S.83ff.

<sup>49</sup> Gerald Stourzh, 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Innsbruck 2005) S.80

nach 1945 die österreichische Nationsbildung ermöglicht<sup>50</sup>, sowie die Konsenspolitik der beiden Großparteien ÖVP und SPÖ maßgeblich erleichtert. „Für die eigentlichen Opfer, für die Vertriebenen, Enteigneten, Eingesperrten und Ermordeten blieb im Zuge der Verdrängungspolitik kein Platz mehr.“<sup>51</sup> Vier Jahrzehnte lang verhinderte die einseitige Interpretation der nationalsozialistischen Vergangenheit das Aufbrechen der österreichischen Opferthese. Selbst Skandale, wie der 1965 aufgedeckte Fall Borodajkewycz wirkten sich anfangs nur in bescheidenem Ausmaß auf die Erinnerungskultur aus.

Erst 20 Jahre später kristallisierten sich in Form der Peter-Kreisky-Wiesenthal-Affäre, sowie der Frischenschlager-Reder-Affäre<sup>52</sup>, erste Vorboten einer Veränderung der österreichischen Erinnerungskultur heraus. Im Jahr 1986 wurde die „Insel der Seligen“<sup>53</sup> schließlich durch den Fall Waldheim erschüttert. Aus parteipolitischen und opportunistischen Gründen konfrontierten hochrangige Kreise der SPÖ den, als UN-Generalsekretär unumstrittenen, Bundespräsidentenskandidaten der ÖVP mit schweren Vorwürfen, seine Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus betreffend. Enthüllungen des Jüdischen Weltkongresses brachten Anfang April 1986 zutage, dass Waldheim die Mitgliedschaft in zwei NS-Organisationen, dem NS-Deutschen Studentenbund und der SA-Reiterstandarte, jahrzehntelang verschwiegen hatte. Zusätzlich verweigerte er ausführliche Erklärungen in Bezug auf die Ableistung seines Kriegsdienstes. Seine Zugehörigkeit zur Heeresgruppe E führte in Ansätzen auch zu ersten Diskussionen über die „mörderische Vergeltungspolitik der Wehrmacht auf dem Balkan“<sup>54</sup> In diesem Zusammenhang täuschte Waldheim die Öffentlichkeit indem er behauptete, von der Deportation und Ermordung griechischer Juden nichts gewusst zu haben. Weiters gaben sein langes Schweigen gepaart mit ungeschickten Äußerungen, wonach er nur seine Pflicht erfüllt habe, Anlass zu Spekulationen über die Beteiligung Waldheims an Kriegsverbrechen, welche ihm freilich nie nachgewiesen werden konnten.

Waldheims Umgang mit seiner Vergangenheit, sowie sein jahrzehntelanges Schweigen, waren charakteristisch für die Haltung zahlreicher Österreicher, die keinen öffentlichen

---

<sup>50</sup> Gerhard Botz, Die „Waldheim-Affäre“ als Widerstreit kollektiver Erinnerungen. Zur Gegenwärtigkeit und Transformation von Vergangenem. In: Barbara Tóth, Hubertus Czernin, (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006). S.85

<sup>51</sup> Karin Windpessl, Ein Streit zwischen „zwei Blättern vom selben Baum“. Der Kreisky-Wiesenthal-Konflikt. Dokumentation und Analyse (Wien 2007). S.104

<sup>52</sup> vgl. Barbara Tóth, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder (Wien 2010). S.113ff.

<sup>53</sup> Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Wien 1996). S.125

<sup>54</sup> Richard Mitten, Der kurze Schatten der Vergangenheit. In: Tóth, Czernin, (Hg.) 1986 (Wien 2006). S.112

Diskurs rund um das dunkelste Kapitel ihrer Geschichte wünschten. Wie nahezu kein Anderer verkörperte Waldheim „den Durchschnittsösterreicher seiner Generation – mit seinen Erinnerungslücken und seiner Neigung alles als „Pflicht“ zu definieren und sich so einer individuellen Verantwortlichkeit zu entziehen. Gerade weil Waldheim kein massenmörderischer Schlächter, kein „SS-butcher“ war, konnten sich viele, die – wie er – durch Anpassung über- und im Vergessenwollen weitergelebt hatten, mit ihm identifizieren.“<sup>55</sup> Zusätzlich prägte die Waldheim-Debatte die politische Landschaft Österreichs und begünstigte den Aufstieg Jörg Haiders und seiner Bewegung. Gleichzeitig etablierten sich die Grünen als vierte Parlamentspartei. Ähnlich wie die FPÖ sprachen auch sie in großem Maße Jugendliche an. Die Waldheim-Debatte war begleitet von einer immensen Polarisierung und sorgte neben der von den USA durchgesetzten außenpolitischen Ächtung des Bundespräsidenten auch für das Aufbrechen des Opfermythos im Inland. Erstmals setzte ein von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragener Denkprozess über die Rolle Österreichs sowie seiner Bevölkerung in den Jahren 1938 bis 1945 ein.

Das Hinterfragen der eigenen Vergangenheit sowie das Aufbrechen der Opferthese wurden durch die Wehrmachtsausstellung einige Jahre später weiter verstärkt. In einer am 10. März 1988 im staatlichen Fernsehen ausgestrahlten Ansprache anlässlich des 50. Jahrestages des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich entschuldigte sich Waldheim erstmals für die von Österreichern begangenen Verbrechen des Nationalsozialismus. Gleichzeitig merkte er jedoch auch an, dass Österreich als Staat das erste Opfer Hitlerdeutschlands darstellte.<sup>56</sup> Der sozialdemokratische Bundeskanzler Franz Vranitzky ging im Jahr 1991 noch einen Schritt weiter. In einer Erklärung vor dem österreichischen Nationalrat gestand er die Beteiligung zahlreicher Österreicher an den Verbrechen des NS-Regimes ein und leitete daraus eine moralische Mitverantwortung ab. Der Diskurs über die Opfer- und Täterrolle Österreichs während der nationalsozialistischen Herrschaft, sowie über die Mitverantwortung des Landes und der Bevölkerung an den Verbrechen der Nationalsozialisten, hält bis in die Gegenwart an und ist auch innerhalb der Geschichtswissenschaft ein viel beachtetes Thema.

---

<sup>55</sup> Anton Pelinka, Trendwende und Polarisierung. In: Ebendort (Wien 2006). S.164

<sup>56</sup> vgl. Gerhard Botz, Alexander Salzmann, Erklärungen zu Österreichs NS-Vergangenheit (1988 – 2007). In: Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel, (Hg.) Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Frankfurt am Main 2008). S.641ff.

## 2.5 Vergleich der Erinnerungskulturen in Bezug auf die Wehrmachtsausstellung

Sowohl in Österreich als auch in Deutschland hatte das Gedenken an die Verbrechen des NS-Regimes Anfang der 1990er Jahre einen zentralen Stellenwert erreicht. Während die Opfer betrauert und zumindest in Ansätzen entschädigt wurden, gestaltete sich die Auseinandersetzung mit den Tätern vielfach passiv. Die Rehabilitierung der ehemaligen Nationalsozialisten wurde nach einer kurzen Phase der Entnazifizierung zur für die Opfer des NS-Regimes in vielen Fällen schmerzhaften Erfahrung.<sup>57</sup> Die Verortung der Täter des NS-Regimes stellte sich in den ersten Nachkriegsjahren zudem als sehr komplex heraus. Die DDR sowie die Republik Österreich lehnten jegliche Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten ab und machten gleichzeitig die Bundesrepublik für die Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergehen verantwortlich. Die Mehrheit der Österreicher fühlte sich als Opfer der nationalsozialistischen Aggression, während sich die DDR-Bürger gemäß der SED-Propaganda gar als Volk von Widerstandskämpfern und Siegern der Geschichte sehen sollten. Einzig die BRD akzeptierte ihre Rolle als Nachfolgestaat des Dritten Reiches, ordnete die Verbrechen des Regimes jedoch der von allen Seiten dämonisierten, nationalsozialistischen Führungsriege rund um Adolf Hitler zu.

Die Marginalisierung der Täter erreichte spätestens durch das Auftauchen der Wehrmachtsausstellung ein abruptes Ende. Die Wehrmachtsausstellung brandmarkte durch ihre plakative Art der Darstellung eine Soldatengeneration pauschal zu Verbrechern und entfachte damit einen Vergangenheitsdiskurs in zuvor unvorstellbarem Ausmaß. Kritische Diskussionen über NS-Themen entfalteten sich in Österreich, der BRD sowie der DDR zwar bereits in den 1980er Jahren in unterschiedlichen Ausmaßen, die über mehrere Jahre andauernde intensive Polarisierung der Verbrechen des „einfachen“ Soldaten stellte dennoch ein Novum dar. Vor allem in Bezug auf Österreich ist interessant, dass sich eine ähnlich spannungsgeladene Debatte nicht bereits im Jahr 1986 herausgeprägt hatte. Zu einem breiten Diskurs über das Vorgehen der Wehrmacht auf dem Balkan kam es im Zuge der Waldheim Debatte nicht. Diese „blieb eher in allgemeinen Analysen stecken, die zahlreiche Diskussionen über Nationalsozialismus und Antisemitismus im Gefolge hatten, aber zu sehr auf Waldheim als Person abzielten.“<sup>58</sup> Während die Mitgliedschaft des ehemaligen UN-

---

<sup>57</sup> vgl. Winfried R. Garscha, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder, (Hg.) NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000). S.877ff.

<sup>58</sup> Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005). S.392



Generalsekretärs in zwei NS-Organisationen Wellen der Empörung hervorrief, blieb die Rolle der Wehrmacht weitgehend unbeachtet. In Westdeutschland gestaltete sich die Lage ähnlich. Während beispielsweise im Historikerstreit vielfach die Verbrechen der nationalsozialistischen Führung, sowie ihrer Organisationen, im Mittelpunkt standen, gerieten die Vergehen der Wehrmacht ins Abseits.<sup>59</sup>

Gleichsam schwierig gestaltete sich der Umgang mit den Verbrechen der Wehrmachtssoldaten in der DDR. Die SED-Propaganda stellte die kommunistischen Widerstandskämpfer in den Vordergrund ihres Gedenkens. Die Wehrmachtssoldaten, welche den Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands verloren hatten, wurden über Nacht zu Siegern der Geschichte erklärt. Während der SED-Staat dem kommunistischen Widerstand große Beachtung schenkte, marginalisierte die DDR-Führung den aus der Wehrmacht kommenden Widerstand. Dies hatte einerseits zur Folge, dass die Wehrmacht nicht als Hort der Resistenz gegen Hitler verklärt werden konnte, führte andererseits aber auch dazu, dass den tatsächlichen Verhältnissen innerhalb des Heeres kaum Beachtung geschenkt wurde. Beispielsweise vermied es die Führungsriege des DDR-Regimes bewusst, die Attentäter des 20. Juli 1944 in der Erinnerungskultur des Staates umfassend zu verankern. „Erst nach dem Sturz des SED-Regimes begannen 1990 verstärkte [...] Versuche, die lange Zeit vorgenommene Reduzierung des deutschen Widerstandes allein auf den kommunistischen Teil aufzuheben“<sup>60</sup>. In Form der Demonstrationen und Bürgerbewegungen, welche sich in den letzten Tagen der DDR bildeten, trug die ostdeutsche Bevölkerung auch der einseitigen Erinnerungsarbeit des antifaschistischen Staates Rechnung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung stand bei den Bürgern der ehemaligen DDR die Auseinandersetzung mit dem SED-Staat im Vordergrund. Die unterschiedlichen Erinnerungen an die beiden überwundenen Diktaturen konkurrierten miteinander, was sich auf die Vergangenheitsbewältigung nachdrücklich auswirkte. Befürchtungen, dass die Auseinandersetzung mit der DDR die Erinnerung an den Nationalsozialismus langfristig überlagern oder gänzlich aus der Erinnerungslandschaft verdrängen könnte, bestätigten sich jedoch nicht. Während die Goldhagen Kontroverse bereits auf die willigen Vollstrecker des NS-Regimes hingewiesen hatte und die Verbrechen der deutschen Bevölkerung anprangerte, richtete sich die Wehrmachtsausstellung explizit gegen die Soldaten der deutschen

---

<sup>59</sup> vgl. Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945 (Göttingen 2005). S.91ff.

<sup>60</sup> Ueberschär, Stauffenberg (Frankfurt am Main 2004). S.194

Wehrmacht, welche vom Großteil der Bevölkerung bis zur Präsentation der Schau nicht für den als Vernichtungskrieg bezeichneten Kampf im Osten, sowie für die begangenen Verbrechen, verantwortlich gemacht worden waren.

### **3. Die Debatte über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München und Salzburg**

#### 3.1 München versus Salzburg

Auf den folgenden Seiten der Arbeit sollen Unterschiede in der Diskussion, sowie im Umgang mit der Wehrmachtsausstellung in Bezug auf Österreich und Deutschland, herausgearbeitet werden. Dabei stehen vor allem die mediale und politische Betrachtungsweise, wie auch das Verhalten der Wissenschaftler in den beiden Ländern im Vordergrund. Zu Beginn des Kapitels werden die Ausstellungen in München und Salzburg dargestellt und Unterschiede herausgearbeitet. In weiterer Folge sollen die an den beiden ausgewählten Ausstellungsorten festgestellten Unterscheidungsmerkmale, sowie die Gemeinsamkeiten, auf Deutschland und Österreich umgelegt werden. Ein Vergleich bietet sich an, zumal die Ausstellung in beiden Ländern in mehreren Städten mit sehr unterschiedlicher Resonanz präsentiert wurde. Sowohl in deutschen als auch in österreichischen Städten kam es vor, während und nach der Abhaltung der Wehrmachtsausstellung zu facettenreichen Diskursen zwischen unterschiedlichen Befürwortern und Gegnern der Schau. Diese waren zum Teil auf lokale, vielfach aber auch auf überregionale und länderspezifische Faktoren zurückzuführen. Anhand der vorliegenden Arbeit sollen österreichische und deutsche Spezifika im Kontext mit der Wehrmachtsausstellung herausgearbeitet werden.

Der Vergleich zwischen München und Salzburg wurde weniger aufgrund der geographischen Nähe der beiden Städte zueinander, sondern viel mehr wegen der Vorkommnisse in Bezug auf die Ausstellung gewählt. In beiden Städten erregte die Ausstellung eine außergewöhnlich hohe Aufmerksamkeit, die in erster Linie auf gesellschaftliche und politische Spannungen der beteiligten Akteure zurückzuführen war. In München sorgte der CSU Vorsitzende Peter Gauweiler mit seiner Empfehlung an den Ausstellungsorganisator und Tabakerben Jan Philipp Reemtsma, dieser solle lieber eine Ausstellung über die Toten und Verletzten der Tabakindustrie als über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht gestalten, für eine

politische wie mediale Explosion, die ihres Gleichen suchte. „Nirgendwo anders in den 14 österreichischen und deutschen Städten, in denen die Ausstellung zuvor gezeigt worden war, war es so wie in München“<sup>61</sup>. Tatsächlich erreichte die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung in München ihren Kulminationspunkt, was durch nahezu 90 000 Ausstellungsbesucher, so viele wie in keiner Stadt zuvor, zusätzlich unterstrichen wurde. Während die Debatte in München den Höhepunkt der Wehrmachtsausstellung in Deutschland bildete, war in Österreich die Polarisierung der Schau in Salzburg am größten. Bedingt durch den Widerstand des Landeshauptmannes Franz Schausberger gegen die Ausstellung, sowie aufgrund der Tatsache, dass Schausberger als Universitätsdozent für Neuere Geschichte in der emotional geführten Debatte nicht nur als Politiker, sondern gleichzeitig auch als Historiker auftrat, entfaltete sich in der Mozartstadt eine durch die Medien noch zusätzlich angeheizte vergangenheitspolitische Debatte, die der Ausstellung zu einem Besucherrekord in Österreich verhalf.<sup>62</sup> So besuchten in Salzburg etwa 20 000 Menschen die Ausstellung. Diese Anzahl mag im Vergleich zu München als gering erscheinen, umgelegt auf die Bevölkerungszahlen der beiden Städte wirkt sie jedoch sehr beeindruckend.

Aus historischer Sicht gesehen wirft ein Vergleich zwischen München und Salzburg auch interessante erinnerungspolitische Parallelen auf. Beide Städte stehen mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in engem Zusammenhang. München galt während der Herrschaft der Nationalsozialisten als „Stadt der Bewegung“, die untrennbar mit dem politischen Aufstieg Adolf Hitlers verbunden war. Das Land Salzburg präsentierte sich nach dem Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich als „Mustergau“, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Anschluss eine nicht unwesentliche Rolle spielte. „Während am Abend des 11. März 1938 in Wien Bundespräsident Miklas noch zögerte, den Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart zum Bundeskanzler zu ernennen, hatten in Salzburg die illegalen Nationalsozialisten bereits die Macht ergriffen.“<sup>63</sup> Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich und somit auch in Salzburg erfolgte unter frenetischem Jubel der Bevölkerung schließlich am darauf folgenden Tag. Die Sympathisanten des NS-Regimes betragen zu diesem Zeitpunkt laut Schätzungen zwischen 30 und 40 Prozent.

---

<sup>61</sup> Heribert Prantl, Sind wir noch zu retten? Anstiftung zum Widerstand gegen eine gefährliche Politik (München / Wien 1998). S.227

<sup>62</sup> vgl. Rainer Mostbauer, Die politische Kultur in Österreich und die Kontroverse über die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Wien 2001). S.71

<sup>63</sup> Heinz Dopsch, Kleine Geschichte Salzburgs. Stadt und Land (Salzburg 2009). S.204

### 3.2 Die Wehrmachtausstellung in München

Am 11. März 1996 einigte sich Siegfried Hummel in seiner Funktion als Kulturreferent Münchens mit dem Hamburger Institut für Sozialforschung über die Ausrichtung der Wehrmachtausstellung in der Bayrischen Landeshauptstadt. Zusätzlich wurde entschieden, die Veranstaltung im Münchner Rathaus zu präsentieren, nachdem ursprünglich das Stadtmuseum als Veranstaltungsort hätte dienen sollte. Bis Ende des Jahres 1996 hielt sich das Ausmaß der öffentlichen Erregung über die Ausrichtung der Ausstellung in der Bayrischen Landeshauptstadt in Grenzen. Für den ersten Skandal der Wehrmachtausstellung in München sorgte schließlich die Stadtratssitzung am 11. Dezember 1996. Wenige Wochen vor der Eröffnung der Schau setzte die Münchner Stadtvertretung in ihrer letzten Sitzung vor Beginn der Winterpause den unrühmlichen Ausgangspunkt für eine sowohl in ihrer Dimension als auch in ihrer Polarisierung einzigartige Debatte rund um das umstrittene Ausstellungsprojekt.

Als am 11. Dezember 1996 das Thema Wehrmachtausstellung im Münchner Rathaus zur Sprache kam, sorgte der für den Bund Freier Bürger im Stadtrat sitzende Manfred Brunner bereits zu Beginn der Debatte mit einer Rede, in der er die Wehrmachtausstellung als unhistorische Propagandaschau darstellte, für Aufsehen.<sup>64</sup> In seinen entbehrlichen Ausführungen bezeichnete Brunner die Soldaten der deutschen Wehrmacht als militärisch disziplinierte Kämpfer, die „in einer unglaublichen Verantwortung und einem unglaublich mutigen Einsatz geglaubt haben, für ihr Vaterland und für ihre Familien ihr Leben hingeben zu sollen.“<sup>65</sup> Für seine Rede, in der er die Wehrmachtsverbrechen in unpassender Art und Weise mit dem Recht auf Schwangerschaftsabbruch verglich, erhielt er neben Ablehnung und Unverständnis auch Applaus durch Teile der CSU. Die Hoffnung einzelner Stadtratsmitglieder, das Thema Wehrmachtausstellung in der Vollversammlung im Rahmen einer konstruktiven Debatte behandeln zu können, schwand damit schon zu Beginn.

Dabei hatte sich Oberbürgermeister Christian Ude noch vor der Rede Manfred Brunners um einen Konsens zwischen den einzelnen Parteien bemüht, indem er den Vorschlag der CSU-

---

<sup>64</sup> vgl. Johannes Klotz, „Anständige Leute“. Zur Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. In: Johannes Klotz, Ulrich Schneider, (Hg.) Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten – Faschismus/Holocaust/Wehrmacht (Köln 1997). S.178f.

<sup>65</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München, Galerie im Rathaus 25.2. bis 6.4.1997 (München 1998). S.67

Fraktion aufgriff, im Bereich des Eingangs, der zur Ausstellung führt, eine Erklärung des Stadtrates anzubringen. Der Text sollte wie folgt lauten: „Die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, die schon in vielen Städten zu sehen war, beleuchtet ein besonders dunkles Kapitel der Militärgeschichte. Auch in München soll die Öffentlichkeit Gelegenheit haben, sich zu informieren und eine Meinung zu bilden. Die Ausstellung darf nicht als Pauschalverurteilung aller Wehrmachtsangehörigen mißverstanden werden.“<sup>66</sup> Die Sinnhaftigkeit dieser Erklärung muss freilich hinterfragt werden, zumal die Ausstellungsmacher die Besucher im Katalog zur Schau mit einer in die selbe Richtung zielenden Darstellung einführten, die die Gemüter rund um das Projekt jedoch nicht beruhigen konnte. Im Ausstellungskatalog war zu lesen: „Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen. Sie will eine Debatte eröffnen über das – neben Auschwitz – barbarischste Kapitel der deutschen und Österreichischen Geschichte, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von 1941 bis 1944.“<sup>67</sup> Dass das Angebot des Münchner Oberbürgermeisters die Ausstellungsgegner im Stadtrat keineswegs zufrieden stellen konnte, war somit von Anfang an absehbar.

Im Anschluss an die Rede Manfred Brunners äußerte sich der CSU-Fraktionschef Hans Podiuk ebenfalls kritisch über die Ausstellung. Er griff vor allem die unzulässigen Pauschalierungen der Ausstellungsmacher an, wobei er Hannes Heer und seinem Team vorwarf, jeden Wehrmachtssoldaten als Kriegsverbrecher abstempeln zu wollen. Besonders störte ihn die Tatsache, dass im Katalog zur Ausstellung auch Widerstandskämpfern, wie beispielsweise den Verschwörern rund um das Attentat des 20. Juli 1944, eine Mittäterschaft an den Verbrechen der Wehrmacht bescheinigt wurde. Tatsächlich erregte die Frage nach der Verstrickung von Widerstandskämpfern und Regimegegnern in den verbrecherischen Angriffskrieg der Wehrmacht durch die Wehrmachtsausstellung neue Aufmerksamkeit.<sup>68</sup> Am Ende seiner Ausführungen beklagte sich Podiuk zusätzlich über die Abwesenheit von Oberbürgermeister Ude, der, genau wie Kulturreferent Siegfried Hummel, zum Zeitpunkt seiner Rede nicht anwesend war. Zumal sich die letzte Sitzung des Stadtrates vor der Winterpause jedoch zu einer, zu diesem Zeitpunkt schon mehr als zwölf Stunden in Anspruch nehmenden, Marathonsitzung ausweitete, kann dem Oberbürgermeister, der sich kurz in seine Arbeitsräume zurückzog um wenig später wieder im Saal zu erscheinen, kein Vorwurf

---

<sup>66</sup> Ebendort (München 1998). S.62

<sup>67</sup> Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog (Hamburg 1996). S.7

<sup>68</sup> vgl. Ueberschär, Stauffenberg (Frankfurt am Main 2004). S.211

gemacht werden. Die Abwesenheit des im Haus nicht auffindbaren Kulturreferenten Siegfried Hummels sorgte jedoch über die Parteigrenzen hinweg für Unverständnis.

Die oppositionelle CSU brachte daraufhin in letzter Konsequenz den Antrag ein, die Stadtratssitzung bis zum Eintreffen von Oberbürgermeister Ude und Kulturreferent Hummel zu unterbrechen und provozierte damit einen weiteren Eklat. Als der Antrag durch die Mehrheit von SPD und Grünen abgelehnt wurde, verließen die Stadträte von der CSU, dem Bund Freier Bürger, sowie den Republikanern, gegen 22:25 Uhr den Saal. Dass der Abend des 11. Dezember 1996 trotz dieses unwürdigen Aktes zu einer „Sternstunde des Münchner Stadtrats“<sup>69</sup> wurde, wie die Süddeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe feststellte, lag in erster Linie am Auftreten von CSU-Stadtrat Franz Forchheimer, der, während seine Fraktionskollegen den Saal verließen, trotz seiner nicht unkritischen Haltung der Wehrmachtsausstellung gegenüber, demonstrativ sitzen blieb. Dass sich Forchheimer beim Thema Wehrmachtsausstellung nicht auf einer Linie mit seiner Partei befand, wurde bereits im November des Jahres deutlich, als die CSU entschied Forchheimer als ihren Sprecher in dieser Angelegenheit abzulösen. Bemerkenswert war auch das Verhalten seines Parteikollegen Walter Zöllers, der zwar nicht wie Forchheimer im Saal verblieb, jedoch auf der Tribüne einen Stock oberhalb Platz nahm und der Sitzung weiter beiwohnte.

Doch auch nach dem Auszug der Ausstellungsgegner aus dem Sitzungssaal blieb die Atmosphäre angespannt. So sorgte etwa Stadträtin Sabine Csampai von den Grünen in Form einer unsachlichen und emotionalen Rede, in der sie gegen ihre Vorredner Stellung bezog, für ein aggressives Raumklima. Stadtrat Manfred Brunner stand dabei im Zentrum ihrer weit überzogenen Kritik. Unter anderem bezichtigte sie den BFB-Abgeordneten den Nationalsozialismus wieder salonfähig machen zu wollen. Die ungeheuerlichen Aussagen Csampais gipfelten schließlich in folgendem Satz: „Das heißt, er will seinen Anhängern Mut machen, wieder bis zur Waffe zu greifen, um diese Generation, diese Ideen, die Demokratie und die Liberalität dieses Landes zu vernichten, um seinen Ideen wieder Raum und Platz zu schaffen, am besten bis zum Ural und Atlantik, nehme ich an.“<sup>70</sup> Über den Umfang der Wehrmachtsverbrechen im Zweiten Weltkrieg äußerte sich Csampai hingegen in sachlicherer Art und Weise indem sie feststellte, dass für diese Diskussion Historiker und keine Stadträte

---

<sup>69</sup> Süddeutsche Zeitung, Brunner der Unbelehrbare. Tumulte und Eklat im Stadtrat nach ungeheuerlicher Rede. 13.12.1996. In: Heribert Prantl, (Hg.) Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse (Hamburg 1997). S.235

<sup>70</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.86

herangezogen werden sollten. Eine medienwirksame Debatte zwischen Politik und Wissenschaft über die prozentuelle Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an Verbrechen, wie sie beispielsweise in Stuttgart geführt wurde<sup>71</sup>, konnte in München daher weitgehend vermieden werden.

Die anschließende Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Keese war von Sachlichkeit sowie Objektivität geprägt und hob sich deutlich von den vorangegangenen, teilweise entbehrlichen, Wortmeldungen ab. Keese betonte die Beteiligung der Wehrmacht an den nationalsozialistischen Verbrechen und forderte eine Auseinandersetzung der Kriegsteilnehmer mit dem begangenen Unrecht. Auch stellte Keese klar, dass selbst jene Wehrmachtssoldaten, die sich nicht aktiv in Verbrechen verstrickt hätten, zur bitteren Einsicht kommen müssen, durch ihren Einsatz ein verbrecherisches Regime unterstützt und nicht die Heimat verteidigt zu haben. FDP-Chefin Heidrun Kaspar äußerte sich ebenfalls in konstruktiver Art und Weise über die Ausstellung. Die Rede ihres ehemaligen Kollegen Manfred Brunner kritisierte sie scharf, wobei Kaspar festhielt, dass Brunner mit Hilfe von subjektiv ausgewählten Statements genau jene Einseitigkeit in die Diskussion bringe, die er der Ausstellung vorwerfe. Die Schau selbst betrachtete Kaspar zwar kritisch, stellte sich aufgrund des ausgewogenen Begleitprogramms aber dennoch hinter die Wehrmachtsausstellung. „Die Ausstellung hat ein Begleitprogramm. Ohne dieses Begleitprogramm, würde ich auch nicht sagen, daß die Ausstellung gezeigt werden muß, aber mit einem Begleitprogramm, in dem Fürsprecher und Widersacher zu Wort kommen und sich melden können – und sich auch Bundeswehrangehörige zu Wort melden können und sollen –, sollten wir den Mut zeigen und diese Ausstellung machen“<sup>72</sup> resümierte die FDP-Stadträtin.

Anschließend folgte Stadtrat Benker mit einer sehr emotionalen Rede, in der er sowohl der CSU als auch dem Bund Freier Bürger vorwarf, sich durch ihre ablehnende Haltung in Bezug auf die Wehrmachtsausstellung auf die Seite rechtsextremistischer Gruppierungen zu stellen. Beiden Parteien warf der grüne Stadtrat in seiner überzogenen Darstellung indirekt vor, sich an der Verleugnung der nationalsozialistischen Verbrechen zu beteiligen. Als letzter Redner vor dem inzwischen wieder in den Sitzungssaal zurückgekehrten und um die Beruhigung der erhitzten Gemüter bemühten Oberbürgermeister war SPD-Stadtrat Gavras am Wort. In seinem

---

<sup>71</sup> vgl. Brigitta Nedelmann. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und die Konstruktion öffentlicher Diskurse. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Hamburg 1999). S.235ff.

<sup>72</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.95

mahnenden Statement warnte er davor, die Verbrechen des Dritten Reiches zu verharmlosen und forderte eine Auseinandersetzung mit den Vergehen. „Selbst ein Mord ist ein Mord zuviel. Wenn wir versuchen Verbrechen zu relativieren, befinden wir uns auf dem Holzweg“<sup>73</sup>, mahnte er die Sitzungsteilnehmer. Weiters rief er dazu auf, Geschichte im Allgemeinen nicht subjektiv oder verzerrt zu betrachten.

Abschließend stimmten die im Saal verbliebenen Sitzungsteilnehmer über die Annahme des Ergänzungsantrages von Oberbürgermeister Ude betreffend der Anbringung eines erläuternden Textes im Eingangsbereich der Ausstellung ab. Bemerkenswerterweise wurde der Antrag einstimmig, also auch mit der Stimme von CSU-Stadtrat Forchheimer, beschlossen. Dies verdient aufgrund des Auszugs aller anderen Mitglieder der CSU-Fraktion aus dem Sitzungssaal besondere Beachtung. Nachdem sich die Vorgänge in München zu einem Ereignis mit bundespolitischer Bedeutung ausgeweitet hatten, debattierte auch der Deutsche Bundestag in seinen Sitzungen vom 13. März sowie vom 24. April 1997 über die Wehrmachtsausstellung. Vor allem in der ersten Sitzung wurden die Verbrechen der Wehrmachtssoldaten sowie Sinn und Zweck der Ausstellung ähnlich wie in der Debatte im Münchner Stadtrat kontrovers und teilweise sehr einseitig diskutiert.<sup>74</sup> Pauschale Vorwürfe und Verunglimpfungen wechselten sich dabei mit sehr persönlichen Statements ab. Zwar kam auch im Bundestag keine gemeinsame Entschließung der Parteien zustande, ein Eklat wie in München konnte jedoch vermieden werden.

Spätestens mit der Stadtratssitzung stieg die Wehrmachtsausstellung in München zu einem Politikum ersten Ranges auf. Vor allem die CSU suchte in den folgenden Wochen die offene Konfrontation mit den Ausstellungsbefürwortern, indem sie massiv gegen die Wehrmachtsschau polemisierte. Darüber konnte auch die couragierte Haltung des CSU-Stadtrats Franz Forchheimer nicht hinweg täuschen. Dass seine Partei dabei sowohl von der Ausdrucksweise als auch von ihrer inhaltlichen Positionierung her vielfach auf einer Linie mit rechtsextremen Bewegungen agierte, barg zusätzlichen Stoff für Diskussionen.<sup>75</sup> Zwar kann die Partei für Aussagen, Aufrufe und insgesamt für das Auftreten von politisch eindeutig zuordenbaren Gruppierungen nicht verantwortlich gemacht werden, dennoch erweckte die provozierende Haltung der CSU in der Diskussion rund um die Wehrmachtsausstellung „den

---

<sup>73</sup> Ebendort (München 1998). S.99

<sup>74</sup> vgl. Hans-Günther Thiele, (Hg.) Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse. Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatte am 13. März und 24. April 1997 (Bremen 1997). S.170ff.

<sup>75</sup> vgl. Klotz, Leute. In: Klotz, Schneider, (Hg.) Nation (Köln 1997). S.178ff.



Eindruck, als gehöre ein gewisser Neonazismus zum Spektrum einer Volkspartei. Es ging nicht mehr um eine seriöse Auseinandersetzung mit der Ausstellung, sondern um Signale an eine bestimmte Klientel: Auch solche Leute haben Platz bei uns.“<sup>76</sup> Das Verhalten der führenden CSU-Repräsentanten erinnerte dabei sehr stark an die unter Franz Joseph Strauß ausgegebene Parole, wonach es rechts von der CSU keine demokratisch legitimierte Partei mehr geben dürfe.

Je näher die Ausstellungseröffnung in München rückte, desto stärker kristallisierten sich Zustimmung und Ablehnung für das Projekt heraus. Abgesehen von etablierten politischen Bewegungen traten dabei in erster Linie Randgruppen mit einseitigen Parolen, die sich in der Regel gegen die Ausstellung richteten, in den Vordergrund. Neben tendenziös verfassten Protestbriefen von Traditions- und Kameradschaftsverbänden an die Adresse des Oberbürgermeisters sah sich die Wehrmachtsausstellung auch mit Widerstand aus der eindeutig rechtsextremen Szene konfrontiert. Das von Neofaschisten genutzte Thule-Netz, ein am Rande der Legalität angesiedeltes Computersystem in dem unterschiedliche rechtsextreme Bewegungen ihr Gedankengut verbreiteten, rief zu Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung auf. Gerade der Widerstand gegen das Ausstellungsprojekt zeigte die gute Vernetzung der rechten Szene auf. So waren im Thule-Netz beispielsweise Querverweise zum Bund Freier Bürger, den Republikanern sowie zur FPÖ auszumachen.<sup>77</sup> Die von der NPD angeführte rechte Szene kündigte jedenfalls für 1. März 1997 einen Aufmarsch gegen das Ausstellungsprojekt an. Die Gewerkschaften, die Grünen sowie autonome Gruppierungen meldeten daraufhin Gegenveranstaltungen an. Gleichzeitig führte die enorme politische und mediale Aufmerksamkeit der Wehrmachtsausstellung dazu, dass die Anmeldungen für die Eröffnungsveranstaltung rapide anstiegen. Ursprünglich hätte der Saal des Alten Rathauses für die Eröffnung der Schau zur Verfügung gestellt werden sollen. Aufgrund der Tatsache, dass sich jedoch mehr als 1 000 Besucher für die Veranstaltung anmeldeten, entschied das Kulturreferat der Stadt München in den größten Hörsaal der Ludwig-Maximilians-Universität auszuweichen.<sup>78</sup> Neben der Eröffnungsveranstaltung stellte die Münchner Universität das Auditorium Maximum weiters auch für im Begleitprogramm vorgesehene Vorträge zur Verfügung.

---

<sup>76</sup> Prantl, retten. (München / Wien 1998). S.228

<sup>77</sup> vgl. Alice Brauner-Orthen, Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen (Opladen 2001). S.145ff.

<sup>78</sup> vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.21

Je näher die Eröffnung der Wehrmachtsausstellung rückte, desto stärker gestalteten sich auch die Angriffe der CSU gegen das Projekt. Der Münchner CSU-Chef Peter Gauweiler sorgte mit seinen Attacken gegen die Schau während dem traditionellen Fischessen der Schwabinger CSU am 14. Februar 1997 für einen neuerlichen Eklat. In seiner im Münchner Hofbräuhaus gehaltenen Rede griff er nicht nur Oberbürgermeister Ude, der die Ausstellung ins Rathaus gebracht hatte, scharf an. Vor allem der als Mäzen des Hamburger Instituts für Sozialforschung auftretende Tabakmillionär Jan Philipp Reemtsma wurde von Gauweiler heftig kritisiert. Reemtsma, so Gauweiler, solle lieber „eine Ausstellung machen über die Toten und Verletzten, die der Tabak angerichtet hat, den er verkauft hat“<sup>79</sup>. Der CSU-Chef bezeichnete die Ausstellung in seinem 40 Minuten dauernden und von heftigem Applaus begleiteten Rundumschlag erneut als einseitig und pauschalisierend. Die von der SPD und den Grünen zu Recht als emotionale und unsachliche Rede bezeichnete Ansprache Gauweilers stieß jedoch auch innerhalb der CSU auf Widerstand. Dies ist umso bemerkenswerter, zumal die Parteispitze durch ihr konsequentes Schweigen den nachhaltigen Eindruck erweckte, Gauweilers Vorgehensweise gut zu heißen.

Widerstand regte sich letztlich nur von Seiten untergeordneter Parteimitglieder. Der als liberal einzustufende CSU-Stadtrat Sven Thanheiser wehrte sich dabei am nachdrücklichsten gegen die Positionierung seines Parteichefs. Trotz der Tatsache, dass sich Thanheiser gegen die Ausstellung aussprach, distanzierte sich der Stadtrat in einem offenen Brief von den Äußerungen und vom Vorgehen Gauweilers. In seinem scharf formulierten Schreiben warf er dem CSU-Chef persönlich vor, „die CSU München nach Deinem quälenden und unprofessionellen Management ihrer diversen Skandale und Skandälchen endgültig aufs Abstellgleis zu führen.“<sup>80</sup> Thanheiser, der seinen Parteichef bereits im Oktober 1996 im Rahmen der Goldhagen-Debatte heftig kritisiert hatte, bezeichnete den Versuch Gauweilers mit seinen Aussagen eine politisch klar verortbare Wählerklientel an die CSU zu binden als nicht tragbar. Der offene Widerstand gegen den CSU-Chef brachte für Thanheiser unmittelbare Konsequenzen mit sich. Die Partei entzog ihm im März 1997 die Zuständigkeit für den Münchner Tiergarten.<sup>81</sup> Zusätzlich sah sich Thanheiser mit einem drohenden

---

<sup>79</sup> Süddeutsche Zeitung, CSU attackiert das Rathaus. Auftritt von Gauweiler und Waigel im Hofbräuhaus. 15.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.246

<sup>80</sup> tz München, In der CSU gärt es: Ein Bauer watscht König Peter ab. Stadtrat Sven Thanheiser wirft Münchner Partei-Chef Gauweiler Entgleisungen und Versagen vor. 20.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.127

<sup>81</sup> vgl. John William Niven, Facing the Nazi Past. United Germany and the Legacy of the Third Reich (London / New York 2002). S.161

Parteiausschluss, sowie einem gefälschten Rücktrittsschreiben, das bereits am Nachmittag der Veröffentlichung seines offenen Briefes im CSU-Bezirksverband einging, konfrontiert.

Gauweilers unangebrachte Attacke im Hofbräuhaus spaltete nicht nur die CSU in einen gemäßigten sowie einen radikalen Flügel auf, sie beeinflusste auch den in der Debatte rund um die Ausstellung angeschlagenen Ton nachhaltig. Während SPD-Fraktionschef Dietmar Keese seine Bestürzung über Gauweilers Vergleich zwischen den Verbrechen der Wehrmachtssoldaten und den Tabaktoten ausdrückte indem er dem CSU-Chef vorwarf, sich der Sprache von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zu bedienen, ging der bayrische Grünen-Chef Bernd Schreyer noch einen Schritt weiter. In seiner skandalösen Aussage betonte Schreyer, dass das Gauweiler-Zitat aufzeige „daß die Münchner CSU unter der Knute des Westentaschen-Mussolini Gauweiler immer mehr zu einem Haufen brauner Salonfaschisten verkommt“<sup>82</sup>. Die Antwort von CSU-Fraktionschef Podiuk folgte prompt. In seiner nicht weniger entbehrlichen Stellungnahme stellte er sich auf die selbe Stufe mit dem Grünen-Chef indem er Schreyer als „grünlackierten Turnschuhstalinisten“<sup>83</sup> bezeichnete.

Die Wehrmachtsausstellung wurde von Podiuk erneut kritisiert, wobei er deutlich festhielt, dass die CSU an einer inhaltlichen und somit konstruktiven Auseinandersetzung mit der Schau stets Interesse gezeigt habe. Die Schuld für die von den politischen Akteuren der Stadt in niveauloser Art und Weise geführte Debatte suchte Podiuk, seinen bisherigen einseitigen Bemerkungen folgend, bei SPD und Grünen. Gleichzeitig erneuerte CSU-Chef Peter Gauweiler seine Attacken gegen das Ausstellungsprojekt, indem er die fragwürdige politische Vergangenheit von Jan Philipp Reemtsma und Ausstellungsleiter Hannes Heer kritisch beleuchtete. Letzterer ließ sich durch Gauweiler zu einem Vergleich von CSU und NPD provozieren und wollte in einer äußerst fragwürdigen und unangebrachten Reaktion auf die angespannte Stimmung in München sowie auf die verbalen Angriffe gegen ihn „nicht ausschließen, daß es zu Anschlägen kommt“<sup>84</sup>. Bereits in den Tagen zuvor hatte Heer der CSU eine Zusammenarbeit mit der NPD vorgeworfen und dabei die Münchner Auseinandersetzung als bisherigen Höhepunkt der Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung bewertet. Wie sehr die feindselige Stimmung zwischen den

---

<sup>82</sup> Süddeutsche Zeitung, Die Sprache von Goebbels. Angst vor einem schwarz-braunen Bündnis geht um. 19.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.247

<sup>83</sup> Süddeutsche Zeitung, CSU-Stadtrat knöpft sich Gauweiler vor. Offener Brief an den Parteichef: „Du solltest mehr über dich nachdenken“. 20.02.1997. In: Ebendort (Hamburg 1997). S.250

<sup>84</sup> Münchner Merkur, Schuldzuweisungen. 24.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.131

politischen Bewegungen einerseits, und den Ausstellungsgegnern sowie den Verantwortlichen des Hamburger Instituts für Sozialforschung andererseits, sachliche Argumentationslinien überlagerte und in den Hintergrund drängte, wird anhand der wiedergegebenen Wortmeldungen deutlich.

Wenige Tage vor Eröffnung der Ausstellung in München schaltete sich auch die Parteizeitung der CSU mit unseriösen Angriffen gegen die Schau in die Debatte ein. „Das Zentralorgan der CSU, der Bayernkurier, veröffentlichte mittenhinein in die schon aufgeheizte Situation einen Artikel von Florian Sturmfall, der zum Ausdruck brachte, daß die CSU ihre Attacken gegen die Ausstellung bewußt verschärfen wollte, indem sie die Karte der [...] gekränkten Nation spielte.“<sup>85</sup> In seinem einseitig verfassten Artikel stellte Sturmfall den Angriffskrieg des Dritten Reiches gegen die Sowjetunion mit der Kriegsführung anderer Staaten auf eine Stufe indem er die begangenen Verbrechen beschönigte und in einen falschen Kontext einordnete: „Gegebenenfalls wäre hierbei sogar zu berücksichtigen, daß ein Krieg allgemein Hemmschwellen senkt, sonst wäre nicht erklärbar, daß Verbrechen der angesprochenen Art nicht nur in den Reihen der Deutschen Wehrmacht, sondern in allen kriegführenden Armeen vorgekommen sind“<sup>86</sup>, erklärte der Autor. In seinem, die historischen Tatsachen verleugnenden, Artikel erwähnte er mit keinem Wort die Spezifika des deutschen Angriffskrieges auf die Sowjetunion. Säuberungen, Geislerschießungen, der menschenverachtende Umgang mit Kriegsgefangenen, sowie weitere völkerrechtswidrige Maßnahmen, kamen im Text nicht vor.

Stattdessen versuchte Sturmfall die Verbrechen zu relativieren und machte gegen die SPD Stimmung.<sup>87</sup> Auch dass Ude sich während der bis in den späten Abend dauernden Stadtratssitzung vom 11. Dezember 1996 kurz in sein Büro zurückgezogen hatte, wurde vom Bayernkurier missbilligend festgestellt. Oberbürgermeister Christian Ude warf dem Autor daraufhin eine schändliche Handlungsweise vor. Abschließend kritisierte Sturmfall auch den Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma, sowie den Ausstellungsleiter des Projekts Hannes Heer, wobei Sturmfall bei Letzterem auf dessen mangelnde Seriosität hinwies. Dass es indes auch dem hetzerisch verfassten Bayernkurier-Artikel an Seriosität und Objektivität mangelte, steht außer Zweifel. Während sich die CSU

---

<sup>85</sup> Klotz, Leute. In: Klotz, Schneider, (Hg.) Nation (Köln 1997). S.180

<sup>86</sup> Bayernkurier, Wie Deutsche diffamiert werden. 20.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.252

<sup>87</sup> vgl. Klotz, Leute. In: Klotz, Schneider, (Hg.) Nation (Köln 1997). S.180ff.

inhaltlich nicht zu dem Artikel äußerte, erklärte der von Sturmfall heftig kritisierte Oberbürgermeister, dass der Artikel der in den letzten Jahren der Weimarer Republik verwendeten Sprache rechter Parteien entspreche. Über Sturmfall selbst zeigte sich Ude ähnlich entrüstet: „So etwas zeigt, daß der Mann offensichtlich ausgerastet ist und daß es keine erkennbaren Grenzen von der CSU zu neonazistischen Gruppen mehr gibt“<sup>88</sup>, äußerte sich der Münchner Oberbürgermeister deutlich.

Der Artikel des Bayernkuriers wenige Tage vor der Eröffnung der Ausstellung in München bildete einen weiteren provozierenden Höhepunkt der CSU in der Auseinandersetzung. Während die Landesparteileitung durch ihr Schweigen die von Gauweiler ausgehenden Provokationen unterstützte, eignete sich die CSU eine immer bedenklicher werdende Wortwahl an, je näher die Eröffnungsveranstaltung rückte. „Den Spitzen der Münchner CSU, voran ihrem Vorsitzenden Peter Gauweiler, blieb es vorbehalten, die Skandalisierung der Ausstellung auch um den Preis voranzutreiben, daß der Konsens demokratischer Parteien im Kern aufgekündigt wurde: Die prinzipielle Distanzierung von Rechtsradikalen und Neonazis galt vorübergehend nicht mehr.“<sup>89</sup> Das kompromisslose Auftreten der Partei stieß nicht nur in der Medienlandschaft auf große Resonanz, es ebnete auch rechtsradikalen Gruppierungen einen Weg für demokratiepolitisch bedenkliche Aussagen und Aktionen. Dies hatte zur Folge, dass die Wehrmachtsausstellung in München von Demonstrationen und Neonazi-Aufmärschen überschattet wurde.

Im mit über 1 000 Besuchern und 200 Journalisten überfüllten Auditorium Maximum der Münchner Universität eröffnete Oberbürgermeister Christian Ude die Ausstellung am Abend des 24. Februar 1997. In seiner Rede äußerte der Oberbürgermeister zu Beginn sein Bedauern darüber, die Besucher nicht im Namen des gesamten Stadtrates begrüßen zu können und spielte damit auf die Weigerung der CSU, an der Eröffnungsveranstaltung teilzunehmen, an. Stadtrat Franz Forchheimer erschien jedoch trotz Gegenwind aus seiner Partei im „Audimax“ und wurde mit viel Beifall bedacht. Zwar wollte Forchheimer aufgrund der angespannten Stimmungslage bei der Begrüßung durch den Oberbürgermeister nicht genannt werden, Ude ließ sich die Chance, den abtrünnigen CSU-Stadtrat öffentlich willkommen zu heißen, jedoch

---

<sup>88</sup> die tageszeitung, CSU: Dieses Bild bedroht Deutschland. Parteiorgan „Bayernkurier“ unterstützt rechtsradikale Mobilisierung gegen kritische Fotoausstellung zur Wehrmacht. Christlichsoziale werfen Machern um Jan Philipp Reemtsma „moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“ vor. 20.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.126

<sup>89</sup> Bernd Greiner, Bruch-Stücke. Sechs westdeutsche Beobachtungen nebst unfertigen Deutungen. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.45

nicht entgehen.<sup>90</sup> Erneut bekräftigte Ude auch, dass die Ausstellung nicht als Tribunal gegen alle Wehrmachtssoldaten, beziehungsweise gegen den Berufsstand der heute dienenden Soldaten, interpretiert werden dürfe. Vorwürfe dieser Art wies er als ungerechtfertigt zurück, ohne jedoch auf die einseitige und pauschalierende Tendenz der Wehrmachtsschau einzugehen.

Im Mittelpunkt der ansonsten konstruktiven und objektiven Rede des Oberbürgermeisters stand der Versuch, den Anwesenden die Rolle der Wehrmacht im NS-Staat und ihre Beteiligung an den Angriffskriegen des Dritten Reiches näherzubringen. Im Einklang mit der aktuellen Forschungslage erklärte Ude, dass die Wehrmacht als Institution einen verbrecherischen Angriffskrieg geführt habe. Gleichzeitig mahnte er, einen Terminus Goldhagens aufgreifend, dass die bereits im Vorfeld des Krieges gegen die Sowjetunion erlassenen, völkerrechtsverletzenden und unmenschlichen Befehle in den Reihen der Wehrmacht „willige Vollstrecker“<sup>91</sup> gefunden hätten. Weiters forderte der Oberbürgermeister dazu auf, die unbequemen historischen Tatsachen zu akzeptieren und sich mit den Verbrechen auseinanderzusetzen. „Schon um den Opfern, aber auch all denen, die keine Schuld auf sich geladen haben, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, müssen wir dafür sorgen, daß vergangenes Unrecht beim Namen genannt und nicht verdrängt, versteckt oder relativiert wird“<sup>92</sup>, mahnte Ude die Besucher. Abschließend ging der Oberbürgermeister auf die besondere Verantwortung der Stadt vor der Geschichte ein, zumal die nationalsozialistische Bewegung Adolf Hitlers in München ihren Aufstieg genommen hatte, um schließlich betonend hervorzuheben, dass sowohl rechtsradikale Demonstranten als auch Krawallmacher anderer politischer Strömungen in München unerwünscht wären.

Der bereits bei seiner Ankunft im „Audimax“ der Münchner Universität mit kräftigem Applaus begrüßte Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma ging im Rahmen seiner objektiv gehaltenen Rede auf das Thema Kriegsverbrechen ein und erklärte, den Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion betreffend: „Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die

---

<sup>90</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung, Wenn alle nach der Ehre fragen. Beobachtungen aus einer Stadt, in der eine Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht zum Skandal erklärt wird. 26.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.274

<sup>91</sup> Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust (Berlin 1996). S.437

<sup>92</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.31

erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst.“<sup>93</sup> Darauf aufbauend rechtfertigte er den mit „Vernichtungskrieg“ bezeichneten Titel der Ausstellung. Vor allem der mit „Verbrechen der Wehrmacht“ versehene Untertitel der Schau wurde unter Historikern kontrovers diskutiert<sup>94</sup>, stellte Reemtsma richtig fest. Interessant dabei ist, dass sich trotz der Diskussionen, selbst innerhalb der wissenschaftlichen Gesellschaft, letztlich die Bezeichnung „Wehrmachtsausstellung“ für das Projekt des Hamburger Instituts für Sozialforschung durchsetzte. Die Kernpunkte der Rede Reemtsmas behandelten zusätzlich den Begriff Krieg, sowie seine möglichen Definitionen. Reemtsma betonte, dass Krieg für den Sozialwissenschaftler ein Gesellschaftszustand sei. „Krieg ist ein Gesellschaftszustand, der fort dauert, der hineinwirkt in die Gesellschaft, auch wenn diese nach außen hin an keiner Front mehr kämpft“<sup>95</sup>, schlussfolgerte er. Anhand von ergreifenden Beispielen ging er außerdem auf den Umgang der ehemaligen Wehrmachtssoldaten mit dem von ihnen begangenen, beziehungsweise erlebten, Unrecht ein. In seinem anspruchsvollen Schlusswort wies er darauf hin, dass die Reaktionen auf die Ausstellung seines Instituts aufzeigen würden, in welchen Bereichen der Gesellschaft der Krieg dem Frieden gewichen ist und in welchen Teilen der Bevölkerung dieser Krieg noch immer andauert.

Das aus Protest gegen die Wehrmachtsausstellung gestaltete Kontrastprogramm der CSU begann indes bereits am frühen Abend des 24. Februars 1997, wenige Stunden vor der Eröffnung der Ausstellung in der Universität. Münchens CSU-Vorsitzender Peter Gauweiler legte, eine Idee der Jungen Union aufgreifend, einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten nieder.<sup>96</sup> Die hohe Medienpräsenz der, von der SPD kritisierten und von CSU-Stadtrat Sven Thanheiser als „Verhöhnung der Nazi-Opfer“<sup>97</sup> bewerteten, Kranzniederlegung nutzte Gauweiler erneut, um mit einseitigen Stellungnahmen gegen die Wehrmachtsschau vorzugehen. Während der am Abend stattfindenden Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in der Münchner Universität versammelte sich die CSU-Stadtratsfraktion zu einer als offene Veranstaltung deklarierten Sondersitzung im Rathaus. Bei der nicht ausschließlich verbalen Auseinandersetzung wurden demonstrierende Befürworter der Schau von den Ausstellungsgegnern aus dem Saal gedrängt. Vor dem Rathaus versammelten sich zur selben

---

<sup>93</sup> Ebendort (München 1998). S.35

<sup>94</sup> vgl. Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.85ff.

<sup>95</sup> Jan Philipp Reemtsma, Mord am Strand. Allianzen von Zivilisation und Barbarei. Aufsätze und Reden (Hamburg 1998). S.383

<sup>96</sup> vgl. Hannes Heer. Vom Verschwinden der Täter. Die Auseinandersetzungen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 50, 2002. S.871

<sup>97</sup> tz München, CSU. 20.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.128

Zeit rechte bis rechtsextreme Gruppierungen, die von der Anti-Diffamierungs-Aktion München zu einer Protestkundgebung mobilisiert worden waren. Die mit 300 Personen überschaubare Teilnehmerzahl der Demonstration umfasste zusätzlich etwa 50 Jungsozialisten, die unangemeldet erschienen waren und sich lautstark artikulierten, ehe 24 von ihnen von der Polizei festgenommen wurden, nachdem sie sich mehrfach den Anweisungen der Exekutive widersetzt hatten.<sup>98</sup>

Neben dieser kleineren Kundgebung gelang es der NPD in München allerdings, breite Massen aus dem ganzen Bundesgebiet für eine Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung zu gewinnen. Am 1. März 1997 versammelten sich 5 000 Neonazis „zum größten rechtsradikalen Aufmarsch, den München seit den dreißiger Jahren erlebt hatte“<sup>99</sup> in der Stadt, um auf dem Marienplatz zu demonstrieren. Gleichzeitig hielten Gewerkschaften, SPD, Grüne, DKP, PDS und zahlreiche autonome Gruppierungen Gegenveranstaltungen ab, an denen sich etwa doppelt so viele Menschen beteiligten.<sup>100</sup> Bereits am Vormittag begannen die Demonstrationen der Gegner des Neonazi-Aufmarsches an verschiedenen Plätzen der Stadt. Die Grünen versammelten sich am Geschwister-Scholl-Platz, von wo die NPD ursprünglich losmarschieren wollte, zu einer Mahnwache und auch der Marienplatz, wo der Neonazi-Aufmarsch enden sollte, füllte sich mit Gegendemonstranten, so dass die mit mehr als 2 000 Beamten im Einsatz stehende Polizeiführung im Einvernehmen mit der Kreisverwaltung kurzfristig entschied, den Neonazi-Zug nicht auf den Marienplatz vorzulassen.<sup>101</sup>

Nachdem die rechtsextremen Demonstranten gestoppt worden waren, drohte die Situation dennoch in Gewalt auszuarten, zumal sich die Gegendemonstranten, vom Marienplatz kommend, dem NPD-Zug annäherten. Der Polizei gelang es allerdings, eine Pufferzone zwischen den Gruppierungen einzurichten, wodurch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Bewegungen weitgehend vermieden werden konnten. Die Neonazis waren bereits bei der Ankunft in München durch die Polizei entwaffnet worden. Während sich die von Schlagringen, Eisenstangen und sonstigen Waffen befreiten Rechtsradikalen daher relativ diszipliniert verhielten, gingen Provokationen und Gewaltakte

---

<sup>98</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung. „Nazi-raus“-Rufe vor dem Rathaus. 24 Jusos vorläufig festgenommen. 25.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.269

<sup>99</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.46

<sup>100</sup> vgl. Wiebke Gröschler. Der Wandel eines Täterbildes. Von der ersten zur zweiten „Wehrmachtsausstellung“ (Köln 2008). S.57

<sup>101</sup> vgl. tz München. Samstag, 15.45 Uhr: Showdown im Tal. Nach Picknick-Stimmung am Vormittag eskalierte die Situation, als die NPD sich zum Marienplatz aufmachte. 03.03.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.153



weitgehend von den linksextremen Gruppierungen aus.<sup>102</sup> Tomaten, Eier aber auch Steine und Flaschen wurden von linken Gegendemonstranten in Richtung der Neonazis geworfen und trafen meist die in der Pufferzone stehenden Exekutivbeamten.<sup>103</sup> Die befürchtete Eskalation blieb jedoch aus. Mehrere Verletzte, über 100 Festnahmen und eine sich über ganz Europa erstreckende Medienpräsenz rundeten die Protestveranstaltung ab.

Neben der heftigen Polarisierung der Wehrmachtsausstellung in den ersten Tagen nach der Eröffnung kristallisierte sich, neben dem allgemeinen Besucheransturm, auch großes Interesse von Seiten der Münchner Schulen für die Wanderausstellung heraus. Kultusminister Hans Zehetmair von der CSU stellte den Lehrern einen Besuch der Ausstellung mit ihren Schulklassen frei, äußerte sich jedoch gleichzeitig ablehnend gegenüber der Schau, indem er betonte, dass er die Ausstellung nicht für empfehlenswert halte.<sup>104</sup> Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner beurteilte den Besuch der Ausstellung für Schulklassen hingegen als positiv, ohne dabei eine allgemeine Empfehlung auszusprechen. Aufgrund einer kritischen Äußerung der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“, die Rolle der Wehrmacht in den Geschichtsbüchern betreffend, entzündete sich im Rahmen der Debatte um die Ausstellung innerhalb des Lehrpersonals auch eine, freilich wesentlich bescheidener dimensionierte, Diskussion über die Qualität des bayrischen Geschichtsunterrichts.<sup>105</sup>

Mitte März 1997 schaltete sich erneut CSU-Chef Peter Gauweiler in die Debatte um die Ausstellung ein, indem er eine Stellungnahme über die Schau an etwa 300 000 Münchner Haushalte sandte.<sup>106</sup> Das Schreiben stellte ein letztes Aufbäumen gegen die zu diesem Zeitpunkt bereits drei Wochen erfolgreich laufende Wehrmachtsausstellung dar. In dem Brief beklagte Gauweiler erneut die Einseitigkeit der Schau und betonte, dass hohe Vertreter aus Politik und Wissenschaft die Ausstellung ablehnen würden. In unseriöser Art und Weise attackierte Gauweiler in dem Schreiben schließlich den Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma, sowie den Ausstellungsleiter des Projekts Hannes Heer. Letzterem warf Gauweiler unter anderem vor, in seiner Jugend wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden zu sein. Eine Behauptung, gegen die sich der

---

<sup>102</sup> vgl. Niven, Past (London / New York 2002). S.165

<sup>103</sup> vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Ausstellung taugt nichts, ebenso wie ihre Kritiker. Polizei zwischen den Lagern. 03.03.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.293

<sup>104</sup> vgl. Münchner Merkur, Wehrmachtsausstellung für Schulen interessant. 27.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.138

<sup>105</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung, Lehrer loben die Wehrmacht-Ausstellung. In Schulbüchern wird die Beteiligung der 6. Armee am „Vernichtungskrieg“ aufgezeigt. 13.03.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.315f.

<sup>106</sup> vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.165ff.

Ausstellungsleiter juristisch erfolgreich zur Wehr setzte.<sup>107</sup> Weitere Darstellungen seiner peinlichen Vergangenheit, wie den Hinweis, dass er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung schuldig gesprochen worden sei, musste Heer freilich zur Kenntnis nehmen. In seinem Schreiben griff Gauweiler auch die Münchner Stadtregierung sowie die Presse massiv an. Neben der Süddeutschen Zeitung kritisierte er vor allem die Arbeiterzeitung in einseitiger und unangebrachter Art und Weise. Der Besucheranstrom der Ausstellung erlebte durch das taktlose und unseriöse Schreiben Gauweilers freilich keine erkennbare Beeinflussung mehr.

### 3.3 Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg

Salzburg war zwischen 7. März und 13. April 1998 die letzte Station der Wehrmachtsausstellung in Österreich und erregte gleichzeitig die größte Aufmerksamkeit im Land. „In der 144 000 Einwohner zählenden weltberühmten Festspielstadt fand eine der interessantesten und schärfsten öffentlichen Auseinandersetzungen über die „Wehrmachtsausstellung“ statt. Im Vergleich zu den anderen österreichischen Ausstellungsorten war die Ausstellung in Salzburg von Anfang an ein Politikum ersten Ranges.“<sup>108</sup> Bereits im Herbst 1996 und somit lange Zeit bevor die Schau in der Stadt eintreffen sollte, machten sich SPÖ und Grüne für die Wehrmachtsausstellung stark. Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Buchleitner forderte sogar, dass das Land Salzburg als Veranstalter für die Ausstellung fungieren sollte. ÖVP und FPÖ lehnten dies strikt ab. Landeshauptmann Schausberger persönlich bezog bereits im November 1996 und somit mehr als ein Jahr vor Ausstellungsbeginn gegen die Wehrmachtsschau Position. Die FPÖ, allen voran Landesrat Robert Thaller, lehnte die Ausstellung ebenfalls klar ab. Es zeichnete sich jedoch schon sehr früh in der Debatte ab, dass die Freiheitlichen der ÖVP in der Themenführerschaft kein Paroli bieten konnten. Symptomatisch dafür steht der sarkastisch gemeinte Vorschlag Thallers, für die Ausstellung den Ehrenschatz übernehmen zu wollen. Landeshauptmann Schausberger nützte diese Äußerung, um seine Partei in der Kronen Zeitung als einzigen Gegner der Wehrmachtsausstellung positionieren zu können. Dass Thaller sich einzig deshalb angeboten hatte, Ehrenschatz und Eröffnungsrede zu übernehmen, um die Wehrmachtssoldaten gegen die Anschuldigungen der Ausstellungsgestalter

---

<sup>107</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung, Gauweiler darf Aussage nicht mehr wiederholen. Einstweilige Verfügung. 19.03.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.326f.

<sup>108</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.103

verteidigen zu können, ging in der medialen Darstellung unter.<sup>109</sup> Während sich die Krone in den folgenden Monaten in Form einer einseitigen Unterstützung der Ausstellungsgegner und hierbei vor allem des Salzburger Landeshauptmanns hervortat, geriet die FPÖ im Wettlauf um die Themenführerschaft schnell ins Hintertreffen.

Am 11. Dezember 1996 debattierten die Abgeordneten des Salzburger Landtages erstmals intensiv über die Wehrmachtsausstellung und ihre Realisierung in der Mozartstadt. Kurioserweise diskutierte der Landtag damit exakt am selben Tag wie der Münchner Stadtrat über das Ausstellungsprojekt. Im Vergleich zur eklatreichen Sitzung in München blieben im Rahmen der Salzburger Landtagsdebatte jedoch negative Zwischenfälle aus. Lediglich der Umstand, dass der vom Salzburger Institut für Geschichte per Presseaussendung angeregten Subventionierung des Ausstellungsprojektes durch die Landesregierung nicht entsprochen wurde, sorgte für nennenswerte Differenzen unter den Abgeordneten. Die eindeutige Aufforderung und klare Positionierung des Salzburger Geschichtsinstituts bescherte der Debatte rund um die Ausstellung jedoch Zündstoff für die folgenden Monate. Vor allem Universitätsprofessor Gerhard Botz, der sich bis heute eingehend mit der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich beschäftigt und auf diesem Gebiet zu einem der einflussreichsten Forscher der Republik Österreich zählt, fühlte sich vom Salzburger Landeshauptmann durch dessen Verhalten herausgefordert. Für zusätzliche Anspannung sorgte die Tatsache, dass Botz und Schausberger an der Universität Salzburg Kollegen waren, zumal sich der Landeshauptmann mit einer Arbeit über den Nationalsozialismus in den österreichischen Landtagen wenige Monate vor Beginn der Kontroverse um die Ausstellung habilitiert hatte und seitdem als Universitätsdozent für Neuere Österreichische Geschichte auftrat.<sup>110</sup>

Die so genannte Schausberger-Botz-Kontroverse begann mit einem Artikel des Salzburger Landeshauptmannes, der am 9. Dezember 1996 in der Salzburger Volkszeitung, einem Parteiorgan der ÖVP, abgedruckt wurde. In der Darstellung erklärte Schausberger, dass das Land Salzburg aufgrund der emotionalisierenden Wirkung der Wehrmachtsausstellung die Schau nicht unterstützen und fördern werde. So erläuterte Schausberger in dem Artikel beispielsweise: „Als Wissenschaftler scheint mir das Ausstellungsthema berechtigt und

---

<sup>109</sup> vgl. Günther Sandner, Schau-Kämpfe. Geschichtspolitik und „Wehrmachtsausstellung“ im Land Salzburg. In: Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999). S.31

<sup>110</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.108f.

interessant zu sein, die mangelnde Differenzierung führt notwendigerweise zu Pauschalverurteilungen, die historisch, moralisch und politisch nicht zu halten sind. Aus diesem Grund lehne ich als Politiker jeden offiziellen Charakter für die Ausstellung durch das Land ab.“<sup>111</sup> Als Problematisch an der Darstellung des Landeshauptmannes wurde in erster Linie die Tatsache angesehen, dass er zwischen seinem Amt als Vorsitzenden der Landesregierung und seiner Position als Wissenschaftler der Universität Salzburg keine klare Trennung vollzog. Während es im Text teilweise noch möglich ist einen Trennstrich zwischen dem Politiker Franz Schausberger und dem Universitätsdozenten zu ziehen, sorgte vor allem die mit den Worten „Universitätsdozent für Neuere Geschichte“ versehene Unterzeichnung des Artikels für Empörung bei Teilen der wissenschaftlichen Gesellschaft. Dies erscheint aufgrund der einerseits wissenschaftlichen, andererseits jedoch emotionalen Gestaltung des Artikels nachvollziehbar. So setzte sich Schausberger durchaus konstruktiv mit den Mängeln und Fehlern der Wehrmachtsausstellung auseinander, verwies gegen Ende des Artikels jedoch auch auf weinende Kriegsteilnehmer, welche ihn aufgrund der einseitigen Darstellung telefonisch kontaktiert hätten. Die Emotionalisierung mündete schließlich in einem Seitenhieb in Richtung des politischen Mitbewerbers und ermöglichte es dem Landeshauptmann, sich als Beschützer der ehemaligen Wehrmachtssoldaten darzustellen.

Am 23. Dezember 1996 folgte die Reaktion von Gerhard Botz auf die Darstellung des Landeshauptmannes in Form eines Artikels in den Salzburger Nachrichten, in dem Botz Schausberger frontal angriff. „Es ist verständlich, wenn Angehörige der Kriegsgeneration die Augen vor der Wahrheit über die Wehrmacht verschließen. Wenn dies ein Landeshauptmann tut, der als Historiker logische Klarheit bewies, ist es Parteipolitik pur.“<sup>112</sup> Mit diesen Worten eröffnete Botz die Kritik am Geschichtsverständnis des Landeshauptmannes. Deutlich strich Botz in seinem Artikel heraus, dass die Soldaten der Wehrmacht unmittelbar, wie auch logistisch, an der Judenvernichtung beteiligt waren. Dem Versuch Schausbergers, die Verbrechen der Wehrmacht als tragische Begleiterscheinungen des unmenschlichen Krieges abzutun<sup>113</sup>, trat er klar entgegen. Auch stellte sich der Salzburger Historiker lobend hinter die Ausstellung und bescheinigte ihr unverständlicherweise gar „Innovation auf dem Gebiet des Geschichtsbewusstseins“.<sup>114</sup> Dass die Schau bei der Aufdeckung der Wehrmachtsverbrechen

---

<sup>111</sup> Die „Schausberger-Botz-Kontroverse“. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.232f.

<sup>112</sup> Salzburger Nachrichten, Nichts als populistisches Kalkül? 23.12.1996.

<sup>113</sup> vgl. „Schausberger-Botz-Kontroverse“. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.232

<sup>114</sup> Salzburger Nachrichten, Kalkül? 23.12.1996.

pauschalisierend argumentiert, wie Botz selbst in seinem Artikel angibt, schien den, der Objektivität verpflichteten, Historiker hingegen wenig zu stören. Neben der Diskussion über die Wissenschaftlichkeit und Professionalität der in der Ausstellung getätigten Aussagen, kritisierte Botz vor allem den von ihm, nicht nur auf Seiten der ÖVP, verorteten opportunistischen Umgang der Politik mit der Wehrmachtsausstellung. Im Detail warf er dem Salzburger Landeshauptmann vor, mit seiner Politik am rechten Rand Wählerstimmen gewinnen zu wollen. Die Salzburger SPÖ wurde hingegen nicht nur aufgrund ihrer positiven Reaktionen, die Wehrmachtsausstellung betreffend, von Botz mit Lob bedacht. Dieses Statement wirkt in Anbetracht der Tatsache, dass Botz von Schausberger forderte seine Aussagen als Historiker nicht aufgrund von politischen Überlegungen zu verwässern fehl am Platz, wenngleich der Hinweis darauf, dass der Salzburger Landeshauptmann versucht habe, aus der Wehrmachtsstellung politisches Kapital zu schlagen, nicht von der Hand zu weisen ist.

Am 30. Dezember 1996 folgte in den Salzburger Nachrichten die Antwort des Landeshauptmannes auf die von Gerhard Botz geäußerte Kritik. Schausberger verteidigte dabei seinen Standpunkt, wonach die Schau nicht förderungswürdig sei. „Eine Ausstellung, die die furchtbare Grausamkeit des Zweiten Weltkrieges zeigt, aber pauschal verurteilt, nicht differenziert, wissenschaftlich umstritten ist und Gründe und Ursachen verschweigt, kann nicht mit offizieller Anerkennung rechnen“<sup>115</sup>, hielt er den Befürwortern der Schau entgegen. Gerhard Botz streute der Landeshauptmann einerseits Rosen, indem er es als ehrenvoll bezeichnete, von dem anerkannten Zeithistoriker kritisiert zu werden. Gleichzeitig deutete Schausberger aber eine politische Befangenheit des Wissenschaftlers an, indem er auf die Mitgliedschaft von Gerhard Botz in der SPÖ verwies. Diese Vorgangsweise stellte ein zentrales Element der Schausberger-Botz-Kontroverse dar. Beide Personen engagierten sich sowohl auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft, wie auch auf dem politischen Parkett. Botz sowie Schausberger versuchten einander gegenseitig nachzuweisen, dass der jeweils andere nicht wissenschaftlich sondern politisch argumentiere.

Was die Kernaussage der Wehrmachtsausstellung betrifft, äußerte sich der Salzburger Landeshauptmann wesentlich deutlicher, als in der Salzburger Volkszeitung drei Wochen zuvor. Während Schausberger in seiner Darstellung am 9. Dezember 1996 die Verbrechen der

---

<sup>115</sup> Salzburger Nachrichten, Ausstellung als politisches Kalkül. 30.12.1996

Wehrmacht noch als unmenschliche Begleiterscheinungen des Krieges dargestellt hatte<sup>116</sup>, bekannte er sich am 30. Dezember 1996 konkret zu den Vergehen der Soldaten, indem er klar darlegte, dass „wesentliche Teile der Deutschen Wehrmacht in die grauenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus und in deren rassistisch motivierten Angriffskrieg verwickelt waren.“<sup>117</sup> Diese, im zweiten Anlauf geäußerten, klaren Worte, ein dunkles Kapitel der österreichischen Geschichte betreffend, unterschieden Schausberger und seine Partei von anderen Ausstellungsgegnern wie der FPÖ oder dem Kameradschaftsbund. Nicht zu verleugnen ist hingegen, dass der Landeshauptmann mit der Positionierung seiner Partei, die sich stark mit jener der FPÖ deckte, eindeutig die Wähler am rechten Rand ansprach, wengleich dies von ihm heftig bestritten wurde.

Obwohl sich Schausberger zu den Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg ausdrücklich bekannte war die Einstellung des Landeshauptmanns zur Gestaltung der Wehrmachtsausstellung im Allgemeinen freilich unverändert geblieben. So kritisierte Schausberger in seinem Artikel vom 30. Dezember 1996, dass die Ausstellungsmacher generalisierend argumentieren würden. Ebenso hinterfragte der Landeshauptmann die unsensible Herangehensweise an das emotionale Thema. Weiters bemängelt er den unkritischen Umgang mit Quellen, wobei Schausberger die These in den Raum stellte, dass zahlreiche Bilder gefälscht sein könnten. „So ist es häufig unmöglich, die abgebildeten Orte, Menschen und Ereignisse konkret zu benennen, bei vielen Fotos ist überhaupt der Nachweis einer Verbindung zur Wehrmacht nicht zu erbringen“<sup>118</sup>, äußerte sich Schausberger kritisch. Gegen Ende seines Artikels wandte sich der Landeshauptmann der SPÖ zu und warf der Partei populistisches Kalkül im Umgang mit dem Thema vor. Dass die Äußerungen Schausbergers in der Diskussion rund um die Ausstellung, sowie seine Attacken gegen den politischen Gegner, freilich von ähnlichen opportunistischen Überlegungen geprägt waren, ist an dieser Stelle klar festzuhalten.

Die Schausberger-Botz-Kontroverse war von einer großen öffentlichen Wahrnehmung begleitet und zeigte die enge Trennlinie von Wissenschaft und Politik deutlich auf. Die Auseinandersetzung zwischen dem Zeithistoriker und dem Landeshauptmann in den Salzburger Nachrichten brachte im Bundesland Salzburg zudem nachhaltige Veränderungen

---

<sup>116</sup> vgl. „Schausberger-Botz-Kontroverse“. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.232

<sup>117</sup> Salzburger Nachrichten, Ausstellung. 30.12.1996

<sup>118</sup> Ebendort.

in der Medienberichterstattung mit sich. Während sich das mit der Schausberger-Botz-Kontroverse stark ansteigende öffentliche Interesse an der Thematik in Form der zahlreichen Leserbriefe ausdrückte, änderte sich vor allem der Schreibstil der Kronen Zeitung merklich. Die Krone prägte die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung, über Salzburg hinausgehend, nachhaltig und trug wesentlich zu einer Radikalisierung und Pauschalisierung des Themas bei. Auch in Salzburg diffamierte das, als Sprachrohr der Ausstellungsgegner fungierende, Blatt mit subjektiven und gehässigen Artikeln die Wehrmachtsausstellung, sowie deren Befürworter.

Vor allem die Salzburger Nachrichten, welche der Krone im Dezember 1996 die Show stahlen, indem sie als Forum für die Schausberger-Botz-Kontroverse fungierten, wurden massiv attackiert, wobei die Krone die Grenzen des guten Geschmacks deutlich überschritt. Unter den Pseudonymen Cato und Flavius diskreditierten der Herausgeber und seine Mitarbeiter systematisch das Ausstellungsprojekt, wobei sie sich auf höchst zweifelhafte Quellen stützten. Beispielsweise berief sich die Krone auf ein von Hartmut Schustereit erstelltes Gutachten, das sehr einseitig abgefasst ist.<sup>119</sup> Als besonders verwerflich sollen an dieser Stelle vor allem jene zahlreichen Anschuldigungen gegen die Wehrmachtsausstellung herausgestrichen werden, die wider besseres Wissen geäußert wurden. So diffamierte die Kronen Zeitung beispielsweise Ausstellungsleiter Hannes Heer, indem sie unter Verleugnung der Fakten angab, dass Heer sein Studium niemals abgeschlossen habe.<sup>120</sup> Mit einer ähnlichen Vorgangsweise wurde den Ausstellungsmachern zudem die Fälschung von in der Schau verwendeten Photographien vorgeworfen.

Neben der Anregung der Berichterstattung in den Medien brachte die Schausberger-Botz-Kontroverse noch ein weiteres Nachspiel für den Landeshauptmann mit sich. Am 10. Jänner 1997 setzte sich das Institut für Geschichte der Universität Salzburg im Rahmen einer Institutskonferenz mit der Wehrmachtsausstellung auseinander. Die Teilnehmer befanden einstimmig, dass die Ausstellung in Salzburg präsentiert werden solle und begrüßten zusätzlich die Möglichkeit einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema.<sup>121</sup> Dass die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung in Salzburg jedoch nicht in einer objektiv

---

<sup>119</sup> vgl. Hartmut Schustereit, Gutachten zur Einleitung von Heer, Hannes / Naumann, Klaus (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995 und den Beiträgen Heer: Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, S.55-77 sowie: Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, S.104-138 (Stuttgart 1997). S.1ff.

<sup>120</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.105

<sup>121</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.35

fundierten Art und Weise stattfinden werde, war zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar. Das Salzburger Institut für Geschichte stellte sich dennoch demonstrativ geschlossen hinter die emotionalisierende und einseitige Ausstellung. Um die Legende von der sauberen Wehrmacht zu entlarven, nahmen die Salzburger Historiker in Kauf, eine unsachliche und pauschalierende Ausstellung zu unterstützen.

Ein Jahr vor Abhaltung der Ausstellung in Salzburg konstituierte sich der Verein „Erinnern!“, der als Organisator der Wehrmachtsausstellung in der Mozartstadt auftrat. Im Rahmen des Vereines engagierten sich allen voran Historiker der Universität Salzburg. Das Ziel, neben der Durchführung der Ausstellung, war, ein Rahmenprogramm rund um die Wehrmachtsschau zu gestalten und einen Diskurs zwischen Befürwortern und Gegnern der Ausstellung zu ermöglichen. Im Verlauf der konstituierenden Sitzung des Vereins wurde mit dem Stadtkinosaal auch der im Gegensatz zu zahlreichen anderen Städten wenig umstrittene Ausstellungsort festgelegt. Als Gegenpart zum Verein „Erinnern!“ trat in Salzburg der auf Anregung des Kameradschaftsbundes gegründete „Arbeitskreis für Kultur und objektive Geschichtsforschung“ auf. Das Angebot eines Dialoges über die Wehrmachtsausstellung mit dem Verein „Erinnern!“ lehnte der Kameradschaftsbund, dessen Mitglieder teilweise mit einem bedenklichen Geschichtsverständnis ausgestattet sind<sup>122</sup>, freilich ab. Die Kriegsveteranen betrachteten die Wehrmachtsausstellung großteils als einen Angriff auf die aus ihrer Sicht vorbildliche, saubere und unpolitische Wehrmacht. Zudem wurde den Ausstellungsgestaltern „vom Österreichischen Kameradschaftsbund immer wieder vorgeworfen, eine ganze Generation schuldig zu sprechen.“<sup>123</sup> Der Präsident des Kameradschaftsbundes reagierte dementsprechend abwehrend auf die Einladung des Vereins „Erinnern!“ und schlug dessen Diskursangebot aus.

Wenige Wochen vor Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Salzburg bündelten die Kritiker schließlich noch einmal ihre Kräfte und versuchten, die Schau nachhaltig zu diffamieren. Die Kronen Zeitung gewährte Ausstellungsgegnern in Form von Gastkommentaren die Möglichkeit, sich klar gegen die Schau zu äußern, zusätzlich bedachte das Blatt die Ausstellungsmacher mehrmals mit Fälschungsvorwürfen, für die keine Beweise vorgebracht werden konnten. Der Salzburger Kameradschaftsbund sandte wiederum die

---

<sup>122</sup> vgl. Ingrid Lindorfer, Der Österreichische Kameradschaftsbund und seine Beziehungen zu den politischen Parteien Österreichs (Wien 1996). S.21ff.

<sup>123</sup> Markus Zöchmeister, Joachim Sauer, Langes Schweigen – späte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Innsbruck 2005). S.119



aktuelle Ausgabe seiner Zeitung „Kameradschaft Aktiv“ an 82 000 Haushalte, um vor dem Besuch der Ausstellung zu warnen.<sup>124</sup> Der gemeinsame Widerstand von Kronen Zeitung und Kameradschaftsbund gegen die Wehrmachtsausstellung wurde vor allem von der Krone effektiv genutzt. In einem Schreiben an die 36 000 Mitglieder des Salzburger Kameradschaftsbundes, in dem die Ausstellungsgestalter erneut der bewussten Fälschung bezichtigt wurden, warb die Krone mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Wehrmachtsschau um Leser aus den Reihen der Veteranenorganisation.

Freilich nutzte auch Landeshauptmann Schausberger die, wenige Tage vor der Ausstellungseröffnung, polarisierende Stimmung im Land, um sich politisch profilieren zu können. Dabei waren es vor allem fragwürdige Medien, wie die Krone sowie die Zeitung des Kameradschaftsbundes, die dem Landeshauptmann den Rücken stärkten. In seinen Darstellungen trat Schausberger zudem nicht nur als Landeshauptmann, sondern ausdrücklich auch als „Universitätsdozent für Neuere Österreichische Geschichte“ auf. Der Wehrmachtsausstellung warf er erneut eine emotionalisierende und pauschalierende Darstellungsweise vor und bezeichnete sie in der Krone plakativ als Wehrmachtsverurteilungsausstellung.<sup>125</sup> Das Institut für Geschichte der Universität Salzburg fühlte sich nicht nur aufgrund der oppositionellen Haltung des Landeshauptmanns zur Ausstellung, sondern vor allem aufgrund der Tatsache, dass Schausberger sich in den Medien stets als Universitätsdozent präsentierte, vom Landeshauptmann herausgefordert. Tatsächlich wurde Schausbergers wissenschaftlichem Hintergrund besondere Bedeutung beigemessen. So wies beispielsweise die Zeitung des Salzburger Kameradschaftsbundes ihre Leser dezidiert darauf hin, dass der Landeshauptmann aufgrund seines Fachwissens als Historiker prädestiniert dafür sei, über die Ausstellung zu urteilen, beziehungsweise diese im konkreten Falle zu verurteilen.

Ende März 1998 reagierte das Institut für Geschichte der Universität Salzburg auf die Darstellungen des Landeshauptmanns in Form eines von Institutsvorstand Lothar Kolmer veröffentlichten Schreibens. Der offene Brief zeichnete sich durch ein deutliches Bekenntnis des Instituts zur Durchführung der Wehrmachtsausstellung aus und enthielt eine klar formulierte Zurechtweisung an die Adresse des Landeshauptmanns. So bemühte sich Institutsvorstand Kolmer beispielsweise um eine eindeutige Differenzierung der, vom Institut

---

<sup>124</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.110

<sup>125</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.35

sowie von Landeshauptmann Schausberger, bezogenen Positionen, die Ausstellung betreffend, was in folgendem Satz gipfelte: „Das Institut distanziert sich in aller Form von diesen Ihren Äußerungen und ersucht Sie, künftig Aussagen, die Sie eindeutig als Parteipolitiker tätigen und die nicht dem universitären Wissenschaftsverständnis entsprechen, nicht mehr in einen Bezug zum Institut für Geschichte der Universität Salzburg zu bringen.“<sup>126</sup> Weiters bekannte sich Kolmer im Namen des Instituts dazu, sich durch die Unterstützung der Wehrmachtsausstellung am Aufarbeitungsprozess der Vergangenheit aktiv beteiligen zu wollen.

Eine nicht unbedeutende Rolle spielte auch der Vorwurf, dass Schausberger dem Ansehen des Instituts durch sein Auftreten geschadet habe. So ging Kolmer im Schreiben des Instituts explizit darauf ein, dass gerade die fehlende Differenzierung des Landeshauptmannes zwischen seiner Funktion als Politiker sowie seiner Rolle als Wissenschaftler maßgeblich dazu beigetragen habe, dass an das Institut für Geschichte nicht nur aus dem Inland heftige Kritik herangetragen worden sei. Dem offenen Brief des Instituts folgte drei Tage später ein Schreiben des Institutsvorstandes an den Landeshauptmann, in dem Kolmer Schausberger dezidiert darauf hinwies, dass dieser dem Institut durch seine Äußerungen öffentlich geschadet habe.<sup>127</sup> Bei allem Verständnis für das Unbehagen des Institutsvorstandes über die Vorgehensweise des Landeshauptmanns ist jedoch auch die Position des Instituts kritisch zu hinterfragen.

Im November 2000 kam die zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung eingesetzte und den Ausstellungsmachern milde gestimmte Kommission zu dem Ergebnis, dass die Schau unzulässig verallgemeinernd argumentiere, sowie zahlreiche inhaltliche Fehler enthalte. Aufgrund der eklatanten Mängel empfahl die Kommission dem Hamburger Institut für Sozialforschung die Ausstellung entweder gewissenhaft zu überarbeiten oder gänzlich neu zu gestalten.<sup>128</sup> Dass sich das Institut für Geschichte einstimmig für die Realisierung der Wehrmachtsausstellung in Salzburg eingesetzt und der Schau nachhaltig den Rücken gestärkt hatte, mag dem Ruf der wissenschaftlichen Einrichtung mindestens ebenso geschadet haben, wie die Äußerungen des Landeshauptmannes. Zusätzlich wirft auch der späte Zeitpunkt an dem das Institut die offene Konfrontation mit dem Landeshauptmann suchte kein positives

---

<sup>126</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.112, zitiert nach: [www.sbg.ac.at/ges/schausberger.htm](http://www.sbg.ac.at/ges/schausberger.htm)

<sup>127</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.36

<sup>128</sup> vgl. Gerhard Hirschfeld, (Hg.) Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (o.O. 2000) S.92

Licht auf die Einrichtung. Während der Historiker Gerhard Botz dem Landeshauptmann bereits am 23. Dezember 1996 in den Salzburger Nachrichten entgegengetreten war und dessen politisches Kalkül angeprangert hatte, verlieh das Institut erst am 27. März 1998 und somit nahezu drei Wochen nach der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Salzburg seiner deutlichen Kritik am Landeshauptmann Ausdruck. Dadurch „drängt sich der Verdacht auf, dass die Veranstalter im Vorfeld der „Wehrmachtsausstellung“ keinen offenen Konflikt mit dem Landeshauptmann riskieren wollten“<sup>129</sup>, zumal sich zahlreiche Historiker der Salzburger Universität im Verein „Erinnern!“ betätigten, der für die Organisation der Wehrmachtsausstellung in Salzburg verantwortlich zeichnete, urteilte etwa Mostbauer in seiner Diplomarbeit.

Am 13. April 1998, dem letzten Ausstellungstag, konnten die Veranstalter eine erste Bilanz über die Wehrmachtsschau in Salzburg ziehen. Neben der heftigen Kontroverse zwischen dem Landeshauptmann und namhaften Vertretern der Geschichtswissenschaft, sowie einer, die Abgründe der österreichischen Medienlandschaft aufzeigenden, Kampagne der Kronen Zeitung, erreichte die Wehrmachtsausstellung in Salzburg mit 20 000 Besuchern Österreichweit die größte Teilnehmerzahl. Dabei ist festzuhalten, dass der Salzburger Landeshauptmann, die Kronen Zeitung sowie der Kameradschaftsbund durch ihren vehementen, öffentlichen Widerstand gegen die Ausstellung wesentlich zum Erreichen eines österreichischen Besucherrekords beigetragen haben. In der Ausstellung selbst kam es in regelmäßigen Abständen zu abstoßenden Einträgen in das Besucherbuch der Ausstellung<sup>130</sup>, sowie zu Beschimpfungen, die sich sowohl gegen die Schau selbst, als auch gegen das Personal richteten. „Am 11. März uferte die Aggression gegen die Ausstellung und die MitarbeiterInnen das erste und einzige Mal aus: Die auf der Tagesordnung stehenden Beschimpfungen häuften sich, Unbekannte zerkratzten Stellwände und rissen Fotos herunter.“<sup>131</sup> Der überwiegende Großteil der Besucher verhielt sich jedoch ordnungsgemäß und zeigte sich über die Wehrmachtsverbrechen selbst und nicht über die Durchführung der Ausstellung schockiert.

In Form der Verleihung des Salzburger Landeswappens an den Kameradschaftsbund, setzte sich die Zusammenarbeit der Ausstellungsgegner auch nach der Durchführung der

---

<sup>129</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.112

<sup>130</sup> vgl. Zöchmeister, Sauer, Schweigen (Innsbruck 2005). S.131ff.

<sup>131</sup> Susanne Rolinek, „Ist es wirklich schon vorbei?“ Die „Wehrmachtsausstellung“ als Ort der umkämpften Erinnerung. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.194

Wehrmachtsschau in Salzburg fort. Ursprünglich wollte Landeshauptmann Schausberger den Kameradschaftsbund noch während der Ausstellung mit dem Landeswappen auszeichnen. Dies wurde durch Protest aus den Reihen der SPÖ, sowie von den Grünen verhindert. Nach dem Ende der Ausstellung einigten sich ÖVP und SPÖ schließlich auf einen Kompromiss. Neben dem Kameradschaftsbund wurde auch der Salzburger Israelitischen Kultusgemeinde das Recht zugestanden, sich mit dem Landeswappen schmücken zu dürfen. Bereits vor Beginn der Wehrmachtsausstellung war Schausberger allerdings mit einer Ehrung anderer Art negativ aufgefallen. Zu seinem 85. Geburtstag überreichte der Landeshauptmann dem in Österreich lebenden einstigen Nationalsozialisten Reinhard Spitzky einen Ehrenbecher, für den das Land aufkam.<sup>132</sup> Der am Juliputsch beteiligte Spitzky war während der Zeit des Nationalsozialismus mehrere Jahre lang ein enger Mitarbeiter von NS-Größe Joachim von Ribbentrop gewesen.

#### 3.4 Gemeinsamkeiten und Differenzen – München und Salzburg im Vergleich

Ohne Zweifel erreichte die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung in München ihren Höhepunkt. Auch die Ereignisse in Salzburg müssen in diesem Kontext betrachtet werden. Eine in ihrer Dimension mit München vergleichbare Skandalwirkung blieb in der Mozartstadt jedoch aus. Dennoch erscheint eine Vergleichbarkeit der beiden Ausstellungsorte angebracht, zumal die Wehrmachtsausstellung in Salzburg, gemessen an den weiteren österreichischen Ausstellungsorten, die größten Emotionen und Diskurse auslöste. Die Positionierung der politischen Landschaft gestaltete sich in München und Salzburg ähnlich. An beiden Ausstellungsorten avancierten die großen bürgerlichen Parteien zu den bedeutendsten Kritikern der Schau, während die Sozialdemokraten die Wehrmachtsausstellung nachhaltig unterstützten. Im Vergleich trat die ÖVP unter Landeshauptmann Schausberger, trotz einiger populistischer Zuspitzungen, jedoch inhaltlich geschlossener und weniger aggressiv auf als ihr Pendant in Bayern, wo CSU-Chef Peter Gauweiler seine Partei durch angriffslustige und hetzerische Wortmeldungen einer Zerreißprobe aussetzte.<sup>133</sup> Die Kommunikation mit dem politischen Mitbewerber gestaltete sich ähnlich. Während sich die Münchner Parteien am Höhepunkt der Debatte gegenseitig mit niveaulosen Schimpftiraden bedachten, blieben in Salzburg zumindest persönliche Beleidigungen in großem Stil aus.

---

<sup>132</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.41f.

<sup>133</sup> vgl. Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei (Berlin 2004). S.18f.

Auffallend ist auch, dass rechtsradikale und rechtsextreme Gruppierungen und Parteien, wie beispielsweise die NPD in München, von den Provokationen der CSU profitierten, während sich die rechtspopulistische FPÖ in Salzburg in der Debatte kaum profilieren konnte und medial im Schatten der Volkspartei stand.<sup>134</sup> Dies kann vor allem auf die inhaltliche Prägung der Diskussion zurückgeführt werden. Während in München die Annäherung der CSU an rechtsradikale Kreise sowie der Neonazi-Aufmarsch vom 1. Mai 1997 öffentlich breit thematisiert wurden, standen in Salzburg sachlichere Auseinandersetzungen auf der Tagesordnung. Hier spielten nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass Landeshauptmann Schausberger seine Befähigung als Historiker in den Vordergrund rückte, wissenschaftliche Auseinandersetzungen eine große Rolle. Beide Seiten versuchten im Rahmen der Auseinandersetzung glaubhaft zu untermauern, warum es sich bei der Wehrmachtsschau um eine seriöse, beziehungsweise um eine unwissenschaftliche und einseitige Ausstellung handelte. Diese Debatte entfaltete sich nicht zuletzt aufgrund des Spannungsverhältnisses zwischen dem Landeshauptmann und dem Salzburger Institut für Geschichte.

Dabei ist festzuhalten, dass der Umgang der wissenschaftlichen Gesellschaft mit dem Thema Wehrmachtsausstellung kaum unterschiedlicher ausfallen hätte können. Während der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Horst Möller, die Wehrmachtsschau kritisch beurteilte und den Ausstellungsmachern grobe Mängel ankreidete<sup>135</sup>, stellte sich das Salzburger Institut für Geschichte hinter die Ausstellung und verteidigte deren Realisierung in der Mozartstadt nachhaltig. Die unverhältnismäßig unkritische Haltung des Instituts gegenüber der Wehrmachtsschau zeigte sich zusätzlich in der offenen Auseinandersetzung, die führende Wissenschaftler der Einrichtung mit dem Landeshauptmann eingingen. Interessant gestaltete sich auch die Berücksichtigung der Historiker in den Medien. Während das Institut für Zeitgeschichte in München trotz einiger sehr kritischer Beiträge nur eine Nebenrolle in der Berichterstattung einnahm, bildeten die Schausberger-Botz-Kontroverse und die anschließenden Zerwürfnisse zwischen dem Salzburger Institut für Geschichte und dem Landeshauptmann einen deutlich wahrnehmbaren und zentralen Bestandteil der Auseinandersetzung in Salzburg.

---

<sup>134</sup> vgl. Helmut P. Gaisbauer, Der politische Diskurs zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ in Österreich. Eine Analyse der Debatten an den Ausstellungsorten Wien, Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg unter besonderer Berücksichtigung geschichtspolitischer Problemstellungen und der Diskursmacht der Printmedien (Salzburg 2000). S.164f.

<sup>135</sup> vgl. Heer, Verschwinden (Berlin 2004). S.21

Medial lassen sich zwischen den Ausstellungsorten München und Salzburg ebenfalls große Unterschiede feststellen. Während die Salzburger Debatte nur innerhalb Österreichs auf Resonanz stieß, stellte speziell der Neonazi-Aufmarsch in München „ein Ereignis von überregionaler Bedeutung“<sup>136</sup> dar und erregte rund um den Erdball Aufsehen. Zahlreiche renommierte ausländische Tageszeitungen berichteten ausführlich über die Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung. Insgesamt ist an dieser Stelle zu betonen, dass die Berichterstattung der großen Tageszeitungen sowie des Rundfunks über die Wanderausstellung innerhalb Deutschlands und Österreichs weitgehend objektiv und ausgewogen verlief. Eine Ausnahme bildete hierbei freilich die auflagenstarke Kronen Zeitung. Mit Schimpftiraden und einseitigen Darstellungen verunglimpfte das Boulevardblatt die Wehrmachtsausstellung nachhaltig.<sup>137</sup> Selbiges versuchten auch die Parteiorgane von CSU und ÖVP, wobei insbesondere der Bayernkurier die Grenzen des guten Geschmacks überschritt, während die Salzburger Volkszeitung gemäßiger berichtete. Im Vergleich zur Kronen Zeitung, die mit ihrer negativen Berichterstattung über die Wehrmachtsausstellung einen zentralen Einfluss auf die Meinungsbildung in Österreich geltend machen konnte, spielten die auflagenschwächeren Parteizeitungen jedoch eine untergeordnete Rolle.

#### **4. Die politischen, wissenschaftlichen und medialen Aspekte der Debatte in Deutschland und Österreich**

##### 4.1 Politik – (K)ein einfaches Links-Rechts-Schema

Oberflächlich betrachtet gleicht die Einstellung der in Deutschland und Österreich handelnden politischen Parteien in Bezug auf die Wehrmachtsausstellung einem Links-Rechts-Schema. In Salzburg stellten sich SPÖ und Grüne hinter das Projekt, während ÖVP und FPÖ die Ausstellung ablehnten. In München verhielten sich die politischen Parteien ähnlich. SPD und Grüne traten für die Realisierung der Schau ein, die CSU sprach sich hingegen deutlich gegen die Ausstellung aus. Eine differenzierte Position verfolgte die FDP.<sup>138</sup> Die Wehrmachtsausstellung wurde von ihr zwar als einseitig kritisiert, aufgrund des Begleitprogramms und in deutlicher Abgrenzung zum ehemaligen FDP-Stadtrat Manfred Brunner, der in unangemessener Art und Weise gegen die Ausstellung polemisierte, sprach

---

<sup>136</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.157

<sup>137</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.33f.

<sup>138</sup> vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.94ff.

sich die Partei jedoch für die Abhaltung der Ausstellung in München aus. Interessant ist, dass die Positionierung der Parteien in der Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung bei teilweise namhaften Mitgliedern auf erheblichen Widerspruch stieß. Sichtbare Differenzen traten beispielsweise bei der Münchner CSU zu Tage. Während CSU-Chef Gauweiler die Wehrmachtsausstellung ausdrücklich ablehnte und heftig gegen die Schau polarisierte, unterstützte CSU-Stadtrat Franz Forchheimer offen die Abhaltung der Schau.<sup>139</sup> Gleichzeitig löste Gauweilers polarisierende und unseriöse Vorgehensweise gegen die Ausstellung Unmut in der eigenen Partei aus, was unter anderem in einem offenen Brief von CSU-Stadtrat Sven Thanheiser zum Ausdruck kam. „Die Münchner CSU hat, so scheint es, zwei Flügel. Einen rechten, der poltert, und einen eher liberalen, der betreten schweigt“<sup>140</sup>, stellte die tz München diesbezüglich treffend fest. Auch in Salzburg kam es aufgrund der klaren Positionierung der Parteien zur Wehrmachtsausstellung zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb dieser politischen Gruppierungen. So lehnte beispielsweise Salzburgs sozialdemokratischer Altbürgermeister Josef Reschen die Abhaltung der Wehrmachtsausstellung in der Stadt ab, während sich seine Partei dafür aussprach.<sup>141</sup> Auf den folgenden Seiten sollen die Beziehungen der einzelnen Parteien zur Wanderausstellung, sowie etwaige Differenzen innerhalb der politischen Bewegungen, thematisiert werden. Eine Gegenüberstellung zwischen den jeweiligen deutschen und österreichischen Parteien steht dabei im Vordergrund des Interesses.

#### 4.1.1 SPÖ und SPD

Die sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertretenen Großparteien des sozialdemokratischen und des konservativen Lagers fielen durch eine uneinheitliche und teilweise opportunistische Positionierung im Umgang mit der Wehrmachtsausstellung auf. Zusätzlich standen die Einstellung und die durch Wahltaktik geprägte Ausrichtung der jeweiligen Parteien auf Bundesebene nicht selten in einem Missverhältnis zu lokalen Einschätzungen auf Gemeindeebene. Am Beispiel der SPÖ und ihrer Haltung zur Wehrmachtsausstellung in Österreich wird deutlich, dass die Schau selbst innerhalb einer, der Ausstellung tendenziell positiv gegenüberstehenden, politischen Bewegung unterschiedlichste Positionen zu Tage förderte. Bei der Österreich-Premiere der Wehrmachtsausstellung in

---

<sup>139</sup> vgl. Klotz, Leute. In: Klotz, Schneider, (Hg.) Nation (Köln 1997). S.178ff.

<sup>140</sup> tz München, CSU. 20.02.1997. In: Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.127

<sup>141</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.34

Wien, am 18. Oktober 1995, lehnte die sozialdemokratische Kulturstadträtin Ursula Pasterk beispielsweise jegliche finanzielle Unterstützung für das Ausstellungsprojekt ab. Ähnlich wie in Innsbruck galt die Wehrmachtsausstellung in der Hauptstadt als politisch uninteressant. Bundespolitisch beanspruchte der anlaufende Nationalratswahlkampf die Parteien. Eine wie immer geartete Unterstützung der Ausstellung durch die SPÖ wurde, „in Anbetracht der Altersstruktur der SPÖ-Wählerschaft“<sup>142</sup>, zudem als äußerst problematisch und taktisch unklug angesehen. Zusätzlich besaß die Ausstellung zu diesem frühen Zeitpunkt noch keine große politische Relevanz, zumal sie noch nicht in den Blickpunkt des allgemeinen, sowie insbesondere des medialen Interesses gerückt war.

Große politische Kontroversen blieben auch in Deutschland während der ersten Monate aus. Als die Wehrmachtsausstellung von 10. September bis 12. Oktober des Jahres 1995 in Stuttgart zu Gast war, stellte sich die SPD zwar hinter das von CDU, FDP und Republikanern abgelehnte Projekt und präsentierte im Gegenzug zur SPÖ mit dem ehemaligen Landes- und Fraktionschef Erhard Eppler auch einen prominenten, bei der Eröffnungsveranstaltung auftretenden, Redner, eine politische Auseinandersetzung von nennenswerter Tragweite löste dies jedoch nicht aus. Zusätzlich trat Eppler, mit seiner differenzierten und ausgewogenen Eröffnungsrede, stärker als Zeitzeuge und weniger als Politiker auf.<sup>143</sup> Durch seine persönliche Einschätzung, wonach sich die überwiegende Mehrheit der Soldaten keiner Verbrechen schuldig gemacht habe, gab er zwar den Anstoß für eine Debatte zwischen Historikern und dem Hamburger Institut für Sozialforschung, politische Wellen schlug die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen korrekte Einschätzung Epplers jedoch keine.<sup>144</sup> Als die Wehrmachtsausstellung exakt vier Monate nach ihrer Eröffnung in Stuttgart auch in Freiburg präsentiert wurde, hielt mit Gernot Erler ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter die Eröffnungsansprache und die SPD engagierte sich erneut für die Schau. Im Gegensatz zu Stuttgart prägten in Freiburg zwar Diskussionen über vergangene, erinnerungspolitisch bedenkliche Vorgänge im Militärarchiv der Stadt die Ausrichtung der SPD, größere politische Kontroversen blieben jedoch aus. Unter anderem traten in Freiburg Generationenkonflikte offen zu Tage, an denen sich mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt auch ein prominenter Ausstellungsgegner aktiv beteiligte.

---

<sup>142</sup> Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000) S.70

<sup>143</sup> vgl. Klaus Naumann, Wenn ein Tabu bricht. Die Wehrmachts-Ausstellung in der Bundesrepublik. In: Mittelweg 36, Heft 1, 1996. S.18

<sup>144</sup> vgl. Nedelmann, Ausstellung In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.235ff.



Zwischen 5. September und 6. Oktober 1996 sorgte die erinnerungspolitische Positionierung von hochrangigen SP-Altpolitikern während der Präsentation der Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt für ähnliche Spannungen. Die SPÖ bot ein Bild der inneren Zerrissenheit. Bereits anhand der Frage nach der Übernahme des Ehrenschatzes für die Ausstellung durch den SPÖ-Vorsitzenden Michael Ausserwinkler wurde die Tatsache offenbar, dass der Partei eine klare Linie fehlte. Erst nach langem Zögern entschloss sich Ausserwinkler Ende August 1996, den Ehrenschatz über die Ausstellung zu übernehmen. Gleichzeitig stellte er dem Projekt für Begleitveranstaltungen 100 000 Schilling aus dem Wissenschaftsbudget zur Verfügung.<sup>145</sup> Ausserwinkler schwenkte damit auf die Position namhafter SPÖ-Bundespolitiker ein, die sich in den Tagen zuvor zur Ausstellung bekannt hatten. Altbundeskanzler Franz Vranitzky, Nationalratspräsident Heinz Fischer und der amtierende Innenminister Caspar Einem setzten ein eindeutiges erinnerungspolitisches Zeichen, indem sie der von der SPÖ jahrzehntelang vertretenen Opferthese durch ihren Beitritt zum Ehrenkomitee der Ausstellung den Rücken kehrten.<sup>146</sup> Nicht zuletzt gewann die Wehrmachtsausstellung durch die prominente Unterstützung auch an politischer Bedeutung.

Ausserwinklers Positionierung stieß bei den politischen Gegnern ÖVP und FPÖ naturgemäß auf Widerstand. Die Präsentation der Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt brachte damit erstmals in Österreich politische Kontroversen von nennenswertem Ausmaß zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP mit sich. Bemerkenswerterweise stieß Ausserwinkler jedoch auch innerhalb seiner eigenen Partei auf heftige Gegenwehr. Diese kam in erster Linie aus den Reihen der älteren Generation und wurde beim seit 1959 jährlich abgehaltenen Kameradentreffen zum Gedenken an die Gefallenen der Weltkriege, sowie des Kärntner Abwehrkampfes auf dem Ulrichsberg, lautstark artikuliert. Im Jahr 1996 fiel das Treffen der Ulrichsberggemeinschaft mit dem 6. Oktober zudem auf exakt jenes Datum, an dem die Wehrmachtsschau den letzten Ausstellungstag in Klagenfurt absolvierte. Die auf dem Ulrichsberg auftretenden Festredner nutzten daher die Veranstaltung für eine Abrechnung mit der von ihnen großteils abgelehnten Wehrmachtsausstellung.<sup>147</sup>

Vor allem der einstig argumentierende sozialdemokratische Landesrat Rudolf Gallob fiel mit entbehrlichen Wortspenden auf. „Der Ex-Landesrat ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen,

---

<sup>145</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.78

<sup>146</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.77f.

<sup>147</sup> vgl. Walter Fanta, Der Ulrichsbergdiskurs. In: Walter Fanta, Valentin Sima, „Stehst mitten drin im Land.“ Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart (Klagenfurt 2003). S.99

um zu verdeutlichen, dass Michael Ausserwinklers Positionierung keineswegs von der gesamten Kärntner SPÖ mitgetragen werde. Von der Wehrmachtsausstellung fühlte er sich persönlich angegriffen<sup>148</sup> und beleidigt. Zusätzlich betonte er in seiner Ansprache, dass die Übernahme des Ehrenschatzes durch Ausserwinkler einer Vertreibung von Wählern gleichkomme. Mit seiner Kritik befand sich Gallob in guter Gesellschaft. Der ehemalige sozialdemokratische Landtagspräsident Rudolf Tillian polemisierte beispielsweise in Form von Leserbriefen gegen die Ausstellung. Zumindest die aktiven SPÖ-Landespolitiker Kärntens folgten der Linie ihres Parteivorsitzenden. So trat beispielsweise Landtagspräsident Adam Unterrieder nicht als Redner am Ulrichsberg auf, obwohl er dafür in den Wochen zuvor durchaus Interesse bekundet hatte. Dass Ausserwinklers Positionierung in der Kärntner SPÖ insgesamt nur auf bescheidene Unterstützung stieß, beweist jedenfalls die Tatsache, dass er sich seiner Funktion als Landesparteivorsitzender nicht lange erfreuen durfte.

Acht Wochen nach der Beendigung der Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt öffnete die Schau ihre Tore in Linz und gastierte damit in der Jugendstadt Adolf Hitlers. Nach den unrühmlichen Erfahrungen in Klagenfurt, die innerhalb der SPÖ zu massiven Zerwürfnissen geführt hatten, nahmen die oberösterreichischen Sozialdemokraten eine opportunistische und doppelbödige Haltung in Punkto Wehrmachtsausstellung ein. Zwar setzte sich die Partei im Vorfeld für das Zustandekommen der Ausstellung in Linz ein. Als am 15. Oktober 1996 jedoch ÖVP-Kulturstadtrat Dyk im Stadtsenat den Antrag einbrachte, der Ausstellung eine Förderung von 120 000 Schilling zukommen zu lassen, wurde er von seiner eigenen Partei im Stich gelassen, die völlig konträr zu seiner Forderung über die Streichung des Punktes von der Tagesordnung abstimmen wollte. Bei dem folgenden Votum stimmte im Gegensatz zu der von den Sozialdemokraten bisher vertretenen Linie auch die SPÖ für die Streichung des Subventionsansuchens. „Die ominöse Stadtsenatssitzung vom 15. Oktober 1996 war der institutionelle Startschuss des Subventionspokers. In weiterer Folge entpuppte sich die Debatte als Farce“<sup>149</sup>. Am 14. November 1996 wurde auf Initiative der Bürgerliste „Mensch und Natur“ im Gemeinderat erneut ein Antrag nach Subventionierung der Wehrmachtsausstellung eingebracht. Die SPÖ stimmte prompt für den Antrag, wodurch eine Mehrheit zustande kam. Dadurch musste sich der Stadtsenat erneut mit der Frage nach einer Subventionierung der Schau auseinandersetzen. „Die endgültige, aber schon vorher absehbare negative Entscheidung über das Subventionsansuchen an die Stadt fiel erst am 26.

---

<sup>148</sup> Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.86

<sup>149</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.87

November“<sup>150</sup>. Im Gegensatz zur ersten Abstimmung votierte die SPÖ für eine Subventionierung. Aufgrund der Gegenstimmen von ÖVP und FPÖ fand der Antrag jedoch wie erwartet keine Mehrheit.

Das opportunistische Verhalten der SPÖ, an dem sich auch die Grünen beteiligten, offenbart sich bei Kenntnis der Geschäftsordnungsbestimmungen des Gemeinderates sowie des Stadtrates noch deutlicher. Wie Mostbauer in seiner Diplomarbeit ausführt, liegt die Zuständigkeit für Subventionen ab einer Höhe von 350 000 Schilling beim Stadtsenat. Hier hätte ein positiver Beschluss aufgrund der Mehrheit von SPÖ, Grünen und der Bürgerliste „Mensch und Natur“ erfolgen können.<sup>151</sup> Diese großzügige finanzielle Unterstützung hätte freilich von den Gegnern der Wehrmachtsausstellung angeprangert werden können. Zusätzlich ist anzunehmen, dass eine Subventionierung der Schau vor allem bei älteren SPÖ-Wählern auf Unverständnis gestoßen wäre. Die SPÖ beschränkte sich daher auf salbungsvolle Wortspenden und bescheinigte der Schau große erinnerungspolitische Bedeutung, Bürgermeister Franz Dobusch sprach in seiner Eröffnungsrede sogar von einem „aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens“<sup>152</sup>. Eine finanzielle Unterstützung blieb, abgesehen von einer Zuwendung in der Höhe von 30 000 Schilling aus Parteimitteln der SPÖ-Oberösterreich, aber aus.<sup>153</sup> Am deutlichsten brachte der stellvertretende Landeshauptmann Fritz Hochmair die konfliktvermeidende Haltung seiner Partei zum Ausdruck, indem er eine Auseinandersetzung mit dem Schrecken des Krieges forderte, ohne dabei aber nach Schuldigen suchen zu wollen.<sup>154</sup>

Als die Wehrmachtsausstellung in Linz am 22. Dezember 1996 ohne die Hervorrufung größerer politischer Zusammenstöße ihre Pforten schloss, war noch nicht absehbar welche Konflikte das Ausstellungsprojekt im daran anschließenden Jahr erzeugen würde. Die Polarisierung der Schau erreichte letztlich in München ihren Höhepunkt. Dies spiegelt sich auch an den Besucherzahlen wieder. Im Frühjahr 1997 wurden an den beiden Ausstellungsorten München und Frankfurt insgesamt etwa 190 000 Besucher gezählt. Im Gegensatz zur Haltung der SPÖ in Linz, suchte die SPD in München offen die

---

<sup>150</sup> Reinhard Kannonier, *Geschichte, Politik und Öffentlichkeit. Die Vorbereitungsphase: ein kurzes Lehrstück über lange Irrwege*. In: Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier, (Hg.) *Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz* (Grünbach 1997). S.17

<sup>151</sup> vgl. Mostbauer, *Kultur* (Wien 2001). S.88

<sup>152</sup> Franz Dobusch, *Reden zur Ausstellungseröffnung*. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) *Irritationen*. (Grünbach 1997). S.27

<sup>153</sup> vgl. Gaisbauer, *Diskurs* (Salzburg 2000). S.102

<sup>154</sup> vgl. Mostbauer, *Kultur* (Wien 2001). S.88

Auseinandersetzung mit der CSU, indem sich die Partei demonstrativ hinter das Projekt stellte. In „Bremen geriet die SPD/CDU-Koalition wegen der Nutzung der Unteren Rathaushalle in eine, gemessen an der Last der tatsächlichen landespolitischen Probleme schwer nachvollziehbare Krise.“<sup>155</sup> Auch hier hatte sich die SPD offen für die Wehrmachtsausstellung stark gemacht. Zusätzlich nahm die Debatte rund um das Ausstellungsprojekt in Deutschland im Jahr 1997 auch bundespolitische Dimensionen an. Dies wurde vor allem anhand der beiden am 13. März und 24. April 1997 geführten Bundestagsdebatten sichtbar.<sup>156</sup>

Dass die politische Relevanz der Wehrmachtsausstellung durch das Jahr 1997 und die Vorkommnisse in München gestiegen war, konnte Ende des Jahres auch in Österreich festgestellt werden. Bei der Eröffnung der Schau in Graz, am 1. Dezember 1997, hielt Nationalratspräsident Heinz Fischer die Eröffnungsansprache und verlieh der Ausstellung damit einen staatspolitischen Charakter. Die Haltung der SPÖ-Steiermark hatte sich jedoch trotz des bundespolitischen Rückhalts und der weitaus offensiveren Positionierung der SPD in München, beziehungsweise in Bremen, nicht merklich verändert. Ähnlich wie in Linz im Jahr zuvor, beteuerte die SPÖ die Wehrmachtsausstellung unterstützen zu wollen, ohne dass in diese Richtung tatsächlich etwas geschah.<sup>157</sup> Im Hinblick auf die am 25. Jänner 1998 stattfindenden Gemeinderatswahlen empfand die SPÖ den Termin zudem als äußerst unattraktiv. Die Bemühungen, den Termin mit Salzburg zu tauschen, um die Schau entkoppelt von der anstehenden Kommunalwahl zeigen zu können, scheiterten zudem. Die SPÖ versuchte daher, entgegen den öffentlichen Darstellungen, die Realisierung des Ausstellungsprojektes in Graz zu verhindern.

Am 18. April 1997 ließ das Veranstaltungskomitee auf einer viel beachteten Pressekonferenz verlauten, dass die Wehrmachtsausstellung in Graz nicht realisiert werden könne. Als Grund wurde die Tatsache angegeben, dass es den Veranstaltern nicht ermöglicht worden war, einen geeigneten Ausstellungsraum zu finden. „Drei Wochen lang versuchten die Ausstellungsveranstalter adäquate Räumlichkeiten zu finden. Doch jedes Mal, als ein passender Saal gefunden schien, beanstandete die Stadtverwaltung die mangelnden technischen und räumlichen Voraussetzungen.“<sup>158</sup> Nachdem sich die SPÖ, namentlich vor

---

<sup>155</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.41

<sup>156</sup> vgl. Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.170ff.

<sup>157</sup> vgl. Kannonier, Geschichte. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen (Grünbach 1997). S.17ff.

<sup>158</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.93

allem Bürgermeister Alfred Stingl, öffentlich für die Realisierung des Projektes stark gemacht hatte, bedeutete die Absage für sie eine Peinlichkeit ersten Ranges. Dennoch fand sich die Parteispitze vorerst sehr schnell mit der angekündigten Nichtdurchführung der Schau in Graz ab. Die Sozialdemokraten realisierten jedoch rasch, dass eine Absage der Wehrmachtsausstellung in Graz, bedingt durch die erst wenige Wochen zurückliegenden Eruptionen in München, zu einem umfangreichen internationalen Medienecho führen und zudem den Ruf der steirischen Landeshauptstadt als Kulturstadt beschädigen könnte. Die politische Nähe des Rektors der Grazer Universität Helmut Konrad zur SPÖ, ermöglichte letztlich doch noch die Realisierung der Ausstellung. Am 5. Mai 1997 stand offiziell fest, dass die Schau in den Räumlichkeiten der Grazer Universität, genauer im Meerscheinschlößl, realisiert werden konnte. Weiters einigten sich sämtliche Parteien des Grazer Gemeinderates, mit Ausnahme der FPÖ, in einem Fairnessabkommen zur Nichtinstrumentalisierung der Wehrmachtsausstellung im Wahlkampf.<sup>159</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich die SPÖ nur an einem einzigen der sechs österreichischen Ausstellungsorte geschlossen hinter die Wehrmachtsschau stellte. Lediglich in Salzburg unterstützte die Partei das Zustandekommen, sowie die Durchführung der Schau, aktiv.<sup>160</sup> Besonders bedenklich stimmt, dass die SPÖ die Wehrmachtsausstellung nicht aufgrund ihrer plakativen Darstellungsweise verschmähte, sondern diese aufgrund ihrer schlechten Eignung für die Wählermobilisierung, beispielsweise im Vorfeld von Wahlen, fallen ließ. Anhand der Standorte Linz und Graz wird deutlich, dass die SPÖ aus opportunistischen Überlegungen heraus, ihre Wähler, sowie die Öffentlichkeit, bewusst täuschte. Die SPD agierte teilweise mutiger und unterstützte neben München auch an weiteren Orten das Projekt nachhaltig. Zwar kam es auch in ihren Reihen zu Kritik an dem Ausstellungsprojekt, aufgrund der erinnerungspolitischen Bedeutung, die man der Ausstellung zuschrieb, stieß die Schau innerhalb der Partei jedoch auf große Zustimmung. So nahmen während der ersten Ausstellungsmonate beispielsweise in Stuttgart und Freiburg bereits SPD Politiker aktiv an der Eröffnungsveranstaltung teil, während die SPÖ im selben Zeitraum in Wien und Innsbruck sehr zurückhaltend agierte. Bedauernswerterweise spielte die einseitige und verallgemeinernde Gestaltung der Schau bei dieser Entscheidung jedoch keine Rolle. Insgesamt interessierte die pauschale Darstellungsweise der Wehrmachtsausstellung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, weder SPD- noch SPÖ-Politiker.

---

<sup>159</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.143

<sup>160</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.48

#### 4.1.2 ÖVP und CDU/CSU

Die in Österreich und Deutschland vertretenen konservativen Großparteien standen der Wehrmachtsausstellung von Beginn an sehr kritisch gegenüber. Eine einheitliche Linie kann aber weder der ÖVP, noch der CDU und auch nicht der in München äußerst radikal und opportunistisch auftretenden CSU bescheinigt werden. So kam es beispielsweise innerhalb der CSU aufgrund des von Parteichef Peter Gauweiler eingeschlagenen Konfrontationskurses zu erheblichem Widerstand.<sup>161</sup> Im Jahr 1995 war die Wehrmachtsausstellung in Österreich noch kein relevantes Thema, während in Deutschland bereits vorsichtig die Positionen zwischen den Parteien abgesteckt wurden. Rechtzeitig zur ersten Präsentation der Ausstellung in Hamburg äußerte sich der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag Alfred Dregger abwertend über die Wehrmachtsausstellung. Die Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung nahm er als ungerechtfertigte Beleidigung der Wehrmacht wahr. Weniger emotional, aber ebenfalls ablehnend, stand die CDU in Baden-Württemberg dem Projekt gegenüber. Anlässlich der Präsentation der Wehrmachtsschau in Stuttgart erklärte beispielsweise der CDU-Fraktionschef des Baden-Württembergischen Landesparlaments Günther Oettinger, die Ausstellung stelle eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht dar.<sup>162</sup> Ein Antrag der Grünen, die Ausstellung im Foyer des Landesparlaments zu zeigen, wurde von der CDU abgelehnt. Im Oktober 1995 spiegelte sich die ablehnende Haltung von CDU/CSU auch im Bundestag wieder. In einer Debatte, die sich mit der Namensgebung von Kasernen auseinandersetzte, argumentierten die Abgeordneten von CDU/CSU gegen eine Umbenennung von nach ehemaligen Generälen der Wehrmacht benannten Kasernen mit dem Argument, dass sich der Großteil der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg anständig verhalten habe.

Ende des Jahres 1995 gastierte die Wehrmachtsausstellung auch in den beiden österreichischen Ausstellungsorten Wien und Innsbruck. Zu relevanten politischen Äußerungen von Seiten der ÖVP kam es jedoch nicht. Dies lag einerseits daran, dass der Ausstellung zu diesem Zeitpunkt in Österreich noch keine besondere Bedeutung beigemessen wurde, sowie andererseits an der Tatsache, dass auch die SPÖ kein Interesse an einer

---

<sup>161</sup> vgl. Niven, Past (London / New York 2002). S.161

<sup>162</sup> vgl. Nedelmann, Ausstellung In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.235

Unterstützung und somit an einer politischen Thematisierung der Ausstellung zeigte.<sup>163</sup> Im Gegensatz zur CDU/CSU, welche der Ausstellung großteils ablehnend gegenüberstand, ist eine Positionierung der ÖVP für das Jahr 1995 noch nicht erkennbar. Die Tatsache, dass bei der Eröffnung der Schau in Wien kein einziger ÖVP-Politiker anwesend war, kann zwar als ablehnendes Signal verstanden werden, zutreffend ist aber auch, dass die Ausstellung zu diesem Zeitpunkt keinerlei politische Relevanz besaß. Medien und Politik konzentrierten sich auf den nach dem Ende des Kabinetts Klima I. anlaufenden Wahlkampf, während die Wehrmachtsausstellung wenig Beachtung fand.

Erst als die Wehrmachtsausstellung von 5. September bis 6. Oktober 1996 in Klagenfurt gastierte, wurde eine Positionierung der ÖVP sichtbar. Diese fiel in den Monaten vor der Eröffnung der Schau jedoch noch uneinheitlich aus. So trat beispielsweise mit dem zweiten Nationalratspräsidenten Heinrich Neisser ein hochrangiger ÖVP-Bundespolitiker dem Ehrenkomitee der Wehrmachtsausstellung bei, während sein Parteikollege der Kärntner Landeshauptmann Christof Zernatto diesem fernblieb. Ende August 1996 zog sich Neisser jedoch zur allgemeinen Überraschung aus dem Ehrenkomitee zurück. Zusätzlich äußerte er sich verstimmt über die Tatsache, überhaupt in das Komitee aufgenommen worden zu sein, nachdem er bekannt gegeben habe, sich erst mit Nationalratspräsident Heinz Fischer absprechen zu wollen.<sup>164</sup> Tatsächlich nahmen die Veranstalter Neisser in das Ehrenkomitee auf, ohne dabei schriftliche Formalitäten zu berücksichtigen. Zumal Heinz Fischer dem Komitee jedoch beigetreten war, erscheint die Absage Neissers aufgrund seiner vorangegangenen Aussagen dennoch als unlogisch. Ob der Beitritt, sowie das spätere Ausscheiden Neissers aus dem Ehrenkomitee, letztlich auf Fehler der Veranstalter oder auf eine Neupositionierung Neissers zurückzuführen ist, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Dass sich die ÖVP im Vorfeld der Schau jedoch Gedanken über eine möglichst einheitliche Positionierung der Partei gegenüber der Ausstellung machte, gilt als wahrscheinlich.

Anfang Oktober war von einem geschlossenen Auftreten der ÖVP anderenorts jedoch nichts zu bemerken. Im Vorfeld der Ausstellungseröffnung in Linz erklärte sich Kulturstadtrat Reinhard Dyk mit der Ausrichtung der Wehrmachtsschau einverstanden und sagte seine Unterstützung zu. Am 15. Oktober 1996 brachte Dyk im Linzer Stadtsenat auch ein entsprechendes Subventionsansuchen der Ausstellungsgestalter ein. „Allerdings verlangte ein

---

<sup>163</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.67ff.

<sup>164</sup> vgl. Ebendort (Salzburg 2000). S.76ff.

Fraktionskollege von ihm daraufhin die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung und erhielt prompt die Mehrheit, da auch die SPÖ dafür stimmte.“<sup>165</sup> Von diesem Zeitpunkt an waren auch in Linz die Würfel gefallen und die ÖVP nahm in weiterer Folge eine der Ausstellung sehr kritisch gegenüberstehende Position ein. Dass die Ausstellungsmacher von der ÖVP trotz der im Vorfeld abgegebenen positiven Wortmeldungen im Regen stehen gelassen wurden, wog um so schwerer, zumal sich überraschenderweise auch die SPÖ gegen eine Förderung der Schau aussprach. Die Doppelbödigkeit der Debatte kam dabei besonders durch die Wortmeldungen von Landeshauptmann Pühringer zum Ausdruck, der in einem Interview klar stellte, dass er als liberaler Kulturpolitiker nicht gegen die Ausstellung sei, einen Generationenkonflikt und eine Auseinandersetzung mit der FPÖ jedoch nicht riskieren wolle.<sup>166</sup> Tatsächlich stellte sich die ÖVP in Linz klar gegen die Schau und der Landeshauptmann vollzog einen gekonnten Drahtseilakt. Als Kulturreferent des Landes Oberösterreich wollte er nicht offen gegen die Ausstellung auftreten, als neues Ehrenmitglied des oberösterreichischen Kameradschaftsbundes wäre aber auch eine gegenteilige Positionierung auf deutlichen Widerspruch gestoßen.

Interessanterweise änderten die Vorkommnisse in München im Februar 1997 kurzfristig sehr wenig am Verhalten von CDU/CSU, sowie der ÖVP. Die Ablehnung der Wehrmachtsausstellung durch die konservativen Parteien wurde zwar nicht allorts mit der selben Intensität zur Schau getragen, eine distanzierte Haltung der angesprochenen Parteien war jedoch, unabhängig von der medialen Präsenz der Ausstellung, an fast allen Schauplätzen deutlich zu vernehmen. In Deutschland kann dies vor allem im ersten Halbjahr 1997 beobachtet werden. Als die Wehrmachtsausstellung am 10. Jänner des Jahres in Karlsruhe eröffnet wurde, stand deren Ablehnung durch die CDU bereits nahezu zwei Jahre fest.<sup>167</sup> Einen Monat später stieß die Ausstellung in München ebenfalls auf Widerstand aus dem konservativen Lager. Dieser wurde freilich intensiver und populistischer zum Ausdruck gebracht und zusätzlich durch das mediale Interesse verstärkt. An der grundsätzlichen Position von CDU und CSU änderte die mediale Präsenz jedoch nichts. Auch in Frankfurt, der nächsten Station der Wehrmachtsausstellung, blieb die CDU-Spitze der Eröffnungsveranstaltung demonstrativ fern und boykottierte die, in der Paulskirche realisierte und durch ein beachtliches Polizeiaufgebot geschützte, Veranstaltung. Fünf Tage nach dem

---

<sup>165</sup> Kannonier, Geschichte. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen (Grünbach 1997). S.17

<sup>166</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.82f.

<sup>167</sup> vgl. Nedelmann, Ausstellung In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.245



Ende der Schau in Frankfurt folgte am 28. Mai 1997 die Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Bremen. Während die SPD das Ausstellungsprojekt ohne Vorbehalte begrüßte, führte die Ablehnung der Schau durch die CDU zu einer Koalitionskrise ersten Ranges.<sup>168</sup>

Ab 1. Dezember 1997 gastierte die Wehrmachtsausstellung in Graz und kehrte damit nach fast exakt einem Jahr Pause wieder nach Österreich zurück. An der Ablehnung der Schau durch die ÖVP hatte sich durch die Vorkommnisse in Deutschland jedoch nichts geändert. Die Volkspartei, allen voran Kulturstadtrat Helmut Strobl, stellte der Ausstellung in Graz von Anfang an ein schlechtes Zeugnis aus und strebte offen deren Verhinderung an. „Strobl, der die Ausstellung in München gesehen hatte, unterstellte dem Projekt, dass es sich nicht um Dialog bemühe, sondern einseitig und polarisierend wirke. Konkret warf er den Ausstellungsgestaltern vor, zu viel ungesichertes Material zu verwenden, oft propagandistisch zu sein und keinen Bezug zur Gegenwart und zum Besucher herzustellen.“<sup>169</sup> Als der Wehrmachtsausstellung in Graz im April 1997 schließlich eine Absage drohte, weil den Ausstellungsgestaltern keine adäquaten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt wurden, bedeutete dies für die geradlinig auftretende ÖVP, im Gegensatz zur SPÖ, auch keinen Gesichtsverlust, da sich die Volkspartei ohnehin auf eine Verhinderungsstrategie festgelegt hatte. Im Gegensatz zu Salzburg, wo die Schau ab 7. März 1998 zu sehen war, argumentierten die ÖVP-Akteure in Graz zwar sachlich gegen die Wehrmachtsausstellung und setzten nicht auf Polarisierung und Populismus, die ablehnende Haltung führender ÖVP-Politiker war jedoch sowohl in Graz, als auch in Salzburg von Anfang an festgeschrieben, wodurch die Partei in der Öffentlichkeit zumindest ein Bild der inneren Geschlossenheit vermitteln konnte.

In Deutschland wiederum kann eine gemeinsame Positionierung, sowie eine innere Geschlossenheit von CDU/CSU, nicht ausgemacht werden. Während im Rahmen der Ereignisse in München bereits sichtbar wurde, dass einige Parteikollegen die populistischen Aussagen und Aktionen der CSU unter Peter Gauweiler nicht unterstützten, präsentierte sich die Union auch in den Wochen und Monaten nach München auffällig uneinheitlich. Rund um die Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Frankfurt im April 1997 hetzte beispielsweise CDU-Politikerin Erika Steinbach, welche ein Jahr darauf zur Präsidentin des Bundes der

---

<sup>168</sup> vgl. Arn Strohmeyer, Die Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung in Bremen – Ein Lehrbeispiel der unrühmlichen Art. In: Helmut Donat, Arn Strohmeyer, (Hg.) Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Bremen 1996/97 (Bremen 1997). S.28ff.

<sup>169</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.93

Vertriebenen ernannt werden sollte, in unwürdiger Art und Weise gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Gleichzeitig wiesen ihre Parteikollegen auf die Gefahren einer unangebrachten Kritik an der Ausstellung hin und verwarfen Steinbachs Pläne hinsichtlich einer Gegenveranstaltung.<sup>170</sup> Zusätzlich lösten die Ereignisse in München innerhalb der Union, von einem intensiven Nachdenkprozess abgesehen, zahlreiche unterschiedliche Reaktionen aus. Während sich einige Protagonisten in ihrer Ablehnung der Ausstellung bestärkt fühlten, zeigten sich andere von den radikalen Ereignissen des Frühjahrs 1997 sichtlich peinlich berührt und überdachten ihre Position. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker riet nach der Münchner Debatte beispielsweise zum Besuch der Ausstellung, obwohl er ihrem Konzept ablehnend gegenüber stand und die Schau stets sehr kritisch beurteilt hatte.

Spätestens ab 1998 polarisierten die Positionen zur Wehrmachtsausstellung innerhalb der CDU/CSU stark. Als die Wehrmachtsausstellung im Mai 1998 in Kassel gastierte, hielt mit Georg Lewandowski erstmals ein Oberbürgermeister aus den Reihen der CDU die Eröffnungsansprache. Damit stellte er sich demonstrativ hinter das umstrittene Projekt. In Niedersachsen wiederum ebnete der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende und heutige Bundespräsident Christian Wulff den Weg für eine gemeinsame Erklärung, in der alle im Landtag vertretenen Parteien den wichtigen erinnerungspolitischen Wert der Wehrmachtsausstellung bekräftigten.<sup>171</sup> Gleichzeitig traten im Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein CDU-Politiker mit fragwürdigen Mitteln gegen das Ausstellungsprojekt auf. So wurde beispielsweise in Henstedt-Ulzburg eine einseitige Erklärung verfasst, in der CDU-Politiker unangemessene und zudem unrichtige Anschuldigungen gegen die Protagonisten des Hamburger Instituts für Sozialforschung erhoben.

Trotz der Tatsache, dass den Unterzeichnern in einer Unterlassungsklage untersagt wurde, die veröffentlichten Unwahrheiten zu wiederholen, erhielten sie Rückendeckung durch die Landesvorsitzenden der Schleswig-Holsteiner, sowie der Hamburger CDU. Beispielsweise brachte der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Hamburg Dirk Fischer seine Zweifel über die Kompetenz des Hamburger Instituts für Sozialforschung offen zum Ausdruck, während mit Peter Kurt Würzbach sein Pendant aus Schleswig-Holstein mit dem Wunsch aufwartete, die Wehrmachtsausstellung nicht im dafür vorgesehenen Landeshaus zu zeigen. In

---

<sup>170</sup> vgl. Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.48

<sup>171</sup> vgl. Ebendort. (Hamburg 1999). S.47

Saarbrücken, wo die Ausstellung zwischen 21. Februar und 28. März 1999 zu sehen war, lehnte die CDU das Projekt ebenfalls kategorisch ab. Eine Woche nach Eröffnung der Ausstellung, legte der CDU-Landtagsabgeordnete Jürgen Presser am Ehrenmal für die gefallenen Soldaten und Opfer des Krieges einen Kranz nieder. Die Szene erinnerte stark an die zwei Jahre zuvor erfolgte Kranzniederlegung Peter Gauweilers in München.<sup>172</sup> Zusätzlich attackierte die CDU mittels Anzeigen in der Saarbrücker Zeitung die Ausstellung und ihre Unterstützer scharf und in populistischem Ton. Liberale, die Ausstellung befürwortende, Töne wechselten sich somit mit skeptischen und ablehnenden Reaktionen ab.

Während in Österreich die Wehrmachtsausstellung in Wien und Innsbruck aufgrund ihrer fehlenden politischen Relevanz von der ÖVP kaum beachtet wurde, kristallisierte sich ab Klagenfurt eine Ablehnung der Schau durch die Volkspartei heraus. Diese Haltung wurde von der Partei, nachdem anfängliche Meinungsverschiedenheiten in Klagenfurt und Linz rasch bereinigt worden waren, auch an den folgenden Ausstellungsorten vertreten, wobei Landeshauptmann Schausberger in Salzburg freilich offensiv gegen die Wehrmachtsschau auftrat, während sich die ÖVP-Akteure an den übrigen Ausstellungsorten in Zurückhaltung übten. Im Vergleich zu Deutschland ist festzuhalten, dass die Wehrmachtsausstellung in der Bundesrepublik bereits viel früher ein politisches Thema war als in Österreich. Als die Ausstellung am 5. März 1995 in Hamburg eröffnet wurde, kam es bereits zu ersten ablehnenden Reaktionen von Seiten der Union, während Reaktionen der ÖVP zur Wehrmachtsausstellung erst im Zuge der Präsentation des Projekts in Klagenfurt wahrnehmbar wurden. Damit stieg die ÖVP nahezu eineinhalb Jahre später in die Debatte ein als die Union. Nachdem differenzierte Anschauungen in der Anfangsphase rasch ausgeräumt wurden, gelang es der Volkspartei in weiterer Folge jedoch, eine einheitlich ablehnende Haltung zur Wehrmachtsausstellung einzunehmen.

Die Positionierung der Union verlief hingegen uneinheitlicher. Während die Schau von CDU/CSU in den ersten Monaten noch konsequent abgelehnt wurde, folgte in München eine Zäsur. Durch das populistische Vorgehen der CSU kam es innerhalb der Partei zu Misstönen. Weiters zeigte der von 5 000 Neonazis begleitete Protest gegen das Ausstellungsprojekt die Schattenseiten der einseitigen und aggressiven Vorgangsweise gegen die, freilich ebenso einseitige, Wehrmachtsausstellung auf.<sup>173</sup> In den Jahren 1998 und 1999 wurde die

---

<sup>172</sup> vgl. Heer. Täter. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 50, 2002. S.871

<sup>173</sup> vgl. Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.46

Ausstellung von der Union mit teilweise sehr unterschiedlichen Reaktionen bedacht. Während zahlreiche Unionspolitiker weiterhin gegen das Projekt Stellung bezogen, traten andere wiederum der Wehrmachtsausstellung positiv entgegen und mahnten die Auseinandersetzung mit der dunklen Vergangenheit ein. Auffallend ist auch, dass der größte Widerstand gegen die Ausstellung aus den Reihen der CSU kam, während die CDU an einigen Ausstellungsorten die Wehrmachtsschau unterstützte. Am Beispiel München wird jedoch sichtbar, dass sich auch einzelne CSU-Politiker offen für die Wehrmachtsausstellung einsetzten, weshalb eine Differenzierung zwischen CDU und CSU an dieser Stelle unterbleiben muss.

#### 4.1.3 FPÖ

Die Rolle der FPÖ in der Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung unterschied sich von allen anderen deutschen und österreichischen Parteien deutlich. Die Freiheitlichen lehnten die Ausstellung von Beginn an ab und gingen mit vielfach geschmacklosen Angriffen gegen das Ausstellungsprojekt vor. Dabei bedienten sie sich eines rechtsradikalen Jargons, der in Deutschland und Österreich seines Gleichen suchte. Bereits bei der Österreich-Premiere der Wehrmachtsausstellung in Wien sorgte die FPÖ für einen Eklat ersten Ranges. Drei Tage vor der Ausstellungseröffnung leugnete der Nationalratsabgeordnete John Gudenus im Rahmen einer rund um die Ausstellung geführten Podiumsdiskussion die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich. Nachdem er, am darauf folgenden Tag, in einem Interview die Leugnung „wiederholte, musste John Gudenus in der Folge unter starkem Druck von Jörg Haider seinen Rücktritt vom Mandat des Abgeordneten zum Nationalrat einreichen.“<sup>174</sup> Trotz seines Ausscheidens aus dem Nationalrat, kann die Affäre Gudenus als logische Reaktion der FPÖ auf die Wehrmachtsausstellung betrachtet werden. Für die Parteispitze und ihre Mitglieder war die Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung ein rotes Tuch. Die provozierenden Aussagen der Ausstellung standen in ausdrücklichem Widerspruch zur in der FPÖ vorherrschenden Meinung, wonach die tapferen und anständigen Wehrmachtssoldaten nur ihre viel zitierte Pflicht getan und Österreich sowie Deutschland vor einer kommunistischen Herrschaft bewahrt hätten.

Während die Affäre Gudenus in Wien zumindest für einen medialen Höhepunkt der ersten Phase der Wehrmachtsausstellung in Österreich sorgte, hielt sich das öffentliche und

---

<sup>174</sup> Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.59

politische Interesse an der Schau in Innsbruck, wo es „erstaunlich ruhig geblieben“<sup>175</sup> war, in Grenzen. Erst als die Wehrmachtsausstellung am 5. September 1996 nach Österreich zurückkehrte und in Klagenfurt Station machte, meldete sich die FPÖ wieder heftig zu Wort.<sup>176</sup> Die Polarisierung zwischen den Ausstellungsbefürwortern und den Freiheitlichen war von Beginn an gegeben, zumal die Veranstalter die Schau explizit als Gegenveranstaltung zum Kärntner Ulrichsbergtreffen auswiesen. Karl Heinz Grasser warnte daraufhin in seiner Funktion als Stellvertreter des Kärntner Landeshauptmannes davor, mit der Ausrichtung der Ausstellung in Kärnten das Image des Landes zu beschädigen. Sein Parteikollege Herbert Haupt legte seine Bedenken ebenfalls deutlich dar. Der SPÖ-Vorsitzende Michael Ausserwinkler hielt der FPÖ freilich entgegen, dass es nicht die Wehrmachtsausstellung sei, welche dem Ansehen Kärntens schade, sondern die Politik Jörg Haiders. In weiterer Folge richteten sich FPÖ und SPÖ Unhöflichkeiten aus, in die sich letztlich auch die ÖVP auf Seiten der Freiheitlichen einmischte. Während die FPÖ-Akteure linkslastige Kreise beschuldigten, Kärnten sowie die Freiheitliche Partei schlecht machen und diffamieren zu wollen, versuchte die SPÖ auf die Verfehlungen Haiders in der jüngsten Vergangenheit hinzuweisen. Die FPÖ sollte vor allem als rechtsradikale Gesinnungsgemeinschaft geoutet werden, wozu in erster Linie die Themen Krumpendorf und Ulrichsbergtreffen bemüht wurden.

In den Ausstellungsräumlichkeiten selbst, kam es während der Schau zusätzlich immer wieder zu Störaktionen. Neben der Belästigung von Besuchern ging bei den Behörden auch eine Bombendrohung gegen die Ausstellung ein, welche das angespannte Klima in Kärnten zusätzlich unterstrich.<sup>177</sup> Am letzten Ausstellungstag, dem 6. Oktober 1996, fand schließlich die Gedenkfeier für die Kriegsoffer auf dem Kärntner Ulrichsberg statt. Die FPÖ nutzte dieses Forum freilich für letzte Attacken auf die Wehrmachtsschau und ihre Befürworter. So verurteilte FP-Landesobmann Karl Heinz Grasser beispielsweise die Übernahme des Ehrenschatzes durch den SPÖ-Vorsitzenden nachdrücklich. Dass die Stimmung auf dem Ulrichsberg einseitig aufgeladen war, wurde übrigens auch an der Tatsache sichtbar, dass Grasser Unmutsäußerungen vom Publikum erdulden musste, nachdem er zu Beginn der Rede eingeräumt hatte, die Ausstellung selbst besucht zu haben.<sup>178</sup> Zusätzlich erregte sein Hinweis

---

<sup>175</sup> Ulf Brunnbauer, „Ich will Ausstellungen, die Freude bereiten“. Die Wehrmachtsausstellung in Graz – zwischen Gedächtnis und Geschichte. In: Ulf Brunnbauer, (Hg.) *Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld* (Wien 1999). S.17

<sup>176</sup> vgl. Mostbauer, *Kultur* (Wien 2001). S.78

<sup>177</sup> vgl. Gaisbauer, *Diskurs* (Salzburg 2000). S.92f.

<sup>178</sup> vgl. Fanta, *Ulrichsbergdiskurs*. In: Fanta, Sima, Land (Klagenfurt 2003). S.138

auf die Widerstandskämpfer im Dritten Reich die Gemüter der Teilnehmer. Als Grasser „die Rolle des österreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus würdigte, wurde er lautstark ausgepiffen.“<sup>179</sup>

Wie an den vorangegangenen Ausstellungsstandorten, stellte sich die FPÖ auch in Linz, wo die Wehrmachtsschau von 22. November bis 22. Dezember 1996 gezeigt wurde, geschlossen auf die Seite der Ausstellungsgegner. Subventionierungen durch das Land Oberösterreich, beziehungsweise durch die Stadt Linz, wurden von den Freiheitlichen daher von Beginn an abgelehnt. Zusätzlich trug die FPÖ deutlich zu einer Verunsachlichung der Debatte bei. So sprach der freiheitliche Stadtrat Franz Obermayr in Zusammenhang mit den in der Wehrmachtsausstellung präsentierten Quellen beispielsweise von stalinistischem Propagandamaterial und griff zudem das Hamburger Institut für Sozialforschung frontal an.<sup>180</sup> Obermayrs Reaktion auf die Ausstellung zeigte die Positionierung der FPÖ-Oberösterreich deutlich auf. Während sich die ÖVP eher auf eine konsensorientierte und sachliche Argumentationsweise zurückzog, versuchten die Freiheitlichen die Wehrmachtsausstellung zu skandalisieren, um sich so von den moderaten Kritikern der Schau abzugrenzen.

In Graz, wo die Schau ab 1. Dezember 1997 zu sehen war, verfolgten die Freiheitlichen eine ähnliche Linie.<sup>181</sup> Aufgrund der bevorstehenden Gemeinderatswahlen kam der Positionierung der wahlwerbenden Parteien in der Debatte zusätzliches Gewicht zu. Die FPÖ setzte im Wahlkampf auf einen Konfrontationskurs mit Bürgermeister Stingl, der den Ehrenschatz für die Wehrmachtsschau übernommen hatte. Zusätzlich verweigerten die Freiheitlichen auch die Unterzeichnung eines, von den Parteien für den Wahlkampf ausgearbeiteten, Fairness Abkommens, in dem sich die politischen Gruppierungen zu einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bekannten, gleichzeitig aber einer pauschalen Verurteilung der Soldatengeneration eine Absage erteilten. Die FPÖ stellte im Gegensatz zu den anderen Parteien von Beginn an klar, die Wehrmachtsausstellung zu einem Wahlkampfthema machen zu wollen. In weiterer Folge wurde die Schau von den Freiheitlichen unter Zuhilfenahme von emotionalen und einseitigen Wortspenden bekämpft.<sup>182</sup>

---

<sup>179</sup> Walter Manoschek, Die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt. „Verflucht sei, wer seine Väter nicht in Ehren hält.“ In: Mittelweg 36, Heft 6, 1996. S.85

<sup>180</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.108

<sup>181</sup> vgl. Brunnbauer, Ausstellungen. In: Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit (Wien 1999). S.22

<sup>182</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.140

Beim Neujahrstreffen der FPÖ, wenige Wochen vor der Wahl, bezog schließlich auch Jörg Haider klar Stellung zur Wehrmachtsschau. In erster Linie kritisierte der Kärntner Landeshauptmann dabei die „roten und schwarzen Lehrer, die Tausende Kinder in die Ausstellung hineingetrieben und dadurch gegen ihre Großeltern aufgehetzt haben“<sup>183</sup>. Die Unterstützung der von ihm verabscheuten Schau durch den politischen Mitbewerber, die aus seiner Sicht einer Selbsterniedrigung gleichkam, konnte Haider nicht nachvollziehen. Bei den Gemeinderatswahlen, zwei Wochen nach Beendigung der Ausstellung in Graz, verloren SPÖ und ÖVP gemeinsam Wählerstimmen in einem Ausmaß von 7%. Gleichzeitig legte die FPÖ den selben Prozentsatz an Stimmen zu.<sup>184</sup> Abgesehen von der Neujahrsansprache des Kärntner Landeshauptmannes blieb die Wehrmachtsausstellung im Kommunalwahlkampf jedoch ein wenig beachtetes Randthema. Von einer signifikanten Beeinflussung des Wahlergebnisses durch die Schau kann daher nicht ausgegangen werden.

In Salzburg wiederum, wo die Wehrmachtsausstellung ab 7. März 1998 gastierte, hatte die FPÖ einen schweren Stand. Aufgrund der Tatsache, dass sich Landeshauptmann Schausberger als Beschützer der Soldatengeneration präsentierte und nicht zuletzt bedingt durch die Kontroverse mit dem Salzburger Institut für Geschichte auch auf wissenschaftlicher Ebene polarisierte, blieb der Salzburger FPÖ lediglich die Besetzung einer Nebenrolle in der Auseinandersetzung.<sup>185</sup> Dabei gelang es FP-Landesrat Robert Taller im Vorfeld durchaus, seiner Partei eine interessante Ausgangsposition für die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung zu sichern. Taller überraschte den politischen Mitbewerber beispielsweise, indem er sich für das Zustandekommen der Ausstellung in Salzburg aussprach. Gleichzeitig bot der FP-Landesrat an, die Eröffnungsrede halten zu wollen, um die in der Schau seiner Ansicht nach pauschal angegriffenen Soldaten verteidigen zu können. Trotz dieser angriffslustigen und auf Konfrontation setzenden Positionierung, geriet die FPÖ in der Debatte rund um die Ausstellung jedoch rasch ins Hintertreffen, zumal vor allem das mediale Interesse für Taller in Anbetracht der Polarisierung des Landeshauptmanns abebbte.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die FPÖ als größter Widersacher der Wehrmachtsausstellung auftrat. Mit Polemik und Kulturkampfrhetorik versuchten die Freiheitlichen ein Gegengewicht zur Schau herzustellen und sich als Beschützer der Soldatengeneration zu

---

<sup>183</sup> Brunnbauer, Ausstellungen. In: Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit (Wien 1999). S.22

<sup>184</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.96f.

<sup>185</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.51

profilieren. Als bemerkenswert stellte sich dabei die innere Geschlossenheit der Partei heraus. Während sowohl die österreichischen als auch die deutschen Großparteien eine breite Basis von Wählern berücksichtigen mussten und somit mit ihrer Linie auf vereinzelt heftigen Gegenwind aus den eigenen Reihen stießen, beziehungsweise generell uneinheitlich auftraten, war die Positionierung der einseitig und rechtspopulistisch ausgerichteten FPÖ über weite Strecken bereits vorgegeben. Schon unmittelbar nach der Gründung des VdU bestimmten „Wehrmachtsnostalgie und Vergangenheitsschwärmerei weitgehend Ton und Inhalt“<sup>186</sup> der parlamentarischen Betätigung. In Bezug auf die Wehrmachtsausstellung stellte besonders die von der FPÖ verwendete Diktion ein Unikum dar. Die bedenklichen und teilweise revisionistischen Aussagen ihrer Akteure übertrafen beispielsweise die unangemessenen Aussagen des Münchner CSU-Chefs Peter Gauweiler bei Weitem. In Deutschland hätten derartige Eskapaden einer etablierten Partei schärfste politische und mediale Konsequenzen nach sich gezogen. Ähnlich schwerwiegende Entgleisungen wie jene, die durch Vertreter der FPÖ hervorgerufen wurden, waren in der Bundesrepublik in diesem Ausmaß lediglich von rechtsextremen Randgruppierungen, nicht aber aus den Reihen politisch gefestigter Bewegungen, zu vernehmen.

#### 4.1.4 Die Kleinparteien

Von den zahlreichen in Deutschland und Österreich auftretenden Kleinparteien scheint vor allem die Einstellung der liberalen Bewegung interessant. Ähnlich wie bereits im Falle von CDU/CSU ist auch für die FDP in Deutschland eine uneinheitliche Haltung zur Ausstellung feststellbar. Während die Münchner FDP die Wehrmachtsausstellung zwar kritisch beurteilte, aufgrund des umfassenden Begleitprogramms jedoch befürwortete, sprach sich die Bewegung an anderen Ausstellungsorten wiederum gegen die Wehrmachtsschau aus. Insgesamt ist festzuhalten, dass sich der Umgang mit der Wehrmachtsausstellung in kaum einer anderen Partei differenzierter gestaltete wie in der FDP.<sup>187</sup> Vielfach waren lokale Besonderheiten und Einstellungen für die Positionierung ausschlaggebend. In Österreich ging das, von der politischen Grundhaltung zumindest ansatzweise mit der FDP vergleichbare Liberale Forum wiederum sehr unkritisch mit dem Ausstellungsprojekt um. Die österreichischen Liberalen unterstützten die Wehrmachtsausstellung nachhaltig und setzten sich an allen

---

<sup>186</sup> Joachim Neurieser, *Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945* (Wien 2008). S.34

<sup>187</sup> vgl. Nedelmann, *Ausstellung* In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) *Ausstellung* (Hamburg 1999). S.235ff.



Ausstellungsorten für ihre Realisierung ein. Zusätzlich trat in Klagenfurt mit Hans-Peter Haselsteiner auch ein namhafter Politiker des Liberalen Forums bei einer Eröffnungsveranstaltung der Schau als Redner auf.<sup>188</sup>

Neben dem Liberalen Forum gehörten auch die Grünen zu den bedingungslosen Ausstellungsbefürwortern in Österreich. Dies zeigte sich bereits bei der Österreichpremiere der Ausstellung in Wien. Während die Politprominenz der übrigen Parlamentsparteien dem Thema Wehrmachtsausstellung noch keine große Beachtung schenkte und durch Abwesenheit glänzte, waren die Grünen mit vier Protagonisten ihrer Bewegung vertreten.<sup>189</sup> Von Anfang an unterstützten die Grünen die Ausstellung nach Kräften. In Graz engagierte sich die Partei zum Beispiel im Veranstaltungskomitee des Vereins „ZEBRA“, der die Wehrmachtsausstellung vor Ort organisiert und in die Steiermark gebracht hatte. Eine umfangreiche Einbindung in das Begleitprogramm war damit ebenfalls gegeben. „Die Grüne Akademie, die Bildungseinrichtung der steirischen Grünen und zugleich der steirische Zweigverein der Grünen Bildungswerkstatt, nahm die Wehrmachtsausstellung zum Anlaß, den Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit zum Schwerpunkt ihrer Bildungsarbeit im Jahr 1997 zu machen.“<sup>190</sup> Auch bei der Sammlung von Spenden, um die Finanzierung der Ausstellung gewährleisten zu können, traten die Grünen aktiv auf. Die zahlreichen in Graz initiierten Aktionen blieben zudem, wie anhand der anderen Ausstellungsorte aufgezeigt werden kann, kein durch die Kommunalwahlen begründeter Einzelfall.

In Deutschland handelten Bündnis 90/Die Grünen ähnlich. Wie die österreichischen Grünen versuchte ihr deutsches Pendant ebenso, die Ausrichtung der Wehrmachtsausstellung an den jeweiligen Ausstellungsorten nachhaltig zu unterstützen. Sowohl in Form der an zahlreichen Orten vorgebrachten Forderung, die Schau in einem prominenten Gebäude, wie beispielsweise dem Rathaus, zu präsentieren, als auch mit der Ausrichtung einer Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch in München, sowie mit zahlreichen weiteren Aktionen unterstützten die Grünen die Ausstellung nach Kräften. Insgesamt muss diese kompromisslose Förderung der Wehrmachtsausstellung durch die österreichischen und deutschen Grünen jedoch auch sehr kritisch gesehen werden. Das einseitige Auftreten der Grünen trug vor allem in München zu einer Erhitzung der politischen Debatte bei, in deren Folge Unfreundlichkeiten von unangemessenem Ausmaß ausgetauscht wurden. Am

---

<sup>188</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.79

<sup>189</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.68

<sup>190</sup> Grüne Akademie, Einleitung. In: Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit. S.9

emotionalen Höhepunkt der Auseinandersetzung bezeichnete Grünen-Chef Bernd Schreyer die CSU sogar pauschal als „Haufen brauner Salonfaschisten“<sup>191</sup>. Die, bedingt durch die antifaschistische Grundeinstellung hervorgerufene, völlig unkritische und einseitige Haltung der österreichischen und deutschen Grünen gegenüber der später zurückgenommenen Wehrmachtsausstellung ist zusätzlich als bedenklich herauszustreichen.

Neben den bedingungslosen Befürwortern gab es freilich auch strikte Gegner der Wehrmachtsausstellung unter den Kleinparteien. Einzelne Gruppierungen, wie beispielsweise der Bund Freier Bürger oder die Republikaner, lehnten die Ausstellung kategorisch ab. Trotz der teilweise nur lokalen Bedeutung, die den beiden Parteien zukam, trugen sie durch ihr rechtspopulistisches Auftreten erheblich zu einer Verschlechterung des politischen Gesprächsklimas in der Debatte rund um das Ausstellungsprojekt bei. Vor allem Manfred Brunner vom Bund Freier Bürger, der unter anderem von Jörg Haider und der FPÖ unterstützt wurde, hatte durch sein einseitiges Auftreten im Münchner Stadtrat wesentlichen Anteil an der Eskalation der Münchner Debatte.<sup>192</sup> Besonders bedenklich stimmt, dass sowohl der Bund Freier Bürger, als auch die Republikaner, teilweise rechtsradikale Positionen in ihre Argumentation mit einfließen ließen und dadurch auch neonazistischen Gruppierungen, wie beispielsweise der NPD, eine breitere Bühne ermöglichten. Dass die Argumentationslinien der beiden Parteien teilweise jeder wissenschaftlicher Grundlage entbehrten, versteht sich von selbst.

Das einseitige Konzept, sowie die mangelhafte und provozierende Gestaltung der Wehrmachtsausstellung, stießen vor allem auf Seiten rechtsextremer Kreise auf heftigen Widerstand. In Deutschland gelang es der rechtsradikalen NPD gleich mehrmals ihre Anhänger für Aufsehen erregende Demonstrationen gegen das Projekt zu mobilisieren. Ihren Höhepunkt erreichten die Proteste in München, wo es den Neonazis am 1. März 1997 gelang, 5 000 Unterstützer auf die Straße zu bringen. In den folgenden Monaten versuchte die NPD derartige Protestmärsche zu wiederholen. „Zwar wurden nie wieder Münchner Zahlen geschrieben, aber stets kamen mehrere hundert zusammen, in Dresden und Bonn waren es über tausend.“<sup>193</sup> Österreich blieb von neonazistischen Aufmärschen indes weitgehend verschont. Eine öffentliche Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung gelang den Neonazis interessanterweise erst im Rahmen der Präsentation der überarbeiteten

---

<sup>191</sup> Süddeutsche Zeitung, Sprache. 19.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.247

<sup>192</sup> vgl. Klotz, Ausstellung. In: Bald, Klotz, Wette, Mythos (Berlin 2001). S.124

<sup>193</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.66

Wehrmachtsausstellung in Wien. Dies verwundert insofern, zumal die Neuauflage der Wehrmachtsausstellung, die den Titel „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944.“ trug, wesentlich objektiver gestaltet war als die provozierende Erstfassung der Schau.<sup>194</sup>

#### 4.2 Wissenschaft – Eine Ausstellung spaltet die Historiker

Die Beurteilung der Wehrmachtsausstellung durch die Geschichtswissenschaft hätte für einen mit der Thematik vertrauten Historiker eine verhältnismäßig einfache Aufgabe darstellen müssen. Der Forschungsstand, den die Ausstellung vermittelte, war seit Jahrzehnten bekannt, die Präsentation der Bilder auf den ersten Blick einseitig, die verwendete Sprache unzulässig verallgemeinernd und das Gesamtkonzept mangelhaft. Den Ansprüchen eines nach Objektivität und Sachlichkeit strebenden Historikers entsprach die Schau zu keinem Zeitpunkt. Trotz offensichtlicher Mängel wurde die Wehrmachtsausstellung jedoch von großen Teilen der Wissenschaft in Deutschland und Österreich nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert. Die geringe Zahl der objektiv gegen die Schau argumentierenden Historiker geriet zudem rasch in den Verdacht, revisionistische Ansichten zu vertreten, zumal viele vehemente Kritiker der Wehrmachtsausstellung mit unseriösen Darstellungen und politisch klar verortbaren Positionen gegen das Projekt auftraten. Erschwerend kam hinzu, dass die Protagonisten des Hamburger Instituts für Sozialforschung kaum zwischen seriösen und unseriösen Kritikern unterschieden.<sup>195</sup> Gravierende Fehler, die dem Institut von Seiten der wissenschaftlichen Gesellschaft höflich und in wohlwollender Absicht zur Kenntnis gebracht wurden, sahen die Ausstellungsgestalter rund um Hannes Heer in der Regel als ungebetene Einmischung an. Zudem wurden, vor allem auf Intervention Heers, Prozesse gegen zahlreiche Kritiker angestrengt, die dem Hamburger Institut für Sozialforschung den nicht unberechtigten Ruf einbrachten, „seine Kritiker mit juristischen Mitteln mundtot machen zu wollen.“<sup>196</sup>

---

<sup>194</sup> vgl. Ulrike Jureit, (Red.) Stiftung Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944. Ausstellungskatalog (Hamburg 2002). S.15ff.

<sup>195</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.92

<sup>196</sup> Jan Philipp Reemtsma, Zwei Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.63

#### 4.2.1 Die wissenschaftliche Gesellschaft in Deutschland

Dass die von den deutschen Historikern vertretenen wissenschaftlichen Positionen teilweise weit auseinander lagen, wurde indes bereits im September 1995 klar. Im Rahmen der Präsentation der Wehrmachtsausstellung in Stuttgart sorgte die Frage, wie viele Wehrmachtssoldaten sich an Verbrechen an der Ostfront beteiligt hätten, für Aufsehen innerhalb der wissenschaftlichen Gesellschaft Deutschlands. Vorweg ist an dieser Stelle festzuhalten, dass genaue Täterzahlen aus heutiger Sicht sehr schwer einschätzbar sind und jegliche prozentuelle Bewertung daher mit größter Vorsicht zur Kenntnis genommen werden muss. Im Rahmen der so genannten Stuttgarter Prozentdebatte verstieg sich das Hamburger Institut für Sozialforschung, allen voran Ausstellungsleiter Hannes Heer, in der Behauptung, etwa 70 Prozent der im Osten eingesetzten Wehrmachtssoldaten hätten sich an verbrecherischen Handlungen beteiligt. „Journalisten zufolge soll Hannes Heer geschätzt haben, nur ein Viertel der Einheiten im Osten habe nichts mit den Verbrechen zu tun gehabt“<sup>197</sup>. In den Medien kursierten auch Berichte, wonach Heer geschätzt habe, dass sogar bis zu 80 Prozent der an der Ostfront eingesetzten Soldaten an verbrecherischen Handlungen teilgenommen hätten.

Diese utopischen Annahmen stießen in der Folge auf scharfe Kritik von Seiten deutscher Historiker. So wies beispielsweise der Freiburger Geschichtswissenschaftler Ulrich Herbert Zahlen in dieser Größenordnung als nicht haltbar zurück, während der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, sich noch deutlicher äußerte, indem er feststellte: „Vieles spricht dafür, dass die Zahl von Heer aus der Luft gegriffen ist.“<sup>198</sup> Der Historiker Rolf-Dieter Müller reagierte ebenfalls skeptisch. Müller hielt sogar die Annahme, dass sich fünf Prozent der Wehrmachtssoldaten im Osten an Verbrechen beteiligt hätten, noch für eine Übertreibung. Die Prozentdebatte begleitete die Wanderausstellung auch nach Freiburg, wo sie ab 10. Jänner 1996 präsentiert wurde. Zeitgleich verschob sich die Debatte auch in Richtung eines Generationenkonfliktes. So charakterisierte Herbert die Diskussion beispielsweise als einseitig, zumal der Eindruck entstehe, dass die in die Jahre gekommene Kriegsgeneration ihre Schuld verdränge und von den jungen Aufklärern an ihre Verantwortung erinnert werden müsse. In einem Interview mit der Badischen Zeitung

---

<sup>197</sup> Nedelmann, Ausstellung In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.238

<sup>198</sup> Horst Möller, Vorwort. In: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte (München 2005). S.12

kritisierte Herbert am 2. Februar 1996 an der Wehrmachtsausstellung zudem die fehlende „Solidität mancher Einzelaussagen und ihre propagandistische Zuspitzung.“<sup>199</sup>

Obwohl sich die inhaltlichen Standpunkte der Ausstellungsgestalter des Hamburger Instituts für Sozialforschung teilweise gravierend von den Positionen ihrer wissenschaftlichen Kritiker unterschieden, hielten sich die Ausstellungsgegner in Deutschland lange Zeit mit Beanstandungen zurück. Einige Wissenschaftler versuchten zunächst auch die Ausstellungsmacher auf Fehler und Ungenauigkeiten hinzuweisen, ohne dabei die Ausstellung von Anfang an in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. So machte der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial das Hamburger Institut für Sozialforschung beispielsweise dezidiert auf fahrlässige Mängel aufmerksam, die jedoch nicht zur Kenntnis genommen wurden. Erst als seine berechtigten Einwände von den Ausstellungsmachern in arroganter Art und Weise ignoriert wurden, äußerte Musial seine Beanstandungen in der Öffentlichkeit. Darauf reagierte das Hamburger Institut für Sozialforschung erneut höchst unangemessen, indem es gerichtliche Schritte gegen Musial einleitete. „Was zum Anlaß einer wissenschaftlichen Diskussion hätte werden können, endete in einer Unterlassungsklage gegen Musial wegen öffentlich erhobener Falschaussagen über die Macher der Ausstellung.“<sup>200</sup> Die Tatsache, dass Musials ausgewogene Darlegungen schließlich gravierende Fehler der Wehrmachtsausstellung sichtbar machten und die Glaubwürdigkeit des Ausstellungsprojektes erschütterten, lassen seine Behandlung durch das Hamburger Institut für Sozialforschung zudem als hochgradig unangemessen und peinlich erscheinen.

Der Umgang der Ausstellungsmacher mit den Kritikern der Schau stellte sich mehrmals als unkollegial und aggressiv heraus. Zwischen einseitig argumentierenden und seriösen Kritikern wurde kaum unterschieden. Wer die Schau angriff, musste damit rechnen, von den Ausstellungsmachern als revisionistisch eingestuft und massiv unter Druck gesetzt zu werden. An dieser Stelle muss freilich festgehalten werden, dass die Wehrmachtsschau in den ersten Monaten tatsächlich von zahlreichen, wissenschaftlich äußerst fragwürdig argumentierenden, Personen kritisiert wurde. So ging beispielsweise der Fernsehjournalist Rüdiger Proske mit entbehrlichen Äußerungen gegen das Ausstellungsprojekt vor, während sich renommierte Historiker mit aggressiver Kritik lange Zeit zurückhielten. Hierbei spielten freilich auch erinnerungspolitische Überlegungen eine bedeutende Rolle. Der Historiker Rolf-Dieter Müller

---

<sup>199</sup> Badische Zeitung, Überfällige Debatte wird endlich geführt. 22.02.1996. In: Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.717

<sup>200</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.63

sprach zusätzlich von der „Gefahr, Beifall von der falschen Seite zu erhalten“<sup>201</sup>. So traten die konzeptionellen Mängel der Wehrmachtsausstellung für zahlreiche deutsche Historiker anfangs in den Hintergrund, zumal der Schau berechtigterweise eine große Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bescheinigt wurde.

Auch nach den Ereignissen in München äußerte sich ein Großteil der wissenschaftlichen Gesellschaft noch in gemäßigtem Ton. So wies beispielsweise Dieter Pohl vom Münchner Institut für Zeitgeschichte im Rahmen der Debatte auf die in der Ausstellung vorherrschende Pauschalierung hin, während Eberhard Jäckel, der sich intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinandergesetzt hatte, vor allem „die einzig nennenswerte Widerstandsaktion der Wehrmacht, das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944“<sup>202</sup>, in der Ausstellung vermisste. Sehr deutlich formulierten hingegen die Historiker Christian Meier und Michael Wolffsohn ihre Kritik. Wolffsohn erklärte die Ausstellungsmacher im Zuge der Münchner Debatte zu „Geschichtsdilettanten“<sup>203</sup> und auch Meier brachte seine ablehnende Haltung gegenüber der Schau unverblümt zum Ausdruck. Auch Geschichtswissenschaftler wie Lothar Gall, Karl Dietrich Bracher und Christian Graf von Krockow kritisierten die Wehrmachtsausstellung mitunter heftig.

Neben Kritik stieß die Ausstellung in Historikerkreisen trotz ihrer Mangelhaftigkeit jedoch auch auf Akzeptanz und Befürwortung. Zahlreiche namhafte Historiker zollten dem Projekt ihre Anerkennung und würdigten die Tatsache, dass es der Schau gelungen war, das Bild von der sauberen Wehrmacht in der Öffentlichkeit zu zerstören. „Die These der Ausstellung, die Wehrmacht sei an der Planung und Durchführung eines Vernichtungskrieges gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung beteiligt gewesen, galt in der historischen Forschung inzwischen als nahezu unstrittig.“<sup>204</sup> Der Wehrmachtsausstellung gelang es jedoch, sie auch in der breiten Öffentlichkeit zu positionieren. Einen namhaften Befürworter der Schau fanden die Ausstellungsgestalter beispielsweise in der Person des deutschen Historikers Hans-Adolf Jacobsen. Dieser zählte sich zu jenen Forschern, „die aus ihren Einwänden gegen die Konzeption der Ausstellung keinen Hehl machten, gleichwohl aber einräumten, daß die ganze

---

<sup>201</sup> Der Spiegel, „Gegen Kritik immun“. Der Potsdamer Historiker Rolf-Dieter Müller über die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und die Thesen des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Heft 23. 07.06.1999

<sup>202</sup> Der Spiegel, Sühne am Untermenschen. Die Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht“ löst in München Empörung aus. Dokumente von den Greueln deutscher Soldaten gefährden nach Auffassung von CSU-Politikern die Ehre des deutschen Volkes. Namhafte Historiker halten die Schau für absolut seriös. Heft 10, 03.03.1997.

<sup>203</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.61

<sup>204</sup> Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.687

Wahrheit nur versteht, wer den Blick auf das Extrem aushält.“<sup>205</sup> Gleichzeitig erklärten einige Wissenschaftler die Ansprüche und Erwartungen an die Wehrmachtsausstellung auch als zu hoch angesetzt. So stellte beispielsweise Wolfgang Benz im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in Bremen am 27. Februar 1997 fest: „... wir dürfen jetzt eine Ausstellung, die uns zum Nachdenken anregen soll und anregen muß, nicht dadurch überfordern, daß wir von ihr alles verlangen, was im Festvortrag, im Buch, im Aufsatz, in der dreiviertelstündigen Rundfunksendung auch nicht geleistet werden kann.“<sup>206</sup>

Nicht wenige Historiker ließen sich wiederum vorbehaltlos auf die Wehrmachtsausstellung ein und unterstützten diese nachhaltig. Vielfach handelte es sich dabei um Wissenschaftler, die sich über Jahre hindurch mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt hatten und deren berechtigtes Anliegen es war, die Verbrechen des Regimes schonungslos aufzudecken und darzustellen. Die Wehrmachtsausstellung diente für sie als Mittel zum Zweck. Die Tatsache, dass die Schau einseitig gestaltet war, störte sie dabei kaum. Der Historiker Manfred Messerschmidt räumte beispielsweise ein, dass die in der Ausstellung getätigten Aussagen stärker differenziert werden könnten, stellte gleichzeitig aber klar: „Die Mehrheit der Jugendlichen hat begonnen, darüber nachzudenken, wohin Staatsverbrecher mit Befehl und Propaganda eine Generation führen können. Darum war und ist die Ausstellung notwendig.“<sup>207</sup> Die Kernthesen der Wehrmachtsausstellung, wonach die Wehrmacht im Osten einen Vernichtungskrieg geführt und sich an den Verbrechen des NS-Regimes aktiv beteiligt habe, stellten zudem einen wesentlichen Grund für die Unterstützung aus den Reihen der wissenschaftlichen Gesellschaft dar. „Denn renommierte Historiker und Experten wie Manfred Messerschmidt, Christian Streit, Omer Bartov, Wolfram Wette, Gerhard Schreiber und viele andere – wie die Arbeiten des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr – hatten keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Kernaussagen der Ausstellung mit dem Stand der Forschung übereinstimmten“.<sup>208</sup>

Die aktive Unterstützung der Wehrmachtsausstellung, durch zum Teil führende deutsche Wissenschaftler, wird alleine bei einem Blick auf die Organisationsstruktur der Ausstellung

---

<sup>205</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.61

<sup>206</sup> Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.101

<sup>207</sup> Manfred Messerschmidt, Der Landeshauptmann als Historiker: Franz Schausberger und die „Wehrmachtsausstellung“ im Land Salzburg. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.93

<sup>208</sup> Johannes Klotz, Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik. In: Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette, Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege (Berlin 2001). S.157

deutlich. Im Sommer 1999 übernahm ein Förderverein die Trägerschaft des Ausstellungsprojektes, dem unter anderem Gerhard Hirschfeld, Corina Brink, Manfred Messerschmidt, sowie Christian Streit angehörten. Letzterer setzte sich „bis zum Ende für die Ausstellung mit vehementer Polemik ein.“<sup>209</sup> Diese Unterstützung, durch teilweise führende Historiker, verlieh der Wehrmachtsausstellung nicht zuletzt den Anschein wissenschaftlicher Seriosität. Zusätzlich erhielten die Ausstellungsbefürworter auch international großen Zuspruch. Unter anderem schalteten sich Forscher wie Raul Hilberg oder der aufgrund seiner eigenen Veröffentlichung zu diesem Zeitpunkt polarisierende Daniel Goldhagen in die Debatte ein und lobten die Ausstellung ausdrücklich.

Erst ab dem Jahr 1999 begann die wissenschaftliche Kritik an der Wehrmachtsausstellung Überhand zu nehmen. Bereits Anfang des Jahres veröffentlichte der Spiegel einen Bericht, in dem der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial ausführte, dass es sich bei einigen in der Ausstellung gezeigten Photographien nicht um Opfer der Wehrmacht, sondern um jene des NKWD handeln würde. Anfang Juni 1999 kritisierte der am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam beschäftigte Historiker Rolf-Dieter Müller die Wehrmachtsschau in einem Spiegel-Interview heftig. In seinem Interview ging er auf die berechtigten Einwände Musials, sowie auf Nachforschungen des ungarischen Historikers Kristián Ungváry ein. Für die einseitige Gestaltung der Schau zeigte er zudem wenig Verständnis. „Die Ausstellung suggeriert ein Gesamtbild über die Wehrmacht, das undifferenziert und schief ist. Es wird Jahre an Arbeit kosten, dies wieder zurechtzurücken“<sup>210</sup>, stellte Müller abschließend fest. Im Oktober 1999 veröffentlichten Musial, Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus wissenschaftliche Artikel in historischen Fachzeitschriften. Dabei unterzogen sie zahlreiche Fotos der Wehrmachtsausstellung einer umfangreichen Kritik.<sup>211</sup> Vor allem Musials Darlegungen stellten sich als berechtigte und fundierte Einwände heraus, die das Ansehen der Wehrmachtsausstellung erschütterten.

Die Tatsache, dass es den Wissenschaftlern gelang, der Ausstellung zahlreiche gravierende Fehler nachzuweisen, führte zu einem immensen Medienecho. Sowohl die mediale wie auch die wissenschaftliche Kritik an der Ausstellung erreichten im Herbst 1999 einen Höhepunkt. Musial äußerte beispielsweise in der Welt am Sonntag: „Ich denke, dass die Ausstellung jetzt

---

<sup>209</sup> Bogdan Musial, Die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und der Bericht der Kommission zu ihrer Überprüfung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 49, 2001. S.730

<sup>210</sup> Der Spiegel, Kritik. Heft 23. 07.06.1999

<sup>211</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.6f.



in dieser Form nicht mehr zu halten ist. Was die Ausstellungsmacher, die sich als Wissenschaftler ausgeben, im Ergebnis da vorgelegt haben, hat meiner Auffassung zufolge sehr wenig mit Wissenschaft zu tun. Wenn ich so arbeiten würde, könnte ich genauso gut nachweisen, dass die Wehrmacht mit Verbrechen überhaupt nichts zu tun hatte, ohne dabei Quellen manipulieren zu müssen – einfach nur durch das Weglassen belastenden Materials.“<sup>212</sup> Ähnlich scharf kritisierte auch der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, Horst Möller, die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung: „Die Ausstellungsmacher agitieren. Sie erschlagen den Besucher mit einer Fülle von zum Teil dramatischen Bildern, mit entsetzlichen Szenen. Der Besucher kommt zu dem Schluss: So war die Wehrmacht. Herr Heer ist kein so harmloser Mensch, wie er gern vorgibt. Diesen Effekt hat er beabsichtigt.“<sup>213</sup> Zumal die Öffentlichkeit, bedingt durch das Medieninteresse, in großem Umfang Notiz von den Einschätzungen der wissenschaftlichen Gesellschaft nahm, geriet das Hamburger Institut für Sozialforschung in eine unhaltbare Position. Trotz ihrer zahlreichen Schwächen, war es der Wehrmachtsausstellung in einem beeindruckenden Umfang gelungen, die Legende von der sauberen Wehrmacht zu entlarven. Um diesen Erfolg nicht zu gefährden, sowie unter dem Eindruck einer immer lauter werdenden Kritik zog Jan Philipp Reemtsma am 4. November 1999 in einem sehr weit reichenden und mutigen Schritt die Ausstellung zurück, um ihre Überprüfung durch eine Historikerkommission zu ermöglichen.

#### 4.2.2 Die wissenschaftliche Gesellschaft in Österreich

Während die Wehrmachtsausstellung in Deutschland teilweise sehr kritisch reflektiert wurde, erntete sie innerhalb der wissenschaftlichen Gesellschaft Österreichs großteils Zuspruch und wurde von namhaften Historikern offen befürwortet und unterstützt. Wissenschaftlich seriös vorgetragene Kritik an der Schau war in der Öffentlichkeit kaum zu vernehmen. Als die Ausstellung am 19. Oktober 1995 erstmals in Österreich präsentiert wurde, stand ihre Wahrnehmung freilich schon im Schatten eines ähnlich heiklen Themas. Am 30. September 1995 sorgte der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider in einer Rede vor Veteranen der Waffen-SS in Krumpendorf für einen politischen Skandal ersten Ranges, indem er die

---

<sup>212</sup> Welt am Sonntag, „Die Spitze eines Eisbergs“. Der polnische Historiker Bogdan Musial hält die Wehrmachtsausstellung in ihrer heutigen Form für unseriös. 24.10.1999. In: Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.725

<sup>213</sup> Focus, „Es geht nicht um die Wahrheit“. Horst Möller, Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, über die Fehler und den wissenschaftlichen Gehalt der Wehrmachtsausstellung. 25.10.1999. In: Ebendort (Hamburg 2002). S.715

Anwesenden als „anständige Menschen“<sup>214</sup> bezeichnete. Am 16. Oktober 1995, drei Tage vor der Eröffnung der Schau in Wien, leugnete der FPÖ-Nationalratsabgeordnete John Gudenus im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema Wehrmachtsausstellung die Existenz von Gaskammern im Dritten Reich. Eine Debatte über wissenschaftliche Mängel an der Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung spielte an den österreichischen Ausstellungsorten des Jahres 1995 daher eine völlig untergeordnete Rolle. Die Tageszeitung *Der Standard* hielt die Wehrmachtsausstellung sogar für wissenschaftlich unantastbar. „Mit sachlichen Argumenten dürfte der Leistung der Historiker kaum beizukommen sein. Zu akribisch sind ihre Recherchen, zu unwiderlegbar und zu wenig polemisch die Schlußfolgerungen“<sup>215</sup>, urteilte das Blatt anlässlich der Ausstellungseröffnung in Wien.

Ähnlich wie in Wien, wurde die Wehrmachtsausstellung auch in Klagenfurt, wo sie ab September 1996 zu sehen war, hauptsächlich aufgrund politischer Kontroversen wahrgenommen. Wissenschaftliche Debatten, die Qualität der Ausstellung betreffend, spielten keine Rolle. Während die Schau in Wien bedingt durch die Affäre Gudenus ins Blickfeld gerückt war, schaffte sie es in Klagenfurt hauptsächlich im Sog des Ulrichsbergtreffens in die Schlagzeilen. Erst als die Wanderausstellung ab 22. November 1996 in Linz Station bezog, wurde eine breite wissenschaftliche Positionierung seitens der Historiker sichtbar. Ein deutliches Zeichen für die Unterstützung der Schau durch die Geschichtswissenschaft stellte beispielsweise das Engagements führender wissenschaftlicher Einrichtungen dar. Sowohl das Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz, als auch das Ludwig Boltzmann Institut für Gesellschafts- und Kulturgeschichte traten als Veranstalter auf.<sup>216</sup> Insbesondere die Zeithistoriker Rudolf G. Ardelt, Reinhard Kannonier und Brigitte Kepplinger engagierten sich intensiv für das Ausstellungsprojekt und betrachteten die Wehrmachtsausstellung als „wesentlichen Schritt in die Richtung eines offenen und breiten Diskurses über die Zeit des Nationalsozialismus“<sup>217</sup>. Widerspruch von Seiten der wissenschaftlichen Gesellschaft war kaum vernehmbar. Eine Ausnahme bildete hier der Historiker Roman Sandruber. Am Tag der Ausstellungseröffnung in Linz setzte er sich in den *Oberösterreichischen Nachrichten* „kritisch mit der Möglichkeit von Fälschungen von Fotos und Dokumenten auf Grund ihrer Herkunft aus Archiven der ehemaligen Sowjetunion

---

<sup>214</sup> Walter Fanta, Ulrichsbergdiskurs. In: Fanta, Sima, Land. (Klagenfurt 2003). S.139

<sup>215</sup> *Der Standard*, Ausstellung führt zu politischem Rücktritt. F-Abgeordneter John Gudenus legt nach umstrittener Aussage Mandat zurück. 19.10.1995

<sup>216</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.97

<sup>217</sup> Brigitte Kepplinger, Einleitung. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen. (Grünbach 1997). S.7

auseinander“<sup>218</sup>. Zusätzlich bemängelte Sandgruber die zu gering ausfallende Differenzierung, sowie die weitgehende Ausblendung der historischen Zusammenhänge.

Als die Wehrmachtausstellung am 1. Dezember 1997 in Graz eröffnet wurde, befanden sich die konstruktiven Kritiker der Schau ebenfalls in der Minderheit. Im Gegenzug gehörte neben dem Geschichtswissenschaftler Karl Kaser, der sich maßgeblich dafür stark machte, dass die Wehrmachtausstellung in den Räumlichkeiten der Grazer Universität präsentiert werden konnte, auch die Historikerin Erika Weinzierl zu den Unterstützern der Ausstellung.<sup>219</sup> Als bedeutendster Gegner der Schau trat in Graz in erster Linie der Historiker Stefan Karner auf. Im Rahmen eines Symposiums an der Universität Graz bemängelte Karner in erster Linie das didaktische Konzept der Schau und kritisierte ihre fehlende Einbettung in einen historischen Kontext. Die pauschalierenden Aussagen hätten laut Karner vor allem durch die Angabe von Größenordnungen, beziehungsweise durch die Auswahl eines weniger provozierenden Ausstellungstitels vermieden werden können. Zusätzlich kritisierte er das beratungsresistente Verhalten der Ausstellungsmacher scharf: „Ich habe schon vor zwei Jahren gesagt, warum geht man nicht auf Argumente ein, die von Fachleuten, Historikern kommen, die klar raten, an einzelnen Stellen etwas nachzjustieren, da und dort Verbesserungen anbringen, Korrekturen, Ergänzungen. Das akzeptiert man nicht.“<sup>220</sup> Als Kritiker der Wanderausstellung nahm Karner innerhalb der wissenschaftlichen Gesellschaft jedoch einen isolierten Standpunkt ein, dem sich der überwiegende Anteil der Historiker nicht anschloss. Zusätzlich standen auch die Initiatoren der Ausstellung in deutlicher Opposition zu Karner. Wolfgang Gulis vom Verein „ZEBRA“, der die Wehrmachtausstellung in Graz veranstaltete, verweigerte dem Historiker beispielsweise ein Referat im Rahmen des Begleitprogramms mit der Begründung, dass Karner der Wanderausstellung ablehnend gegenüber stehe.<sup>221</sup>

Die ausführlichen Debatten rund um die am 7. März 1998 stattfindende Präsentation der Wehrmachtausstellung in Salzburg, beschäftigten nicht nur große Teile der Öffentlichkeit, sondern zeigten auch Kontroversen innerhalb der wissenschaftlichen Gesellschaft des Landes deutlich auf. Wie bereits in den vorangegangenen österreichischen Ausstellungsorten stellte sich auch in Salzburg der überwiegende Großteil der Historiker hinter das Projekt des

---

<sup>218</sup> Rudolf G. Ardelt, Zumutungen und Auseinandersetzungen. Reflexionen zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Linz. In: *zeitgeschichte*, Jg. 24, Heft 11/12. 1997. S.360

<sup>219</sup> vgl. Brunnbauer, *Ausstellungen*. In: Brunnbauer, (Hg.) *Eiszeit*. S.18f.

<sup>220</sup> Streitgespräch zur Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ zwischen Stefan Karner und Walter Manoschek. In: Stefan Karner, Gerald Schöpfer, (Hg.) *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Die Beiträge des Symposiums an der Universität Graz 1997* (Graz 1998). S.183

<sup>221</sup> vgl. Gaisbauer, *Diskurs* (Salzburg 2000). S.142

Hamburger Instituts für Sozialforschung. Zeithistoriker der Universität Salzburg hatten gemeinsam mit Mitarbeitern des Pädagogischen Instituts Salzburgs sogar einen Trägerverein gegründet, der als Veranstalter in der Mozartstadt auftrat.<sup>222</sup> In Salzburg kristallisierte sich auf diese Weise rasch eine nahezu ungeteilte Zustimmung der Historiker für die Wehrmachtsschau heraus. Gleichzeitig zeigte sich, dass die wenigen wissenschaftlichen Kritiker der Schau in großem Maße unseriös auftraten. Das polemische Auftreten des Landeshauptmanns, der zwischen seiner Rolle als Politiker und jener als Historiker keine klare Trennung vollzog, reizte schließlich den Zeithistoriker Gerhard Botz und wenig später das gesamte Salzburger Geschichtsinstitut zu einer offenen Konfrontation.

Als Bemerkenswert stellte sich dabei heraus, dass sich sowohl die Befürworter der Ausstellung als auch ihre Gegner in hohem Maße unprofessionell verhielten. So hielt sich beispielsweise das Institut für Geschichte in Salzburg lange mit offener Kritik am Landeshauptmann zurück. Als die Durchführung der Wehrmachtsausstellung jedoch gesichert war und sich ihre Präsentation dem Ende zuneigte, attackierte Institutsvorstand Lothar Kolmer im Namen der gesamten Einrichtung den Landeshauptmann in kompromissloser Art und Weise.<sup>223</sup> Zusätzlich mischte sich auch der in Österreich aufgrund seiner Mitarbeit in der Historikerkommission zur Aufklärung der Waldheim-Affäre bekannte deutsche Historiker Manfred Messerschmidt in die Debatte ein und griff den Landeshauptmann ebenfalls scharf an. Auch die Ausstellung selbst wurde von Mitgliedern des Instituts keiner wertneutralen oder gar kritischen Reflexion unterzogen, sondern vielmehr als innovativ gelobt.<sup>224</sup> Gleichzeitig muss jedoch auch das Verhalten der Ausstellungsgegner als unangemessen und einseitig bezeichnet werden. Während sich der Landeshauptmann als Opportunist präsentierte und versuchte, aus der Wehrmachtsausstellung politisches Kapital zu schlagen, begaben sich die Wissenschaftler Reinhard Heinisch und Robert Kriechbaumer auf dünnes Eis, indem sie sich dem im Kameradschaftsbund verankerten „Arbeitskreis für Kultur und objektive Geschichtsforschung“ anschlossen.

Der angesprochene Arbeitskreis sorgte in erster Linie mit einer Ausstellung, die als Gegenveranstaltung zur Wehrmachtsschau angesehen werden darf, für Aufsehen. Wenige Tage vor Eröffnung der Wehrmachtsausstellung präsentierte der Maler Walther Groß seine

---

<sup>222</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.36

<sup>223</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.112

<sup>224</sup> vgl. Botz, Kalkül? In: Salzburger Nachrichten, 23.12.1996.

Schau mit dem Titel „Die im Dunkeln sieht man nicht. Kriegsgefangenschaft in Russland 1945-1953“. Die Veranstaltung fand nicht nur im alten Rathaus statt, sie durfte sich auch des Ehrenschatzes durch ÖVP-Bürgermeister Josef Dechant und Landtagspräsident Helmut Schreiner erfreuen. Umso unangenehmer wog die Tatsache, dass kurz vor Ausstellungseröffnung öffentlich bekannt wurde, dass Walther Groß Mitglied der Waffen-SS, genauer der Leibstandarte Adolf Hitler, gewesen war. Zusätzlich sorgte der Maler im Rahmen der Eröffnung seiner Bilderschau mit unangemessenen und bedenklichen Aussagen gegenüber den russischen Kriegsteilnehmern für Aufsehen.<sup>225</sup> Unter diesen Umständen muss das Engagement von Heinisch und Kriechbaumer als einseitig und peinlich bezeichnet werden.

### 4.3 Die Bilderdebatte

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ zeichnete sich in erster Linie durch den massenhaften Einsatz von Fotomaterial aus. Auf den 104 Ausstellungstafeln präsentierte die Schau den Besuchern 801 Fotos. Zusätzlich zu den auf den Schautafeln gebotenen Photographien lagen im Ausstellungsbereich vier Fotoalben mit weiteren 632 faksimilierten Bildern auf.<sup>226</sup> Die Fotos suggerierten dem Besucher Verbrechen der Wehrmachtssoldaten, obwohl nur ein Teil der Bilder tatsächlich Verbrechen abbildete. Vielfach besaßen die Bilder auch illustrativen Charakter. Durch die in der Ausstellung gezeigten Photographien drängte sich den Besuchern unweigerlich die Frage nach ihrer Vergangenheit, beziehungsweise der Vergangenheit ihrer Eltern und Großeltern, auf. Die insgesamt 1433 Fotos der Ausstellung stammten zu einem Großteil aus dem Besitz der ehemaligen Sowjetunion. Nach der Wende wurden die Archive auch für westliche Wissenschaftler zugänglich. Vielfach handelte es sich bei den Fotos um einfache Landserfotographien. Diese Aufnahmen, die den „einfachen“ Soldaten als Mörder zeigten und am Bild der „sauberen Wehrmacht“ rüttelten, wurden zu einem unverkennbaren Charakteristikum der Wehrmachtsausstellung. Die vor allem ab dem Jahr 1999 nahezu ausschließlich in Deutschland geführte Bilderdebatte spielte für die wissenschaftliche und öffentliche Einschätzung der Wehrmachtsausstellung eine bedeutende Rolle und soll daher auf den folgenden Seiten näher beleuchtet werden.

---

<sup>225</sup> vgl. Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.38f.

<sup>226</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.59ff.

Besonders bemerkenswert an der Wehrmachtsausstellung war die Unausgewogenheit zwischen Bild und Text. Die massenhafte Aneinanderreihung von unzureichend kommentierten Bildern, welche die Verbrechen der Wehrmacht veranschaulichen und belegen sollten, vermittelte dem Besucher eine undifferenzierte Sicht auf die Wehrmachtssoldaten. Die unkommentierte Wiederholung der Motive verfehlte ihre Wirkung bei ihren Betrachtern nicht. Dass die Bilder nicht nur Wehrmachtsverbrechen darstellten, sondern diese vielfach nur illustrierten, war für die Ausstellungsbesucher nicht erkennbar. Zudem entstand für die Betrachter der subjektive Eindruck, von massenhaft verübten Gräueltaten. Während die Darstellung der Bilder Schock und Emotionen auslöste, boten die bewusst kurz gehaltenen Texte weder eine nüchterne Darstellung der einzelnen Sachverhalte, noch eine ausreichende Erklärung und Kontextualisierung der Fotos. Dies wäre aufgrund der Sensibilität des Themas jedoch mehr als erforderlich gewesen. Die Besucher wurden stattdessen sprichwörtlich von der Fülle des Materials und der einseitigen Art der Darstellung erschlagen. Der Betrachter der Ausstellung, so der Vorwurf zahlreicher Kritiker, würde aufgrund der Anhäufung des erschütternden Bildmaterials vielfach zu dem subjektiven Eindruck kommen, alle Soldaten der Wehrmacht wären an Verbrechen beteiligt gewesen, beziehungsweise hätten zumindest Kenntnis davon erlangt und die Untaten gebilligt. Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Horst Möller, warnte davor, die leicht zu beeinflussenden Ausstellungsbesucher, welche er zugespitzt als „an wissenschaftlichen Büchern nicht interessierte Massenmenschen“<sup>227</sup> darstellte, mit den einseitigen Aufnahmen zu manipulieren. Die in der Geschichtswissenschaft ohnedies kontroversiell diskutierte Frage über Art und Umfang der Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und hierbei in erster Linie auf den Kriegsschauplätzen im Osten, gewann durch „die im wahrsten Sinne des Wortes bildmächtige Art, mit der die Verantwortlichen in diesen Debatten eindeutig Stellung bezogen“<sup>228</sup>, zusätzlich an Heftigkeit.

Zahlreiche Kritiker unterstellten der Ausstellung in erster Linie eine unwissenschaftliche Arbeitsweise in Zusammenhang mit den Bildern. Sie beanstandeten, dass die Fotos bewusst so ausgewählt wurden, um eine Provokation zu erreichen. Die Bilder sollten unter den Besuchern der Wehrmachtsausstellung Schock und Entsetzen auslösen. Um eine seriöse Darstellung der Verbrechen ging es den Ausstellungsmachern nicht, lautete ihr berechtigter

---

<sup>227</sup> Miriam Y. Arani, „Und an den Fotos entzündete sich die Kritik“, Die „Wehrmachtsausstellung“, deren Kritiker und die Neukonzeption. Ein Beitrag aus fotohistorisch-quellenkritischer Sicht. In: Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie. Heft 85/86, 2000. S.100

<sup>228</sup> Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem, (Hg.) Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik (Opladen 2000). S.13

Einwand. Die Ausstellung sei eine „demagogische Inszenierung von Quellenmaterial“<sup>229</sup>, warf beispielsweise der Freiburger Universitätsprofessor Gerhard Kaiser den Ausstellungsgestaltern, in Hinblick auf die Darstellung der Bilder, vor. Die Kritik an den Bildern, sowie an deren Präsentation, verlief in mehreren Ebenen und begann bereits mit Ausstellungsbeginn im März 1995. Eine essentielle Thematik der Kontroverse bildete dabei die Bedeutung der Fotos als historische Quelle, sowie deren Heranziehung für die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Der Kölner Historiker Jens Jäger beschreibt Photographien, beziehungsweise Bilder im Allgemeinen, als „zentrale Bestandteile der gesellschaftlichen Kommunikation“<sup>230</sup>. Aufgrund der fehlenden didaktischen Ausrichtung der Wehrmachtsausstellung steigerte sich die Bedeutung der Bilder als Kommunikationsmittel für die Besucher noch zusätzlich. „Auch für die Fotos aus den Lagern und von den Rändern der Massengräber gilt, daß sie ihre Bedeutung und Wirkung aus dem Kontext gewinnen, in dem sie stehen oder in den sie gestellt werden“<sup>231</sup>, erklärt der Historiker Bernd Hüppauf im von Ausstellungsleiter Hannes Heer herausgegebenen Begleitband zur Ausstellung. Gerade dieser Kontext, suggerierte den Besuchern jedoch eine pauschale Verurteilung der Wehrmachtssoldaten und ließ einen breiten Interpretationsspielraum für die Auslegung und Beurteilung der Verbrechen offen.

Anzukreiden ist den Ausstellungsmachern vor allem die Anordnung von Bildsequenzen. Diese sollten einen möglichst dramatischen Effekt erzielen. Der Wirkung der Photographien auf die Besucher wurde dabei größtmögliche Beachtung geschenkt. Anhand einzelner Aufnahmen entbrannte letztlich eine, nicht selten unwissenschaftlich geführte, Diskussion über die Art und Weise, mit der die Ausstellungsgestalter unter Zuhilfenahme ihrer Bilder auf Verbrechen hinwiesen, beziehungsweise solche andeuteten. Dem Besucher wurden durch den illustrativen Einsatz der Bilder Verbrechen suggeriert, welche zum Teil keine darstellten. Ein Foto auf dem ein Haus abgebildet ist, das in Flammen steht, kann ein Kriegsverbrechen, im Speziellen die Anwendung der Taktik der Verbrannten Erde, darstellen, es kann sich bei dem Brand jedoch auch um eine Zerstörung als Folge einer militärischen Handlung, welche kein Verbrechen darstellt, handeln.<sup>232</sup> Wie dem Großteil der Besucher gelang es auch zahlreichen Wissenschaftlern nicht, sich dem Thema frei von Emotionen anzunähern. Die Kritiker der

---

<sup>229</sup> Bayernkurier, Demagogische Inszenierung. 01.03.1997. In: Prantl, (Hg.) Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.53

<sup>230</sup> Jens Jäger, Fotografie und Geschichte (Frankfurt am Main 2009). S.15

<sup>231</sup> Bernd Hüppauf, Der entleerte Blick hinter der Kamera. In: Hannes Heer, Klaus Naumann, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944. 2. Auflage (Hamburg 1995). S.512

<sup>232</sup> vgl. Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.85ff.

Schau erblickten in unzähligen Aufnahmen von Verbrechen lediglich Kriegshandlungen, den Befürwortern der Ausstellung, sowie ihren Gestaltern erging es entgegengesetzt.<sup>233</sup> Sie vermuteten hinter zahlreichen Kriegshandlungen verbrecherische Taten von Wehrmachtssoldaten. Beide Seiten beurteilten die Bilder vielfach unwissenschaftlich und nicht objektiv.

Als besonders eklatant erwies sich der unkritische Umgang der Ausstellungsmacher mit dem zu den eingesetzten Bildern vorhandenen Quellenmaterial. Die sorglose Übernahme von Angaben zu Bildern aus ehemals sowjetischen Archiven zog nachhaltige Kritik, sowie Diskussionen über die Beweiskraft der einzelnen Fotos, nach sich. Im Kommissionsbericht zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung merkten die verantwortlichen Historiker jedenfalls an, „dass der in Archiven praktizierte Umgang mit photographischem Material nicht zufriedenstellend ist und daher nicht die quellenkritische Prüfung durch den Benutzer vorwegnehmen bzw. ersetzen kann.“<sup>234</sup> An dieser Stelle soll betont werden, dass diese Kritik nicht nur für Archive der ehemaligen Sowjetunion zutrifft. Photographien aus Tarnopol, welche die Ausstellungsmacher aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien bezogen, wiesen beispielsweise unkorrekte Vermerke auf der Rückseite der Bilder auf.<sup>235</sup> Die Nachlässigkeit der Ausstellungsgestalter ist allerdings umso höher zu bewerten, zumal es sich bei dem Großteil ihrer Materialien um Photographien aus sowjetischen Archiven handelte, die mit besonderer Sorgfalt hätten geprüft werden müssen, da die Aufnahmen mehrheitlich von in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Wehrmachtssoldaten stammten. An dieser Stelle soll allerdings angemerkt werden, dass nicht nur die Ausstellungsmacher, sondern ebenso zahlreiche Kritiker der Ausstellung, einen nachlässigen Umgang mit Quellen pflegten. Weiters ist zu betonen, dass auch zahlreichen Archiven ein fragwürdiger Umgang mit ihren Materialien nachgesagt werden kann.

Den Höhepunkt der Kritik an der Wehrmachtsausstellung bildeten die im Laufe des Ausstellungszeitraums in regelmäßigen Abständen geäußerten Fälschungsvorwürfe gegenüber der Schau. Die gegen die Ausstellung erhobenen Anschuldigungen lassen sich in mehrere Kategorien einordnen. Bedingt durch den verbesserungswürdigen Umgang mit Quellen, gerieten die Ausstellungsmacher vor allem in den Verdacht, Bilder bewusst mit falschen

---

<sup>233</sup> vgl. Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.164f.

<sup>234</sup> Hirschfeld, Bericht (o.O. 2000). S.21

<sup>235</sup> vgl. Dieter Schmidt-Neuhaus, Die Tarnopol Stellwand der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. Eine Falluntersuchung zur Verwendung der Bildquellen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.598



Untertiteln versehen zu haben. Damit standen schwere Vorwürfe im Raum, die besagten, dass die Mitarbeiter des HIS absichtlich Bilder in einen falschen Kontext gestellt hätten. Die radikalsten Vorwürfe der Kritiker stellten Kommentare dar, die zum Ausdruck brachten, dass die Bilder selbst gefälscht seien. Die Fälschungsdebatte war einerseits geprägt von dem ehrlichen Willen einzelner Forscher, die in der Ausstellung gezeigten Bilder dem Besucher korrekt und wahrheitsgemäß zu präsentieren. Zahlreiche Gegner der Ausstellung suchten andererseits jedoch, ohne auf wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgreifen zu können, die Ausstellung bewusst zu diskreditieren. „Manchen Kritikern ging es weniger darum, Fehler zu beheben, als vielmehr die gesamte Ausstellung zu Fall zu bringen“<sup>236</sup>, wird im Ausstellungskatalog zur zweiten Fassung der Wehrmachtsausstellung richtigerweise angemerkt. Das Ansehen der Geschichtswissenschaft im Allgemeinen nahm durch die Fälschungsvorwürfe, welche zum Großteil von wenig seriösen, teilweise von rechtsextrem und geschichtsrevisionistisch eingestellten Kreisen geäußert wurden, großen Schaden.

Anhand eines Artikels der Zeitschrift Focus, erreichten die Fälschungsvorwürfe im April 1997 erstmals auch eine breite Öffentlichkeit. Nachdem die Wehrmachtsausstellung im Februar 1997 in München zu einem offenen Konflikt geführt hatte, gewann das Thema an Interesse für die Berichterstattung, was der Fälschungsdebatte zu einer erhöhten Medienresonanz verhalf.<sup>237</sup> Das Magazin Focus warf den Ausstellungsmachern medienwirksam vor, ein Bild, das nackte Männer am Ufer eines Gewässers zeigt, falsch beschriftet zu haben. In der Ausstellung wurde dem Foto der Satz „Juden werden exekutiert“ beigegeben. Focus versuchte in seinem Artikel darzulegen, dass es für die von den Ausstellungsgestaltern verwendete Bildzeile keine wissenschaftlichen Belege gab und beschuldigte Hannes Heer, den beigegebenen Satz erfunden zu haben. Tatsächlich stammt das Foto aus der Sammlung der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, wo laut Focus kein Hinweis über Datum, Ort, Zeit und Motiv der Aufnahme existiert.

Regina Klose-Wolf, eine Sprecherin des Hamburger Instituts für Sozialforschung, entgegnete den Fälschungsvorwürfen mit dem Argument, die Bilder würden in der Ausstellung nur als Illustration Verwendung finden. „Manches Dementi bestätigt alles“<sup>238</sup>, lautete die Reaktion von Focus in der Ausgabe von 21. April 1997 auf die Ausflüchte des Hamburger Instituts für

---

<sup>236</sup> Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.711

<sup>237</sup> vgl. Greven, (Hg.) Krieg. (Opladen 2000). S.341ff.

<sup>238</sup> Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.202

Sozialforschung. „Was in einem juristischen Verfahren unmöglich wäre, ist in Ausstellungen eine verbreitete, wenn auch kaum zu rechtfertigende Praxis. Die Autoren setzen oftmals auf die Aussagekraft eines Motivs, um die Vorstellungskraft anzuregen und wählen das ausdrucksstärkere Foto vom anderen Ort.“<sup>239</sup> Zu dieser traurigen Feststellung gelangte dreieinhalb Jahre später, im November 2000 auch die Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung. Im Falle der aus Ludwigsburg stammenden Aufnahme setzten die Ausstellungsmacher ebenfalls auf die Aussagekraft des Fotos und ordneten sie, ohne nähere Angaben über das Bild in Erfahrung bringen zu können, in den Kontext von Wehrmachtsverbrechen ein. Als Focus diese Tatsache beanstandete, reagierte das Hamburger Institut für Sozialforschung mit der Mitteilung, dass das Foto mit besagter Bildzeile „Juden werden exekutiert“ nicht als Dokument gezeigt werde, sondern lediglich der Illustration diene.

Am 24. April 1997 widmete sich das Hamburger Institut für Sozialforschung in einer Pressemitteilung erneut der von der Zeitschrift Focus erhobenen Kritik an der Ausstellung und wies dabei jegliche Fälschungsvorwürfe entschieden zurück. Im vorletzten Punkt der Presseaussendung gestand das Hamburger Institut für Sozialforschung jedoch indirekt ein, dass es bei der Zuordnung von Fotos zu Fehlern gekommen sein könnte. Weiters wurde das Bekenntnis geäußert, Fehler jederzeit und bereitwillig korrigieren zu wollen. In der Praxis blieben freilich zahlreiche Hinweise auf Fehler unbeachtet. Wissenschaftler, welche Mängel offen darstellten, wurden mit juristischen Klagen bedacht. Vor allem Ausstellungsleiter Hannes Heer sträubte sich gegen Veränderungen und wies Beanstandungen konsequent zurück. Der in der Presseaussendung abgedruckte Schlusssatz: „Für Hinweise auf Irrtümer sind wir dankbar, denn sie dienen dem Anliegen der Ausstellung: Ein möglichst präzises Bild des historischen Geschehens zu vermitteln“<sup>240</sup>, stellte sich als leere Floskel heraus.

Das überzogene Vorgehen des Hamburger Instituts für Sozialforschung gegen Kritiker muss jedoch auch unter dem Blickwinkel einer vielfach unwissenschaftlichen Kritik eines Teils der wissenschaftlichen Gesellschaft gegen die Ausstellung betrachtet werden. Während dem Höhepunkt der Debatte um die Wehrmachtsausstellung in München, im Februar 1997, bediente beispielsweise der Historiker Rüdiger Proske in Form einer Streitschrift die Argumente der Ausstellungsgegner. Ohne Beweise vorbringen zu können, stellte er Fälschungsvorwürfe gegen die Ausstellungsmacher in den Raum, welche von den gegen die Wehrmachtsausstellung negativ eingestellten Akteuren aus Medien und Politik bereitwillig

---

<sup>239</sup> Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.39f.

<sup>240</sup> Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.217f.

aufgenommen wurden. Dies gilt auch für Focus und die Debatte um besagtes Foto aus Ludwigsburg. So versteifte sich das Blatt beispielsweise auf die Bemerkung, dass das angesprochene Bild ohne Legende und Angaben archiviert worden sei. Tatsächlich existierte aber eine Akte mit einer Sammellegende, die auf ein vermutlich in Lettland verübtes Verbrechen an Juden hinweist.<sup>241</sup> Dem Magazin Focus brachte diese Tatsache letztlich eine Klage durch das, in zahlreichen Fällen zu diesem Rechtsmittel greifende, Hamburger Institut für Sozialforschung ein. Da aus der Sammellegende jedoch nicht hervorgeht, dass die Wehrmacht für die Tat verantwortlich ist und die Ausstellungsmacher das Foto zusätzlich Wehrmachtsverbrechen in Weißrussland zuordneten, anstelle den Tatort mit Lettland auszuweisen, darf davon ausgegangen werden, dass sowohl Focus als auch die Ausstellungsmacher der Legende des Bildes keine große Beachtung geschenkt haben.

#### 4.3.1 Der Höhepunkt der wissenschaftlichen Kritik

Mit wissenschaftlich fundierter Kritik von großer Relevanz wurde die Wanderausstellung erstmals im Oktober 1999 konfrontiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Schau bereits viereinhalb Jahre lang in insgesamt 33 Städten in Deutschland und Österreich gezeigt worden. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial warf den Ausstellungsmachern in einer Ausgabe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte des Zeitgeschichtesinstituts München vor, Photographien als Wehrmachtsverbrechen ausgegeben zu haben, welche „nach Ansicht des Verfassers sowjetische Verbrechen dokumentieren.“<sup>242</sup> Musial beschäftigte sich seit Mai 1998 intensiv mit sowjetischen Verbrechen, die in den ersten Wochen nach dem Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion vom NKWD begangen wurden.<sup>243</sup> Wie aber konnten deutsche und sowjetische Verbrechen verwechselt werden? Nach dem deutschen Überfall am 22. Juni 1941 versuchte die Sowjetunion Gefängnisinsassen aus bedrohten Gebieten in Richtung Osten zu evakuieren. Der rasche deutsche Vormarsch, sowie die Tatsache, dass die Sowjetunion von dem gegnerischen Überfall überrascht wurde und keine ausreichenden Verteidigungsmaßnahmen getroffen werden konnten, ließen die vollständige Evakuierung der großteils politischen Gefangenen unmöglich erscheinen.

---

<sup>241</sup> vgl. Greiner. Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.51f.

<sup>242</sup> Bogdan Musial, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 47, 1999. S.563

<sup>243</sup> vgl. Donald Rayfield, Stalin und seine Henker (München 2004). S.472ff

Am 24. Juni 1941 und somit zwei Tage nach dem Überfall Hitlerdeutschlands ordnete Lawrenti Beria in seiner Funktion als Chef des Geheimdienstes NKWD an, „alle Gefängnisinsassen zu erschießen, die wegen konterrevolutionärer Aktivitäten, Wirtschaftssabotage, Diversion und antisowjetischer Tätigkeit verurteilt waren oder gegen die wegen dieser Verbrechen ermittelt wurde. Dieser Befehl setzte einen der abscheulichsten Massenmorde des Zweiten Weltkriegs in Gang.“<sup>244</sup> Die NS-Propaganda instrumentalisierte die sowjetischen Verbrechen, um den Hass der Soldaten auf den Gegner zu steigern. Zusätzlich sollten die Bilder von sowjetischen Gräueltaten die Zustimmung zum Krieg in der Heimat erhöhen. In zahlreichen Fällen wurden bereits begrabene NKWD-Opfer von den deutschen Eroberern wieder exhumiert, um den Soldaten, sowie in Form von Filmaufnahmen und Photographien der gesamten Bevölkerung, die Verbrechen der Sowjetunion vor Augen zu führen. Propagandaminister Joseph Goebbels versuchte zusätzlich, die sowjetischen Vergehen einer internationalen Öffentlichkeit zu präsentieren. Journalisten aus neutralen Staaten, sowie Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes, wurden an die Orte der sowjetischen Vergehen geführt. Die geäußerten Vorwürfe brachten die Sowjetunion in eine schwierige Lage, zumal sich das von NS-Deutschland überfallene Land zu diesem Zeitpunkt international um Verbündete bemühte. Die Aufdeckung sowjetischer Gräueltaten war dabei wenig hilfreich, weswegen die Sowjetunion alle Anschuldigungen zurückwies und Hitlerdeutschland vorwarf, die Massenmorde begangen zu haben. Laut Musial „werden zahlreiche Aufnahmen, die sowjetische Verbrechen zeigen, noch heute in vielen Archiven und Büchern als Belege für NS-Verbrechen deklariert und veröffentlicht“<sup>245</sup>, weshalb eine quellenkritische Prüfung von aus Archiven entnommenen Photographien unabdingbar ist.

Im Rahmen seiner Arbeiten stieß Musial auf Fotos, die sich auch in der Wehrmachtsausstellung befanden, wo sie allerdings keine sowjetischen, sondern Wehrmachtsverbrechen suggerierten. Bereits im Frühjahr 1999 wandte er sich daher mit fachlicher Kritik an das Magazin Spiegel. Die Resonanz auf seine Darlegungen war vorerst aber noch gering. Insgesamt beanstandete Musial in der Oktoberausgabe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte des Jahres 1999 neun Photographien und signalisierte in seinen Darlegungen, dass es noch weitere falsch zugeordnete Bilder geben könnte. Musial suchte in seinen Ausführungen auch den Weg der Photographien in die Wehrmachtsausstellung zu erklären. Das persönliche Eigentum und somit auch sämtliche Photographien landeten im

---

<sup>244</sup> Bogdan Musial, Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941 (Berlin / München 2000). S.101

<sup>245</sup> Ebendort. S.209

Fälle der Gefangennahme deutscher Soldaten häufig bei der „außerordentlichen Staatskommission für die Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge“. Die im November 1942 gegründete Institution arbeitete eng mit dem NKWD zusammen und wurde zur Untersuchung deutscher Verbrechen in der Sowjetunion errichtet. Musial weist in seiner Veröffentlichung darauf hin, dass alle Unterlagen dieser Einrichtung „mit besonderer quellenkritischer Sorgfalt zu prüfen“<sup>246</sup> sind, zumal Angehörige der ASK während dem Nürnberger Prozess versuchten, Verbrechen des NKWD der Wehrmacht anzulasten. Zusätzlich beschuldigte er die Ausstellungsgestalter, Fotos ohne sorgfältige Prüfung Soldaten der Wehrmacht als Täterorganisation angelastet zu haben. Dass es sich bei den Taten auch um sowjetische Verbrechen handeln konnte, wurde laut Musial vom Hamburger Institut für Sozialforschung nicht in Betracht gezogen. Weiters warf der deutsch-polnische Historiker den Ausstellungsgestaltern mangelnde Recherchearbeit vor und kritisierte, dass das Institut Ergebnisse von Recherchen in einem ungenügenden Ausmaß berücksichtigt habe. Musials Gesamturteil über die Ausstellung fiel verheerend aus. Etwa die Hälfte der gezeigten Fotos würde keine Kriegsverbrechen dokumentieren, sondern lediglich Folgen von Kriegshandlungen darstellen, lautete sein Urteil. Ebenso schwerer wog Musials Feststellung, die von ihm herausgearbeiteten Erkenntnisse würden die Glaubwürdigkeit in die korrekte Zuordnung der restlichen Photographien, sowie in die Wehrmachtsausstellung insgesamt, erschüttern. Mit dieser Einschätzung sollte er Recht behalten.

Inhaltlich zeichnete sich Musial durch eine wissenschaftlich fundierte Arbeitsweise und eine seriöse wie konstruktive Kritik an der Ausstellung aus. Durch gründliche Recherchearbeit in lokalen Archiven und gestützt auf die Aussagen von Zeitzeugen, legte er für die von ihm angesprochenen Bilder Beweise vor, welche die Glaubwürdigkeit der Wehrmachtsausstellung stark in Mitleidenschaft zogen. Ferner benützte der deutsch-polnische Historiker auch Bilder aus Archiven, welche Aufnahmen aus der Wehrmachtsausstellung aus einem anderen Blickwinkel darstellten, um die Unrichtigkeit der von den Ausstellungsgestaltern gewählten Zuschreibungen nachweisen zu können. Nach der Einsetzung der Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung, erhielt Musial die Gelegenheit seine Anschuldigungen gegenüber der Ausstellung auch vor diesem, seine Aussagen sehr kritisch prüfendem, Gremium darzulegen. Die Kommission setzte sich im Rahmen ihrer Arbeit sehr stark mit den Kritikern der Ausstellung auseinander und stellte in großem Umfang auch deren

---

<sup>246</sup> Musial, Bilder. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 47, 1999. S.587

teilweise unwissenschaftlichen Umgang mit dem Thema, sowie etwaige Argumentationsschwächen und Fehler, dar. Im Falle Musials bemängelte die Kommission, neben dem Verweis auf kleinere Fehler des deutsch-polnischen Historikers, vor allem seine Argumentation in Bezug auf den quellenkritischen Umgang mit Fotomaterial.<sup>247</sup>

Insgesamt fällt auf, dass die wesentlichen Kritiker der Schau im Kommissionsbericht scharf angegriffen wurden. Die Grundthese Musials, dass die Ausstellung Fotos gezeigt habe, die Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD abbilden, wurde im Kommissionsbericht allerdings bestätigt. Uneinigkeit herrschte nur darüber, ob auf den einzelnen Photographien, die Verbrechen in Tarnopol und Zloczow darstellen, ausschließlich Opfer des NKWDs oder auch Opfer der Wehrmacht, beziehungsweise von ukrainischen Nationalisten, zu sehen sind. Musials wissenschaftliche Erkenntnisse rund um die Wehrmachtsausstellung bildeten ohne Zweifel den Höhepunkt der Auseinandersetzung der Scientific Community mit der Schau und führten neben medialen Eruptionen zu einem drohenden Glaubwürdigkeitsverlust der Ausstellung. Musials Verdienst rund um die Ausstellung besteht darin, dass er Versäumnisse und Fehler der Schau im Sinne einer korrekten wissenschaftlichen Arbeitsweise aufzeigte, ohne revidierende Absichten zu verfolgen. Dies wurde ihm selbst im Begleitband zur Neuauflage der Wehrmachtsausstellung bescheinigt.<sup>248</sup>

Zeitgleich mit Musials Darlegungen griffen auch die beiden Historiker Krisztián Ungváry und Dieter Schmidt-Neuhaus die Wehrmachtsausstellung in Form von Artikeln in der Oktoberausgabe des Jahres 1999 der Zeitschrift des Verbands der Geschichtslehrer Deutschlands massiv an. Ähnlich wie Musial beanstandete auch Ungváry anhand von Beispielen, dass in der Ausstellung Photographien von Verbrechen des NKWD als Aufnahmen von Wehrmachtsverbrechen ausgewiesen wurden. Gleichzeitig ging er auf den im selben Heft erscheinenden Artikel von Dieter Schmidt-Neuhaus ein, was auf ein gemeinsames, konzentrisches Vorgehen der drei wesentlichsten Kritiker schließen lässt. Ungváry warf den Ausstellungsgestaltern in seiner Fotoanalyse, ähnlich wie Musial und Schmidt-Neuhaus, grobe Fehler und Unterlassungen vor. In erster Linie kritisierte der ungarische Historiker „die Art und Weise der Präsentation der Wehrmachtsverbrechen in der Ausstellung“<sup>249</sup> und griff in seinem Artikel besonders die eingesetzten Photographien an.

---

<sup>247</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.36

<sup>248</sup> vgl. Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.726

<sup>249</sup> Krisztián Ungváry, Echte Bilder – problematische Aussagen. Eine quantitative und qualitative Fotoanalyse der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.585

So kritisierte Ungváry berechtigterweise die Tatsache, dass in der Wehrmachtsausstellung auch Fotos von ungarischen und finnischen Einheiten abgebildet waren und deren Taten als Verbrechen der Wehrmacht ausgewiesen wurden. Als Beispiel nannte Ungváry in seinem Artikel ein Bild aus der Ausstellung, das den in der heutigen Vojvodina gelegenen Ort Stari Becej zeigt. Laut Ausstellungstext sollen in Stari Becej elf Jugendliche als Sühnemaßnahme erschossen worden sein. Die Anwesenheit deutscher Truppen zum Tatzeitpunkt in diesem Gebiet, kann jedoch ausgeschlossen werden, weshalb Ungváry die Verwendung des Fotos in der Ausstellung als unverständlichen Fehler kritisierte. Ein Jahr nach seiner Darstellung gab ihm die Kommission zur Überprüfung der Ausstellung in diesem Punkt Recht.<sup>250</sup> Ungvárys Kritik, wonach Bilder, welche Mitglieder der SS, des SD, beziehungsweise sowjetische Hilfspolizei zeigen, nicht in eine Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht gehören, wurde jedoch von der Kommission nicht entsprochen, zumal die gezielte Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen, der Zivilbevölkerung, sowie der jüdischen Bevölkerung „als arbeitsteiliger Vorgang innerhalb des militärischen und polizeilichen Exekutivapparates“<sup>251</sup> durchgeführt wurde. „Die Aufgabenverteilung zwischen Wehrmacht und SS blieb im Prinzip während des ganzen Krieges bestehen, wobei die Kooperation immer enger wurde“<sup>252</sup>, bestätigte auch der Historiker Wolfram Wette in seiner Gesamtdarstellung über die Wehrmacht.

Inwieweit die Tatsache der engen Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS, beziehungsweise SD die Abbildung von Verbrechen der beiden letztgenannten Einheiten in der Ausstellung rechtfertigt, war eine Streitfrage, die stets kontroversiell diskutiert wurde. In zahlreichen Fällen, so beispielsweise während dem Massaker von Babij Jar, wurden SS-Einheiten jedoch den Truppen der Wehrmacht unterstellt, wodurch sich die Rolle der Wehrmacht und hier im Besonderen jene des Oberbefehlshabers der 6. Armee Generalfeldmarschall von Reichenau nicht auf eine Mitwisserschaft reduzieren lässt.<sup>253</sup> Reichenau billigte in zahlreichen Fällen „nachdrücklich die Tätigkeit der Einsatzgruppen gegenüber Juden“<sup>254</sup> und schuf mit Anweisungen, wie dem Tagesbefehl vom 10. Oktober

---

<sup>250</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.31f.

<sup>251</sup> Ebendort (o.O. 2000). S.32

<sup>252</sup> Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden (Frankfurt am Main 2002). S.128

<sup>253</sup> vgl. Dieter Pohl, Die Kooperation zwischen Heer, SS und Polizei in den besetzten sowjetischen Gebieten. In: Hartmann, (Hg.) Verbrechen (München 2005). S.107ff.

<sup>254</sup> Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942 (Köln / Weimar / Wien 2004). S.49

1941 der das „Verhalten der Truppe im Ostraum“ regelte, die Basis für einen unter rassenideologischen Gesichtspunkten geführten Weltanschauungskrieg. Die Verwendung von Bildern in der Ausstellung welche SS, SD oder andere Einheiten zeigten, die der Wehrmacht unterstellt waren, erschien somit in den Augen der Kommission gerechtfertigt. „Der Focus kann im Hinblick auf eine generelle Bewertung nicht darauf gerichtet werden, wer exekutiert oder gemordet hat – Soldaten oder Polizisten –, sondern wer den Einsatz befohlen hat, wem mithin die eingesetzten Kräfte unterstellt waren“<sup>255</sup>, argumentierten die Mitglieder der Kommission. Allerdings muss den Ausstellungsmachern als Fehler angelastet werden, dass sie in einigen Fällen die auf den Bildern zu sehenden Einheiten nicht dezidiert als Wehrmachtssoldaten oder aber als Angehörige der SS, beziehungsweise des SD, ausgewiesen haben.

In seinen Darlegungen bemängelte Ungváry anhand von Beispielen auch, dass zahlreiche Bilder der Ausstellung in einen falschen Kontext gestellt, beziehungsweise mit unrichtigen Angaben versehen wurden. So verwendete das Hamburger Institut für Sozialforschung beispielsweise Fotos aus Tarnopol, um Verbrechen der 6. Armee zu illustrieren. Ungváry bemerkte in seinem Artikel jedoch, dass die 6. Armee während ihrem Vormarsch zu keinem Zeitpunkt näher als hundert Kilometer an Tarnopol heranrückte. Die Autoren des Kommissionsberichts bestätigten ein Jahr nach Ungvárys Darstellungen, dass Tarnopol durch die Panzergruppe 1 eingenommen wurde und stuften die Kritik des ungarischen Historikers als berechtigt ein. Auch die mehrfache Heranziehung desselben Bildes unter der Verwendung von jeweils verschiedenen Beschriftungen wurde von Ungváry beanstandet. „Der Betrachter könnte dadurch meinen, daß es sich um zwei verschiedene Ereignisse handelt“<sup>256</sup>, argumentierte Ungváry. Weiters kritisierte er, dass Photographien von Verbrechen aus mehreren Blickwinkeln gezeigt wurden, ohne darauf hin zu weisen, dass es sich um dieselbe Tat handelte. Dadurch würden die Ausstellungsmacher nur Emotionen und Schock hervorrufen, so der ungarische Historiker.

In seinen Ausführungen warf Ungváry den Ausstellungsgestaltern vor, alle Handlungen der Wehrmacht, die auch nur mittelbar mit einem Verbrechen zu tun hatten, als Wehrmachtsverbrechen einzustufen. Nach der Logik der Ausstellungsmacher hätte sich jeder Wehrmachtssoldat nur durch absolute Weigerung oder Desertion von den Verbrechen abgrenzen können, lautete das demonstrativ zugespitzte Resümee des ungarischen Historikers.

---

<sup>255</sup> Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.61

<sup>256</sup> Ungváry, Bilder. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.588



Vor allem die in der Ausstellung erwähnte Beteiligung der Wehrmacht an Massenerschießungen in Lachowicze, wurde von Ungváry in seinem Artikel zurückgewiesen. Zusätzlich kritisierte er die verzerrte Darstellung der Exekutionen in Pancevo, die seiner Meinung nach völkerrechtskonform waren. Dieser Standpunkt wurde von der Kommission jedoch strikt zurückgewiesen. Laut Kommissionsbericht handelte es sich bei den Erschossenen um Repressalgefangene, deren Hinrichtung weder formal rechtmäßig, noch kriegsnotwendig gewesen war.<sup>257</sup> Den Höhepunkt der Darlegungen Ungvárys bildete eine statistische Auswertung der 801 in der Wehrmachtsausstellung abgebildeten Photographien.

Laut seiner Statistik stellten nur zehn Prozent der verwendeten Aufnahmen tatsächlich Verbrechen von Wehrmachtssoldaten dar. 21 Prozent der Bilder müssten dezidiert anderen Tätergruppen und somit nicht der Wehrmacht angelastet werden, so Ungváry. Bei dem mit 55 Prozent angegebenen Großteil der Bilder gäbe es für Wehrmachtsverbrechen keine Beweise, argumentierte er weiter. „Bei der hohen Fehlerquote der Aussteller liegt die Vermutung nahe, daß viele dieser Bilder in Wahrheit nichts mit Wehrmachtsverbrechen zu tun haben“<sup>258</sup>, rechtfertigte Ungváry in unwissenschaftlicher Art und Weise seine Darstellungen und versuchte so, seine wenig transparente Statistik zu etablieren. Die Mitglieder der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung äußerten sich Ungvárys Auswertung gegenüber kritisch und beurteilten die indirekte Forderung des Historikers, 90 Prozent der Bilder, für die seiner Meinung nach keine Verbrechen der Wehrmacht belegt werden konnten, aus der Ausstellung zu entfernen, als unhaltbar. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten mit der Kommission, sowie den führenden Wissenschaftlern auf diesem Gebiet, rief auch die These Ungvárys hervor, die 6. Armee hätte das exzessive Vorgehen gegen Partisanen ab Sommer 1941 nur eingeleitet, um der steigenden Partisanengefahr Herr werden zu können. Die Historikerkommission kam indes zu der Feststellung, dass im Sommer 1941 keine militärisch bedeutende Gefahr von der sowjetischen Partisanenbewegung ausging. Ausstellungsleiter Hannes Heer sprach sogar von einem „Partisanenkampf ohne Partisanen“<sup>259</sup>. Viel mehr instrumentalisierte die nationalsozialistische Führung die sowjetischen Aufrufe zum Partisanenkampf, um das rücksichtslose Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung „als militärisch notwendige Sicherheitsmaßnahme“<sup>260</sup> rechtfertigen zu können.

---

<sup>257</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.44f.

<sup>258</sup> Ungváry, Bilder. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.593

<sup>259</sup> Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf. In: Heer, (Hg.) Vernichtungskrieg. (Hamburg 1995). S.107

<sup>260</sup> Oldenburg, Ideologie (Köln / Weimar / Wien 2004). S.43

Im Unterschied zu Bogdan Musial, der seine Kritik wissenschaftlich präzise auf die Verwendung von Fotos, welche Verbrechen des NKWD darstellten, beschränkte, attackierte Ungváry die Bilder der Wehrmachtsausstellung auf breiter Basis und mit teilweise gewagter Argumentation. Genau wie Musial erhielt auch Ungváry die Möglichkeit, seine Kritik an der Ausstellung vor der Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtsausstellung darlegen zu können. Ungvárys Beanstandungen wurden im Kommissionsbericht jedoch in den meisten Fällen zurückgewiesen. Zusätzlich warf ihm die Kommission vor, die von ihm kritisierten Aufnahmen völlig aus dem Kontext herauszuheben. Dies wird am Beispiel von Exekutionen in Shitomir sichtbar, wo Ungváry korrekterweise angibt, dass die Hinrichtungen von SD-Angehörigen durchgeführt worden waren, jedoch die Mitwisserschaft und Unterstützung von Mitgliedern der 6. Armee ausblendet. Insbesondere kritisierte die Kommission auch Ungvárys Position in Bezug auf das Massaker von Babij Jar. Der ungarische Historiker zweifelte in seinem tendenziös gehaltenen Vortrag vor der Kommission am 11. Februar 2000 die Zahl von 33 771 jüdischen Opfern an und ging von einer weit geringeren Anzahl aus. Zusätzlich berief sich Ungváry auf Luftaufnahmen vor und nach dem Massaker, wobei er darauf hinwies, dass keine Bodenveränderungen zu entdecken waren, die auf Massengräber hindeuten würden. Die Kritik wurde von der Kommission indes als unakzeptabel zurückgewiesen.

Die von Ungváry angesprochenen Luftaufnahmen sind laut Kommissionsbericht nicht in wissenschaftlichen Arbeiten belegt, sondern wurden ohne Quellennachweis auf einer kanadischen Internetseite mit eindeutigen revisionistischen Tendenzen veröffentlicht.<sup>261</sup> Die Anzahl der Opfer des Massakers, welche im Kommissionsbericht fälschlicherweise sowohl mit 33 771, als auch mit 33 772 Toten beziffert werden, ist durch mehrere Quellen bestätigt und wurde laut Historikerkommission von Seiten der Wissenschaft nie angezweifelt. Ungvárys Kritik erscheint unter diesen Umständen nicht nur als unwissenschaftlich und peinlich, sondern vielmehr als in höchstem Maße tendenziös. Ähnlich wie im Falle des Massakers von Babij Jar, bewertete Ungváry auch die Opferzahlen bei Exekutionen in Charkow trotz eindeutiger Aktenlage als zu hoch gegriffen, wofür er im Kommissionsbericht ebenfalls kritisiert wurde. Trotz Ungvárys teilweise konstruktiver und berechtigter Kritik an der Wehrmachtsausstellung, unterschieden ihn seine unwissenschaftlichen und einseitigen Aussagen wie im Falle des Massakers von Babij Jar deutlich von unvoreingenommenen Historikern wie Bogdan Musial.

---

<sup>261</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.53

In derselben Ausgabe der Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands veröffentlichte auch der Historiker Dieter Schmidt-Neuhaus einen Artikel, in dem er die von den Ausstellungsgestaltern ausgewählten Bilder der Tarnopol-Stellwand kritisierte.<sup>262</sup> Es handelte sich dabei um vier Photographien, deren Verwendung von Schmidt-Neuhaus beanstandet wurde. Ähnlich wie Ungváry kritisierte auch Schmidt-Neuhaus zu Recht, dass Tarnopol nicht im Einsatzraum der 6. Armee lag, über deren Verbrechen in diesem Teil der Ausstellung berichtet wurde. Dass die Ausstellungsmacher diesen Umstand übersehen haben, gilt als nahezu ausgeschlossen, zumal der Historiker Dieter Pohl bereits im Jahr 1996 in einem von ihm herausgegebenen Werk über die Judenverfolgung in Ostgalizien darauf hingewiesen hatte.<sup>263</sup> Zusätzlich, so Schmidt-Neuhaus, zeigten die in der Ausstellung, sowie im Begleitband, abgebildeten Karten deutlich, dass Tarnopol nicht von der 6. Armee besetzt wurde. Warum die Ausstellungsmacher diese Tatsachen ignorierten, ist nicht nachvollziehbar. Schmidt-Neuhaus griff zusätzlich die Quellen an, auf die sich die Bilder der Tarnopol-Stellwand stützten. Dabei kritisierte er beispielsweise einen indirekt überlieferten Feldpostbrief, der aufgrund des Namens seines Absenders als „Franzl-Brief“ bezeichnet wurde.<sup>264</sup> Bei dem Feldpostbrief handelte es sich um eine Abschrift, in welcher der Verfasser den Mord an circa 1 000 Juden bestätigt. Während Bogdan Musial das Schriftstück als Beleg akzeptierte<sup>265</sup>, bezeichnete Schmidt-Neuhaus den „Franzl-Brief“ als fragwürdige Quelle und kritisierte zusätzlich, dass dem Besucher der Ausstellung nicht näher dargelegt wurde, dass es sich bei dem Feldpostbrief nur um eine Abschrift handeln würde.<sup>266</sup>

Mit Hilfe der, mit den vier von Schmidt-Neuhaus untersuchten Bildern versehenen, Tarnopol-Stellwand stellten die Gestalter der Wehrmachtsausstellung den an Juden verübten Pogrom von Wehrmachtssoldaten in Tarnopol dar. Die Fotos stammten aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien und waren auf der Rückseite mit Vermerken ausgestattet, wonach es sich bei den Bildern um Photographien von jüdischen Pogromopfern handeln würde.<sup>267</sup> Schmidt-Neuhaus beanstandete in seinem Artikel, dass es sich bei den auf den Photographien abgebildeten Opfern nicht um bei dem Pogrom getötete Juden handelte. Vielmehr wies der Historiker nach, dass es sich bei drei der vier

---

<sup>262</sup> vgl. Schmidt-Neuhaus, Tarnopol-Stellwand. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.596ff.

<sup>263</sup> vgl. Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens (München 1996). S.63f.

<sup>264</sup> vgl. Hannes Heer, Klaus Naumann, Einleitung. In: Heer, (Hg.) Vernichtungskrieg. (Hamburg 1995). S.271f.

<sup>265</sup> vgl. Musial, Elemente (Berlin / München 2000). S.239ff.

<sup>266</sup> vgl. Schmidt-Neuhaus, Tarnopol-Stellwand. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.597

<sup>267</sup> vgl. Ebendort. S.598

Fotographien nachweislich um Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD handelte. Schmidt-Neuhaus ging davon aus, dass die auf den Bildern zu sehenden Opfer, Leichen von ukrainischen, sowie polnischen Zivilisten darstellen würden. Zusätzlich zeigte eines der Bilder seiner Ansicht nach ermordete deutsche Kriegsgefangene. Lediglich bei einem der vier Fotos konnte Schmidt-Neuhaus nicht nachweislich ausschließen, dass darauf jüdische Pogromopfer der Wehrmacht zu sehen sein würden. Zusammenfassend stellte der Historiker fest, dass keine der auf der Tanopol-Stellwand abgebildeten Photographien Verbrechen von Wehrmachtssoldaten beweisen, beziehungsweise illustrieren, könne.

Im Unterschied zu Bogdan Musial und Krisztián Ungváry wurde Dieter Schmidt-Neuhaus von der Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtausstellung nicht vorgeladen, um seine Beanstandungen vorbringen zu können. Dennoch gingen die Historiker der Kommission auch auf seine Kritik ein. Es ist zu vermuten, dass die Kommission Schmidt-Neuhaus nicht anhörte, da sich die von ihm geäußerte Kritik ausschließlich auf die Ereignisse in Tarnopol bezog und zusätzlich auch Musial und Ungváry Tarnopol in ihren Darstellungen behandelten. Trotz der Tatsache, dass die Aufgabe der Kommission darin bestand, die verwendeten Quellen, sowie die Thesen, die in Form der Ausstellung aufgestellt wurden, zu überprüfen und wissenschaftlich zu bewerten, gingen die Mitglieder der Kommission sehr stark auf die von den Kritikern sowohl mündlich, als auch schriftlich vorgetragenen Beanstandungen an der Wehrmachtausstellung ein. Die Auseinandersetzung der Kommission, mit den die Ausstellung angreifenden Wissenschaftlern, war in ihrer Substanz überzogen, erfolgte jedoch in einem wissenschaftlich sachlichen Rahmen und zeigte inhaltlich relevante Fehler sowie Ungenauigkeiten der Kritiker auf. Im folgenden Abschnitt soll daher näher auf das Zustandekommen und Wirken der Kommission zur Überprüfung der Wehrmachtausstellung eingegangen werden.

#### 4.3.2 Das Gutachten der Historikerkommission und seine Folgen

Am 4. November 1999 gab das Hamburger Institut für Sozialforschung im Rahmen einer Pressekonferenz Verfehlungen innerhalb der Ausstellung zu und wich dem Druck der politischen, medialen und wissenschaftlichen Kritik. Institutsvorstand Jan Philipp Reemtsma kündigte das Moratorium der Ausstellung, sowie deren Prüfung durch ein unabhängiges Gremium, an.<sup>268</sup> Die Wissenschaftler Omer Bartov, Cornelia Brink, Gerhard Hirschfeld,

---

<sup>268</sup> vgl. [www.verbrechen-der-wehrmacht.de/pdf/archivpm\\_vernichtungskrieg1.pdf](http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de/pdf/archivpm_vernichtungskrieg1.pdf) (21. März 2010).

Friedrich Kahlenberg, Manfred Messerschmidt, Reinhard Rürup, Christian Streit und Hans-Ulrich Thamer übernahmen als vermeintlich unabhängige Experten die Überprüfung der Ausstellung und legten, nach einem Jahr der Recherche und Evaluation, im November 2000 dem Hamburger Institut für Sozialforschung den knapp 100 Seiten fassenden Kommissionsbericht vor.<sup>269</sup> Wie bereits an zahlreichen Stellen angemerkt, beschäftigte sich die Kommission eingehend mit der Bilderdebatte und suchte die Ereignisse anhand der Quellen nachzuzeichnen, sowie auf Fehler hinzuweisen. Die Wissenschaftler bestätigten den schockierenden Effekt der Bilder, welche laut Meinung der Kommission das entscheidende Stilmittel der Ausstellung darstellten. Jan Philipp Reemtsma rückte hingegen lange Zeit die Bedeutung der Texte in den Vordergrund.<sup>270</sup> „Tatsächlich ist diese Ausstellung eine Textausstellung, die [nur] Photomaterial heranzieht, um bestimmte Dinge, die dokumentiert werden, zu illustrieren und zu veranschaulichen“<sup>271</sup>, argumentierte er beispielsweise 1997 im Rahmen einer Fachtagung in Bremen.

Weiters deckte die Kommission unseriöse Praktiken der Ausstellungsmacher bei der Angabe der Herkunft des verwendeten Fotomaterials auf. Neben kleineren Fehlern und Mängeln ließen die Ausstellungsgestalter wissenschaftliche Arbeitsweisen vermissen, indem sie beispielsweise für Photographien, die aus einem Buch übernommen wurden, ein Archiv als Quelle angaben. In zwei Fällen wurden auch Standbilder aus Filmaufnahmen für die Ausstellung herangezogen, jedoch nicht als solche ausgewiesen.<sup>272</sup> Neben den Herkunftsangaben beurteilte die Kommission auch die Beschriftung der Photographien kritisch. Vielfach wurden Zeit und Ort der Aufnahme eines Fotos in der Ausstellung nicht genannt, obwohl diese Daten vorhanden waren. In zahlreichen Fällen ersetzten die Ausstellungsgestalter die Archivbeschriftung durch einen abweichenden Text, ohne dass sie dafür Belege anführen konnten. „Manche Bildunterschriften lassen auch den Laien erkennen, daß die Veranstalter in einzelne Bilder mehr hineingelesen haben, als ihnen entnommen werden kann“<sup>273</sup>, urteilte der Publizist Günther Gillessen diesbezüglich kritisch. Gleichzeitig beanstandete der Kommissionsbericht aber auch zahlreiche unrichtige Aufzeichnungen zu Photographien in den Archiven selbst. Im Falle der Bilder der Tarnopol Stellwand wurden die fehlerhaften Aufzeichnungen aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen

---

<sup>269</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.1ff.

<sup>270</sup> vgl. Weser-Kurier, „Da fehlt wirklich jede intellektuelle Balance“. Interview von Arn Strohmeier mit Jan Philipp Reemtsma. 21.11.1996. In: Donat, Strohmeier, (Hg.) Befreiung (Bremen 1997). S.171

<sup>271</sup> Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.95

<sup>272</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.27f.

<sup>273</sup> Günther Gillessen, Die Ausstellung zerstört nicht eine Legende – sie baut eine neue auf. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. 06.04.1997

Widerstandes ungeprüft übernommen. Aufgrund der unrichtigen Beschriftung ordneten die Ausstellungsgestalter die Photographien in einen falschen Kontext ein.

In Bezug auf die in der Ausstellung gezeigten Bildsequenzen fällt die Kommission ein vernichtendes Urteil. Vielfach wurden, um schockierende Effekte beim Besucher zu erzielen, Verbrechen mit aussagekräftigen Fotos illustriert, obwohl die verwendeten Bilder nicht in den Kontext passten. Zahlreiche Fotos stellten somit keine Beweise für Verbrechen im juristischen Sinne dar, sondern illustrierten diese nur. Die Wehrmachtausstellung „zeigt im einzelnen das unabstreitbar Richtige und führt doch im Ganzen in die falsche Richtung“<sup>274</sup>, urteilte der Historiker Christian von Krockow über die Vorgehensweise der Ausstellungsgestalter. Die massenhafte Aneinanderreihung der aussagekräftigen Bilder rief bei den Besuchern einen Verstärkungseffekt hervor und führte zu einer Schockwirkung. Während die Darstellung in manipulierender Art und Weise erfolgte, sprach die Kommission die Ausstellungsgestalter aber zumindest vom Fälschungsvorwurf der Fotos frei. Es fanden sich keine Hinweise, dass die Bilder, abgesehen von unbeabsichtigten Fehlern, wie beispielsweise einer seitenverkehrten Reproduktion von zwei Photographien, nachhaltig verändert wurden.

Die unzureichende Beschriftung der Fotos führte dazu, dass die in der Sowjetunion begangenen Verbrechen von Soldaten der Wehrmacht nicht stark genug von Verbrechen anderer Organisationen wie der SS oder der Polizei abgegrenzt wurden. Vor allem die Partisanenbekämpfung zeichnete sich durch ein hohes Maß an Zusammenarbeit aus. „Größere so genannte Bandenbekämpfungsaktionen erforderten fast durchwegs eine enge Koordination zwischen Wehrmacht und SS.“<sup>275</sup> Die Ausstellungsgestalter verabsäumten es laut Kommissionsbericht über weite Strecken jedoch, den Anteil der Wehrmacht an den Verbrechen herauszuarbeiten und die Verantwortung für die Vergehen differenziert darzustellen. Vielfach war in der Ausstellung nicht ersichtlich, ob ein abgebildetes Verbrechen von Wehrmachtseinheiten verübt wurde, ob es eine Hilfeleistung bei der Verübung der Tat durch die Wehrmacht gab, oder ob es sich um eine Mitwisserschaft der Wehrmacht handelte. Von den 1433 in der Ausstellung präsentierten Photographien hätten laut den Recherchen der Kommission allerdings weniger als 20 Bilder nicht gezeigt werden dürfen. Darunter fielen neben jenen Fotos, welche Opfer des NKWD abbildeten, Aufnahmen

---

<sup>274</sup> Christian Graf von Krockow, Zwei Pole, die das Verhängnis bargen. Anständigbleiben inmitten der Verbrechen? In: Die Welt. 05.04.1997

<sup>275</sup> Pohl, Kooperation. In: Hartmann, (Hg.) Verbrechen (München 2005). S.111

von finnischen oder ungarischen Soldaten. Die Darstellung von Fotos, welche Verbrechen von SS, SD oder anderen Einheiten abbildeten die nicht zur Wehrmacht gehörten, befürworteten die Mitglieder der Kommission hingegen, insofern die Wehrmacht an den Verbrechen mitgewirkt hatte oder aber die abgebildeten Einheiten der Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt unterstellt waren.<sup>276</sup>

Insgesamt äußerte sich die Kommission besorgt über die mangelnde Kompetenz der Ausstellungsgestalter, sowie deren Kritiker, im Umgang mit photographischem Material in Zusammenhang mit wissenschaftlicher Forschung. Gleichzeitig wurde dem Hamburger Institut für Sozialforschung eine gründliche Überarbeitung des Fototeils der Ausstellung auf Basis der durch die Debatte im Allgemeinen, sowie durch die Angaben der Kommission und der Kritiker im Besonderen, gewonnenen Erkenntnisse nahe gelegt. Was die Ausstellungspräsentation betraf, übten die Mitglieder der Kommission in erster Linie Kritik am Übergewicht der Fotos im Vergleich zu den Texten. Jan Phillip Reemtsmas Darstellung, dass die Ausstellung laut Museumspädagogen sogar zu viel Text enthalte, konnte die Kommission nichts abgewinnen.<sup>277</sup> Diese urteilte hingegen: „Dokumente werden im Vergleich zur Dominanz der Fotos eher sparsam und überdies teilweise verkürzt eingesetzt. Dies führt an einigen Stellen zu unzulässigen inhaltlichen Auslassungen, die sich nicht allein mit didaktischen Überlegungen rechtfertigen lassen.“<sup>278</sup> Die verwendeten Texte wurden im Kommissionsbericht zusätzlich als plakativ und zugespitzt beschrieben.

Am Ende des Kommissionsberichtes merkten die Autoren kritisch an, dass sich die Ausstellungsgestalter nicht intensiv genug mit der an der Wehrmachtsausstellung geübten Kritik auseinandergesetzt haben. Das spätestens durch die wissenschaftlichen Veröffentlichungen im Herbst 1999 aufgetretene Glaubwürdigkeitsproblem der Ausstellung entstand laut Kommission nicht ausschließlich aufgrund von illustrativ verwendeten Photographien, welche nicht in den Kontext passten, sondern mehrheitlich aufgrund der mangelnden Offenheit und Kritikfähigkeit der Ausstellungsgestalter. Als Beispiel kann hier eine Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 angeführt werden, auf der Ausstellungsleiter Hannes Heer unmissverständlich klarstellte: „Hätte die Absicht dieser Fachtagung gelautet, wir sollten über eine veränderte, verbesserte Ausstellung diskutieren, wären wir nicht hierher

---

<sup>276</sup> vgl. Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.85f.

<sup>277</sup> vgl. Weser-Kurier, Balance. 21.11.1996. In: Donat, Strohmeyer, (Hg.) Befreiung (Bremen 1997). S.171

<sup>278</sup> Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.88

gekommen“<sup>279</sup>. Zusätzlich gingen die Ausstellungsmacher mit drastischen Mitteln selbst gegen wissenschaftlich seriös argumentierende Historiker vor.

Die von der Historikerkommission überprüften Thesen und Sachaussagen zu den einzelnen Ausstellungskapiteln lieferten ambivalente Ergebnisse und ermöglichten es den Mitgliedern der Kommission einerseits, inhaltliche Versäumnisse, Ungenauigkeiten und plakative Übertreibungen aufzuzeigen. Andererseits bestätigte die Kommission zutreffende Sachaussagen der Ausstellungsgestalter und verteidigte die, nach ihrer Ansicht wissenschaftlich korrekten, Thesen gegenüber Kritikern der Wehrmachtsausstellung. Der über weite Strecken unwissenschaftliche Umgang mit dem aus Archiven und privaten Sammlungen stammenden Fotomaterial wurde von den Mitgliedern der Kommission jedoch klar aufgezeigt. Als verantwortlicher Leiter beteuerte Hannes Heer im Katalog zur Wehrmachtsausstellung: „Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen. Sie will eine Debatte eröffnen über das – neben Auschwitz – barbarischste Kapitel der deutschen und Österreichischen Geschichte, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von 1941 bis 1944.“<sup>280</sup> Während Letzteres in einem beeindruckenden Ausmaß gelang, wurde die Ausstellung ihrem Anspruch ein differenziertes Urteil über die Wehrmachtssoldaten abzugeben jedoch nicht gerecht. „Sie erweckt vielmehr durch die Art der Präsentation der Bild- und Textdokumente den Eindruck, dass die dargestellten Verbrechen der Wehrmacht mehr oder weniger unterschiedslos zuzurechnen seien“<sup>281</sup>, kritisierte die Kommission.

Der durch die Historikerkommission angefertigte Bericht stellte letztlich ein Ausstiegsszenario für die Wehrmachtsausstellung dar und ermöglichte der Schau einen zumindest halbwegs würdevollen Abgang. Zwar sparte die eingesetzte Kommission nicht mit Kritik und zeigte die Fehler der Ausstellungsmacher deutlich auf, gleichzeitig bestätigten die Wissenschaftler aber die Kernaussagen der Schau und milderten in ihrem Resümee die Fehler der Gestalter herab. Die teilweise gravierenden Mängel der Schau wurden von der Kommission sehr wohl registriert und im Bericht auch benannt, in den Schlussfolgerungen jedoch beschönigend dargestellt. „Die Überprüfung der verwendeten Bild- und Textdokumente in den benutzten Archiven hat zwar manche Ungenauigkeiten und in einigen Fällen auch falsche Zuschreibungen zu Tage gefördert, insgesamt aber die Intensität und

---

<sup>279</sup> Thiele, (Hg.) Wehrmachtsausstellung (Bremen 1997). S.165

<sup>280</sup> Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Vernichtungskrieg. (Hamburg 1996). S.7

<sup>281</sup> Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.81



Seriosität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit bestätigt<sup>282</sup> ist beispielsweise gegen Ende des Berichts zu lesen. Diese viel zu nachsichtige Bewertung steht in deutlichem Gegensatz zu den von derselben Kommission dargelegten Fehlern der Schau.

Interessant ist vor allem, dass die Kommission mit den Kritikern der Wehrmachtsausstellung weit strenger verfuhr als mit den Ausstellungsgestaltern, wobei sich die Tatsache, dass die Kommission die Kritiker der Schau pauschal angriff, als besonders fragwürdige Vorgangsweise herausstellte.<sup>283</sup> Vor allem dem seriös auftretenden Musial wurde diese Verallgemeinerung nicht gerecht. Zwar setzte sich die Kommission mit Kritikern wie Ungváry und Musial auch individuell auseinander, pauschale Vorwürfe gegen alle Ausstellungsgegner stellten aber keine Einzelfälle dar. In Bezug auf Musial handelte es sich bei den Anschuldigungen der Kommission um zum Teil völlig unhaltbare Behauptungen. So äußerte die Kommission beispielsweise, die Kritiker würden sich vielfach auf Thesen in älteren Werken berufen, „ohne festzustellen, ob diese Thesen nach dem derzeitigen Stand der Forschung noch haltbar sind“<sup>284</sup>. Besonders bedenklich stimmt zudem auch, dass Musial durch die pauschalen Darstellungen der Kommission auf eine Stufe mit in höchstem Maße unwissenschaftlich agierenden Kritikern wie zum Beispiel Rüdiger Proske gestellt wurde.

Der Grund für die milde Beurteilung der Ausstellung durch die Kommission, sowie ihr hartes Vorgehen gegen die Kritiker der Schau, liegt bei genauerer Betrachtung ihrer Zusammensetzung auf der Hand. „So gehörten Gerhard Hirschfeld, Christian Streit, Manfred Messerschmidt und Cornelia Brink dem wissenschaftlichen Beirat des „Vereins zur Förderung der Ausstellung: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ an, der im Sommer 1999 die Trägerschaft der Ausstellung übernahm. Der Beirat verlieh der Ausstellung das Prädikat der wissenschaftlichen Seriosität. Friedrich Kahlenberg war Mitglied des Fördervereins, Omar Bartow für die geplante und dann abgesagte Ausstellung in den USA organisatorisch verantwortlich.“<sup>285</sup> Mit Hans-Ulrich Thamer und Reinhard Rürup gehörten der Kommission lediglich zwei, in ihrer Beurteilung nicht befangene, Mitglieder an. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen muss die Zusammenstellung der Kommission durch den Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung Jan Philipp Reemtsma als höchst fragwürdig angesehen werden.

---

<sup>282</sup> Ebendort (o.O. 2000). S.91

<sup>283</sup> vgl. Musial, Wanderausstellung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 49, 2001. S.729

<sup>284</sup> Hirschfeld, (Hg.) Bericht (o.O. 2000). S.84

<sup>285</sup> Musial, Wanderausstellung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 49, 2001. S.730

Gleichzeitig zog Reemtsma jedoch die richtigen Schlüsse aus den Fehlern der Schau. Die Ausstellung wurde gestoppt, ihr Besuch in den USA abgesagt und Hannes Heer sowohl als Ausstellungsleiter, wie auch als Mitarbeiter des Instituts entlassen. In Form der als Neuauflage der Wehrmachtsausstellung angesehenen Schau „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ fand die Darstellung von Vergehen der Wehrmachtssoldaten im Ostfeldzug des Zweiten Weltkriegs ab 27. November 2001 ihre Fortsetzung. Die zweite, von Ulrike Jureit gestaltete, Ausstellung fiel wesentlich objektiver und seriöser aus, als die in den Jahren 1995 bis 1999 gezeigte Schau. Zwar unterschieden sich die in der Ausstellung angesprochenen Themenbereiche kaum von der ersten Fassung der Schau, auf eine provozierende und emotionale Form der Darstellung wurde jedoch verzichtet. Anstelle von pauschalen Anschuldigungen überzeugte die Neufassung der Wehrmachtsausstellung mit Objektivität und Sachlichkeit. Sie stellte eine „nüchterne Dokumentation der Involvierung der Wehrmacht in den Vernichtungskrieg“<sup>286</sup> dar.

Entscheidend war in erster Linie, dass in der Neuauflage keine Fotos verwendet wurden, „deren Provenienzen nicht geklärt und die nicht durch die übrigen Materialien zureichend kontextualisiert werden“<sup>287</sup> konnten. Diese wissenschaftliche Vorgangsweise hatte freilich zur Folge, dass zahlreiche private Landseraufnahmen aus der Ausstellung entfernt wurden. Gerade diese Fotos, die den „einfachen“ Soldaten beim Morden zeigten, stellten das unglaublich polarisierende Charakteristikum der ersten Ausstellung dar, weshalb Hannes Heer resigniert feststellte: „Die privaten Fotos der Landser sind verschwunden. Ihre grinsenden Gesichter vor den baumelnden, erfrorenen Erhängten, ihre Pistolen am Genick der Opfer, ihre Stiefelspitzen an den ausgehobenen Gruben voller Leichen, das alles durfte nicht mehr sein, existierte nicht mehr als aussagekräftige Quelle – angeblich, weil man nicht mehr ermitteln kann, wer der Fotograf war, wo und wann das Bild entstand, in welchem Fotostudio es entwickelt wurde, wer es besessen hat und wann und wie es in welches Archiv gekommen ist.“<sup>288</sup>

Tatsächlich verlor die zweite Ausstellung durch die Entfernung privater Bilddokumente und bedingt durch die Änderung des gesamten Konzepts ihre provozierende und polarisierende

---

<sup>286</sup> Alexander Pollak, Die Historisierung eines Tabubruchs. Von der umstrittenen Entmythologisierung des Bilds der „sauberen Wehrmacht“ zur versachlichten Dokumentation des Vernichtungskrieges: ein Vergleich der beiden Wehrmachtsausstellungen. In: *zeitgeschichte*, Jg. 29, Heft 3/4. 2002. S.62

<sup>287</sup> Reemtsma, Ausstellungen. In: *Mittelweg* 36, Heft 3, 2004. S.66

<sup>288</sup> Heer, *Verschwinden* (Berlin 2004). S.53

Wirkung. Auf „dramatische Inszenierungen“<sup>289</sup>, wie in der ersten Version der Schau verzichtete die Neuauflage der Ausstellung. An ihre Stelle trat eine nüchterne, aber wissenschaftliche, Beweisführung. „Die Fotos der ersten Ausstellung leisteten viel. Sie zeigten einiges von der Realität des Vernichtungskriegs, gaben zu denken und zu fragen: nach den Tätern und den Tatzeugen, nach diejenigen, die im Bild festhielten, was sie beobachteten. Doch beantworten konnte die Ausstellung diese Fragen, die sich jedem stellten, der sie besuchte, nicht.“<sup>290</sup> Dafür stellte sich die Recherche als zu oberflächlich und ungenau heraus. Erst die zweite Ausstellung konnte diese Antworten liefern. In differenzierter Form und unter der Heranziehung zahlreicher Schriftdokumente klärte sie Fragen über Schuld und Verantwortung. Einschätzungen, wonach die zweite Ausstellung ein unspektakulär gestaltetes „Imperium der Texte“<sup>291</sup> gewesen sei, beziehungsweise lediglich „ein begehbares Buch“<sup>292</sup> dargestellt hätte, spiegelten sich im Besucherinteresse nicht wieder. Insgesamt wurde die Schau von mehr als 400 000 Menschen gesehen. Hierbei darf jedoch freilich nicht übersehen werden, dass die Neufassung noch von der medialen Polarisierung der ersten Wehrmachtsausstellung profitierten konnte, die auf den folgenden Seiten näher dargestellt werden soll.

#### 4.4 Medien – Zwischen neutraler Berichterstattung und einseitiger Hetze

Die Berichterstattung der Medien spielte für die Wahrnehmung der zwischen 1995 und 1999 laufenden Schau eine entscheidende Rolle. Je höher sich das mediale Interesse darstellte, desto mehr Besucher wurden auf die Wanderausstellung aufmerksam und besichtigten die Schau. Die Berichterstattung in der Presse stand dabei in einem direkt proportionalen Verhältnis zum Besucheranstrom.<sup>293</sup> Die rund um die Schau aufgeworfenen Skandale beflügelten ihre Wahrnehmung zusätzlich. Zu Ausstellungsbeginn erreichte die Berichterstattung über die Wehrmachtsausstellung jedoch lediglich lokale Ausmaße. Auch die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland, sowie die Republik Österreich, im Jahr 1995 dem 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs gedachten, verhalf dem Ausstellungsprojekt zu keiner signifikanten Präsenz in den überregional erscheinenden Zeitungen. Die ersten Berichte über die Ausstellung waren großteils positiv, beziehungsweise

---

<sup>289</sup> Ulrike Jureit, „Zeigen heißt verschweigen“. Die Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht. In: Mittelweg 36, Heft 1, 2004. S.11

<sup>290</sup> Reemtsma, Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.71

<sup>291</sup> Helmut Lethen, Der Text der Historiografie und der Wunsch nach einer physikalischen Spur. Das Problem der Fotografie in den beiden Wehrmachtsausstellungen. In: zeitgeschichte, Jg. 29, Heft 3/4. 2002. S.76

<sup>292</sup> Reemtsma, Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.70

<sup>293</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.72

wertneutral abgefasst. Zu Kritik über die Einseitigkeit der Schau kam es lediglich vereinzelt. Im Wesentlichen wurde sie in den ersten Wochen ihrer Präsentation als ein gelungener Beitrag zum Umgang mit der Erinnerungskultur wahrgenommen.

Auch der Besuch der Wehrmachtsausstellung in den beiden Hauptstädten Berlin und Wien führte nur peripher zu einer erhöhten medialen Aufmerksamkeit. So brachte beispielsweise erst die Affäre Gudenus die Wanderausstellung auf die ersten Seiten der österreichischen Zeitungslandschaft. Insgesamt nahm das mediale Interesse die Form von Wellenbewegungen an. Eine konstant, gleichmäßige Berichterstattung steigerte sich bedingt durch politische Aufreger, beziehungsweise durch wissenschaftliche Enthüllungen, um kurze Zeit später wieder abzuebben. Ihren Höhepunkt erreichte die mediale Wahrnehmung im Frühjahr 1997 im Rahmen der Präsentation der Wehrmachtsausstellung in München. An keinem anderen Ausstellungsort polarisierte die Schau so intensiv wie in der, von den Nationalsozialisten als Hauptstadt der Bewegung bezeichneten, bayrischen Landeshauptstadt. „Noch bevor die erste Stellwand in München stand, wurde das Projekt unter einer Lawine von Vorurteilen begraben. In München kulminierte und explodierte eine Debatte, die mit der ersten Präsentation der Ausstellung im Frühjahr 1995 in Hamburg mit begonnen hatte. Diskutable Einwände und Halbwahrheiten, Gerüchte und Klischees bliesen sich in München zu bedrohlicher Größe auf.“<sup>294</sup> Nicht nur innerhalb Deutschlands sorgte die Eskalation der Debatte in München wochenlang für Aufregung. Über den Neonazi-Aufmarsch am 1. März 1997 berichtete auch die internationale Presse durchaus umfangreich.<sup>295</sup> Dass die Wahrnehmung Deutschlands im Ausland aufgrund der düsteren Berichte über die Umtriebe der rechtsradikalen Szene denkbar schlecht ausfiel, versteht sich von selbst.

Die mediale Aufregung in München führte neben der Polarisierung vor allem zu einem immensen Besucheranstrom. Zusätzlich wirkte sich der Hype auch auf die Besucherzahlen in den Städten Frankfurt und Bremen aus. Bereits in München erreichte die Wanderausstellung mehr als 88 000 Menschen. Am nächsten Ausstellungsort gestaltete sich der Zustrom noch größer. 95 000 Interessenten strömten in die Frankfurter Paulskirche, um die Wehrmachtsausstellung sehen zu können.<sup>296</sup> Erst ab Mai 1997 begann das Interesse langsam nachzulassen. Die Ereignisse von München wirkten dennoch bis zum Ende der Schau im

---

<sup>294</sup> Heribert Prantl, Fallbeispiel: Die Wehrmachtsausstellung in München. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.231

<sup>295</sup> Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.157f.

<sup>296</sup> vgl. Reemtsma, Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.57

November 1999 nach. Ab dem Frühjahr 1997 wurde die Wehrmachtsausstellung sowohl in Deutschland, als auch in Österreich, mit den Eskalationen in München in Zusammenhang gebracht, was das Besucherinteresse nachhaltig beeinflusste. Ein ähnlich durchdringendes Presseecho, das zumindest in Ansätzen mit der medialen Wahrnehmung der Wehrmachtsausstellung im Frühjahr 1997 konkurrieren konnte, stellte sich erst im Spätherbst 1999 wieder ein, als die Medien auf die Erkenntnisse des Historikers Bogdan Musial reagierten, der zu diesem Zeitpunkt detailliert nachweisen konnte, dass die Wanderausstellung Opfer des NKWD als Opfer der deutschen Wehrmacht ausgewiesen hatte.

Für die Presse stellten diese Enthüllungen einen Skandal ersten Ranges dar. Während die Ausstellung von seriösen Zeitungen in den vergangenen Jahren bereits vorschnell als wissenschaftlich und korrekt beschrieben worden war, wurde sie ab Ende Oktober 1999 von den Medien gezielt zu Fall gebracht. Gleichzeitig avancierte Musial für wenige Tage zum umringten Medienstar. „Ende Oktober 1999 kamen zwei Wochen, in denen buchstäblich keine der überregionalen Tageszeitungen ohne Artikel über die Ausstellung – und meistens auf der ersten Seite – erschien. Dieser publizistische Sturm war beispiellos“<sup>297</sup>. Dem Druck der Presse weichend, erklärte Jan Philipp Reemtsma am 4. November 1999 schließlich den Rückzug der Ausstellung. Der Wehrmachtsausstellung war es, nicht zuletzt dank ihrer Polarisierung und der darauf folgenden Präsenz in den Medien, gelungen, das Bild von der sauberen und ritterlich kämpfenden Wehrmacht in der breiten Öffentlichkeit nachhaltig zu zerstören. Um diesen Erfolg nicht zu gefährden, entschloss sich Reemtsma schließlich am 4. November 1999 zum Rückzug. Der mediale Hype rund um die Ausstellung ebte daraufhin rasch wieder ab. Die Überprüfung der Schau durch eine Historikerkommission wurde von der Presse weniger stark wahrgenommen. Lediglich die Präsentation des im November 2000 fertig gestellten Kommissionsberichtes, sowie dessen Ergebnis, wurden in der Presse noch einmal interessiert zur Kenntnis genommen.<sup>298</sup> Die mediale Berichterstattung nahm jedoch keineswegs Ausmaße wie im Frühjahr 1997, beziehungsweise im Spätherbst 1999, an.

Die Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich, die mediale Wahrnehmung betreffend, waren freilich eklatant. Trotz der Mitwirkung von österreichischen Forschern und der Präsentation der Schau in sechs österreichischen Städten, blieb die Wehrmachtsausstellung ein in Deutschland deutlich stärker wahrgenommenes Projekt. Dies lag, neben den einzigartigen Vorkommnissen in München, unter anderem auch daran, dass

---

<sup>297</sup> Ebendort. Heft 3, 2004. S.65

<sup>298</sup> vgl. Jureit, (Red.) Verbrechen (Hamburg 2002). S.729

mit der Verabschiedung der Schau aus Salzburg am 13. April 1998 das Thema Wehrmachtsausstellung für die Republik Österreich als abgeschlossen galt. So spielte zwar die Münchner Debatte in der Medienlandschaft der Alpenrepublik noch einige Monate eine wesentliche Rolle und wirkte sich auch maßgeblich auf das Interesse an der Schau in Graz und Salzburg aus, das mediale Interesse an der Wanderausstellung stellte sich jedoch spätestens ab Sommer 1998 als Enden wollend dar. Zusätzlich kam hinzu, dass die Mitwirkung der österreichischen Historiker an der Bilderdebatte in lediglich bescheidenem Ausmaß erfolgte. Letztendlich blieben Berichte über die Wehrmachtsausstellung innerhalb der österreichischen Medienlandschaft nach dem Ende der Ausstellung in Salzburg Mangelware. Einzig das Moratorium für die Ausstellung erweckte noch einmal das Interesse der Presselandschaft. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Rücknahme der Wanderausstellung für Österreich keine direkte Auswirkung mehr hatte.

Sowohl in Deutschland, als auch in Österreich, spielten die Printmedien und hier in erster Linie die Tageszeitungen eine bedeutende Rolle in der medialen Berichterstattung rund um die Wehrmachtsausstellung. Dabei fielen in beiden Ländern die Qualitätszeitungen mit großteils ausgewogener, sowie neutraler und kompetenter Berichterstattung auf. Die Ausstellung wurde in den Medien vielfach gelobt und ein Besuch selbiger in der Regel empfohlen. Freilich gab es in den ersten Jahren auch zahlreiche sehr unkritisch gestaltete Beiträge. So pries *Der Standard* im Oktober 1995 beispielsweise die sorgfältige und genaue Recherchearbeit der Ausstellungsgestalter.<sup>299</sup> Mit Fortdauer der Wehrmachtsausstellung wurde jedoch auch Kritikern der Schau vermehrt Beachtung geschenkt. Ähnlich wie in der Politik bildeten sich auch in den Printmedien rasch unterschiedliche Positionen heraus. In Deutschland gewährten die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau* sowie *Die Zeit* den Ausstellungsbefürwortern breiten Raum und bezogen eine liberale Position. In den abgedruckten Artikeln verwiesen sie vielfach auf die durch Wehrmachtssoldaten begangenen Verbrechen und mahnten eine Auseinandersetzung mit der dunklen Vergangenheit ein. Unterdessen schlugen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, sowie *Die Welt* eine konservativere Linie in der Debatte ein.<sup>300</sup> In beiden Periodika wurde die Wehrmachtsausstellung sehr kritisch beurteilt und ihre Einseitigkeit als schwerwiegender Mangel hervorgehoben.

---

<sup>299</sup> vgl. *Der Standard*, Ausstellung. 19.10.1995

<sup>300</sup> vgl. Klotz, Ausstellung. In: Bald, Klotz, Wette, *Mythos* (Berlin 2001). S.149ff.

In der österreichischen Medienlandschaft gestaltete sich die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung anders als in Deutschland. Die Qualitätszeitungen nahmen die Wanderausstellung großteils als positiven Beitrag für den Umgang mit der Erinnerungskultur wahr und äußerten sich nur sehr verhalten kritisch. Selbst bürgerlich-liberal bis konservativ eingestellte Zeitungen, wie beispielsweise Die Presse oder die Kleine Zeitung, konnten der Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung viel Positives abgewinnen.<sup>301</sup> Die Qualitätszeitungen schufen durch ihre liberale Haltung ein deutliches Gegengewicht zur Kronen Zeitung, die ihrer Ausrichtung als Boulevardblatt in der Debatte alle Ehre machte und einseitig, sowie hetzerisch gegen die Wehrmachtsschau auftrat. Die Krone stellte sich von Beginn an der Ausstellung entgegen und nahm, bedingt durch ihre Auflagenstärke, eine herausragende Position als unumstrittenes Sprachrohr der Ausstellungsgegner ein. Das Auftreten der Krone prägte die Debatte in Österreich nachhaltig und stellte zudem ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zur medialen Berichterstattung in Deutschland dar, wo sich die Boulevardpresse, allen voran die sensationsorientierte Bild, weitgehend aus der Debatte heraushielt.

Neben der Tagespresse nahmen sich auch die Nachrichtenmagazine der Wehrmachtsausstellung an. In Österreich behandelten vor allem News und profil im Rahmen ihrer Berichterstattung die Debatte rund um die Verbrechen der Wehrmacht, während sich in Deutschland die Magazine Der Spiegel sowie Focus mit der Wanderausstellung auseinandersetzten. Ähnlich wie zahlreiche Tageszeitungen empfangen auch die österreichischen Nachrichtenmagazine die Wehrmachtsausstellung mit wohlwollenden Kommentaren. So lobte die Zeitschrift News anlässlich der Präsentation der Ausstellung in Wien etwa die penible und akribische Arbeitsweise der Ausstellungsgestalter<sup>302</sup>, während sich auch das Hochglanzmagazin profil deutlich hinter die Wehrmachtsausstellung stellte und in diesem Zusammenhang das skandalöse Geschichtsverständnis des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider scharf verurteilte.<sup>303</sup> Insgesamt trugen die Eskapaden innerhalb der FPÖ, wie die Affäre Gudenus oder das Auftreten des Kärntner Landeshauptmannes, zusätzlich dazu bei, dass nicht nur liberal eingestellte Journalisten wie profil-Herausgeber Hubertus Czernin die Präsentation der Wehrmachtsausstellung in österreichischen Städten offen begrüßten und als geschichtspolitisch notwendig erachteten.

---

<sup>301</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.134

<sup>302</sup> vgl. News, Streitfall Wehrmacht. „Saubere“ Soldaten, „böse“ SS? Eine Ausstellung in Wien räumt mit dem Mythos der „braven“ Wehrmacht auf. Haider und Veteranen machen mobil. Heft 41, 12.10.1995.

<sup>303</sup> vgl. profil, Haiders anständige Menschen. Nach Bekanntwerden seines Auftritts vor Veteranen der Waffen-SS braut sich über Jörg Haider das schlimmste Gewitter seiner Karriere zusammen. Heft 52, 23.12.1995.

In Deutschland fiel vor allem das Nachrichtenmagazin Focus von Beginn an mit sehr negativer und abwertender Berichterstattung gegen die Wanderausstellung auf. Im April 1997 griff Focus die Ausstellungsmacher rund um Hannes Heer beispielsweise frontal an und konfrontierte die Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung mit schwerwiegenden Fälschungsvorwürfen.<sup>304</sup> Weitere Attacken folgten in regelmäßigen Abständen und kompromisslosem Stil. Als das Hamburger Institut für Sozialforschung zu Beginn des Jahres 1998 ein Verzeichnis mit Korrekturen und Ergänzungen zu einigen in der Ausstellung gezeigten Bildern präsentierte, hetzte das Magazin beispielsweise: „Mit der Liste entlarvt sich Ausstellungsmacher Hannes Heer als Lügner.“<sup>305</sup> Nach der Bekanntgabe der Überarbeitung, lästerte Focus weiterhin in beleidigendem Ton: „Die Ausstellung übernahm Bilder mit irgendwelchen Bildlegenden aus irgendwelchen Archiven – massenhaft und ungeprüft. Heer und Reemtsma, zwei unerschrockene Heroen der Volksaufklärung, sind entzaubert als Schlamper und Stümper.“<sup>306</sup> Der Spiegel hingegen berichtete ausgewogener und gewährte sowohl Befürwortern, als auch Kritikern der Ausstellung die Möglichkeit ihre Argumente auszubreiten.

Eine interessante Nebenrolle in der medialen Berichterstattung über die Ausstellung nahmen die von den politischen Gruppierungen herausgegebenen Parteizeitungen ein. Trotz ihrer geringen Auflage spielten sie eine im Diskurs nicht unerhebliche Rolle und brachten einzelne Debatten durch ihr Auftreten sogar erst richtig in Gang. Ein Beispiel dafür stellte der Gastkommentar von Landeshauptmann Franz Schausberger in der Salzburger Volkszeitung dar<sup>307</sup>, der sich schließlich zur in den Salzburger Nachrichten geführten Kontroverse zwischen dem Landeshauptmann und dem Historiker Gerhard Botz ausweitete. Ebenfalls großes Aufsehen erregte ein hetzerisch verfasster Artikel der CSU-Parteizeitung Bayernkurier. In beschämender Art und Weise empörte sich der Autor darüber, „dass gerade Vertreter der Linken, die nie den Versuch unternommen haben, die grauenvollen Verbrechen des weltweiten Sozialismus von 1917 bis in unsere Tage anzusprechen, geschweige denn aufzuarbeiten, nun, 50 Jahre nach dem Krieg, daran arbeiten, die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegenüber Deutschland noch zu verschärfen und einen moralischen

---

<sup>304</sup> vgl. Focus, Illustration. Heft 17, 21.04.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.202ff.

<sup>305</sup> Focus, Lästige Botschaft aus Warschau. Ausstellungsmacher Hannes Heer präsentiert längst überfällige Korrekturen und entlarvt sich endgültig als Lügner und Fälscher. Heft 6, 02.02.1998.

<sup>306</sup> Focus, Demontage der Dilettanten. Fiasko für die angeblichen Volksaufklärer Reemtsma und Heer: Die Bilderschau wird wegen schwerer Fehler gestoppt. Heft 45, 08.11.1999.

<sup>307</sup> vgl. Die „Schausberger-Botz-Kontroverse“. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung. (Salzburg / Wien 1999). S.232f.



Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen.“<sup>308</sup> Diese unangemessenen und radikalen Ausbrüche des Bayernkuriers führten nicht nur zu einer stärkeren Polarisierung des Münchner Diskurses, sie begünstigten auch das Verhalten rechtsextremer Gruppierungen, wie der NPD. Eine insgesamt einseitige Berichterstattung kann den Parteizeitungen jedoch nicht nachgesagt werden. So bemühte sich das ÖVP-Organ Neues Volksblatt während der Präsentation der Wanderausstellung in Linz beispielsweise „um eine ausgewogene, faire und differenzierte Berichterstattung“<sup>309</sup>.

Radikale Stellungnahmen wurden zwar ebenfalls in zahlreichen deutschen und österreichischen Zeitungen wahrgenommen. Bei den Autoren handelte es sich jedoch nicht um renommierte Journalisten, sondern um Leserbriefschreiber. Die nicht selten von Kriegsteilnehmern, beziehungsweise Zeitzeugen verfassten Kommentare stellten häufig einen starken Kontrast zu den seriös bearbeiteten Berichten der Qualitätszeitungen dar. Der überwiegende Großteil der Leserbriefe kritisierte und attackierte die Wehrmachtsausstellung zudem in abwertender Art und Weise. Positive Kommentare wurden, unabhängig davon ob es sich bei der Zeitung um ein Boulevardblatt oder um eine Qualitätszeitung handelte, kaum verfasst. Die Kleine Zeitung, welche der Wehrmachtsausstellung grundsätzlich positiv gegenüberstand, sah sich durch die vielen negativen Einsendungen sogar dazu veranlasst, ihre Leser zu einer breiten Diskussion aufzufordern, wobei die Redaktion dezidiert darauf hinwies, dass positive Statements über die Schau bisher Mangelware sein würden.<sup>310</sup>

Insgesamt vermittelten die in deutschen und österreichischen Zeitungen abgedruckten Leserbriefe ein erschütterndes Bild über die vergangenheitspolitische Einstellung eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Neben dem Hinweis auf die viel zitierte Anständigkeit des deutschen Soldaten und der Leugnung der von Wehrmachtssoldaten begangenen Verbrechen, bestritten zahlreiche Leserbriefschreiber beispielsweise die Präventivkriegsthese und lasteten die Schuld für die Erschießung von unschuldigen Zivilisten der sowjetischen Partisanenbewegung an. Ebenso standen niveaulose Angriffe gegen Ausstellungsgestalter Hannes Heer und hämische Bemerkungen über das Millionenerbe von Jan Philipp Reemtsma, dem Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung, auf der Tagesordnung. Schlichte Hinweise auf die pauschalierende und tendenziöse Gestaltung der Wehrmachtsausstellung

---

<sup>308</sup> Bayernkurier, Wie Deutsche diffamiert werden. 20.02.1997. In: Prantl, Wehrmachtsverbrechen (Hamburg 1997). S.252

<sup>309</sup> Kannonier, Geschichte. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen (Grünbach 1997). S.19

<sup>310</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.100

blieben in der Minderheit. Ein großer Teil der Leserbriefe stammte dabei von Angehörigen der Kriegsgeneration, beziehungsweise von ehemaligen Soldaten der Wehrmacht.

Für die ehemaligen Kriegsteilnehmer spielten in erster Linie die Medien der jeweiligen Veteranenorganisationen eine bedeutende Rolle. Diese übten einen vor allem im ländlichen Bereich nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Meinung innerhalb der Bevölkerung aus, wobei der einheitlich gegliederten Veteranenbewegung in Österreich spürbar mehr Gewicht und Bedeutung zukam, als den einzelnen unabhängig voneinander agierenden Gruppierungen in Deutschland.<sup>311</sup> Sowohl in Deutschland, als auch in Österreich traten die Medien dieser Organisationen als Sprachrohre der ehemaligen Wehrmachtssoldaten auf und versuchten mit teilweise beachtlichem Erfolg ihre ablehnende Haltung der Ausstellung gegenüber breiten Teilen der Bevölkerung näher zu bringen. So sandte beispielsweise der Österreichische Kameradschaftsbund einen Monat vor der Eröffnung der Schau in Salzburg 82 000 Exemplare seiner Zeitschrift Kameradschaft Aktiv an Salzburger Haushalte, wobei die Aussendung offensichtlich dem Zweck diene, die Bevölkerung vor einem Besuch der einseitigen Wehrmachtsschau zu warnen.<sup>312</sup>

#### 4.4.1 Die Rolle der Kronen Zeitung in der Debatte

Während sich die Ablehnung der Wehrmachtsausstellung durch eine überwiegende Zahl der Kriegsteilnehmer, sowie der älteren Generation, in Veteranenzeitschriften und Leserbriefen deutlich darstellte, lobten die Qualitätszeitungen der Alpenrepublik, sowie die überwiegende Mehrheit der österreichischen Historiker, die Schau nachdrücklich. Mit der Kronen Zeitung stellte sich jedoch die auflagenstärkste Zeitung des Landes auf die Seite der Ausstellungsgegner. Kein anderes Blatt beeinflusste die Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung so nachdrücklich wie die Krone. Von Beginn an vertrat die Zeitung konsequent die Linie der Ausstellungsgegner und machte mit teilweise äußerst fragwürdigen Methoden Stimmung gegen die Schau des Hamburger Instituts für Sozialforschung. „Ihre Tiraden waren of derart absurd, daß sie bereits als Realsatire gelesen werden hätten können,“<sup>313</sup> urteilte beispielsweise ein Mitarbeiter der Grünen Akademie in der Steiermark. Die Haltung der Krone in der Kontroverse rund um die Ausstellung prägte das Auftreten der

---

<sup>311</sup> vgl. Reemtsma, Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.56f.

<sup>312</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.110

<sup>313</sup> Brunnbauer, Ausstellungen. In: Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit (Wien 1999). S.24

politischen, sowie der medialen, Landschaft in Österreich jedenfalls nachhaltig und trug wesentlich zu einer polarisierenden Auseinandersetzung mit der Schau bei.

Drei Wochen vor der Präsentation der Wehrmachtsausstellung in Wien schaltete sich die Kronen Zeitung erstmals lautstark in die Debatte ein. Konkret warf sie den Ausstellungsmachern Verleumdung der Wehrmachtssoldaten vor und schwang sich somit, noch ehe der erste Ausstellungsbesucher die Schau in Österreich zu Gesicht bekommen hatte, zum Verteidiger der Soldatengeneration auf. Mit Hilfe von Gedichten, Reimen und Leserbriefen wurde der Position der auflagenstärksten Zeitung Österreichs zusätzlich Ausdruck verliehen. Dass führende Journalisten des Blattes nicht davor zurückschreckten, die Grenzen des guten Geschmacks zu überschreiten, wurde Anfang November anhand einer Stellungnahme von Kurt Seinitz deutlich. „Der Leiter des außenpolitischen Ressorts verstieg sich in einem Kommentar dazu, niederländische UNO-Soldaten, die das Massaker von Srebrenica im Juli 1995 nicht verhinderten, mit Soldaten der Deutschen Wehrmacht gleichzusetzen“<sup>314</sup>. Besonders auffallend war auch die starke Fokussierung der Krone auf die Präsentation der Ausstellung in Wien. Keine andere österreichische Zeitung thematisierte die Wehrmachtsausstellung zu diesem Zeitpunkt derartig häufig wie die Krone.<sup>315</sup> Als die Ausstellung jedoch nahezu ein Jahr nach ihrer Präsentation in Wien im September 1996 in Klagenfurt ausgestellt wurde, fiel die Beschäftigung der Krone mit dem Thema keineswegs so intensiv aus, wenngleich sich an der negativen Einstellung der Zeitung gegenüber der Wehrmachtsausstellung nichts geändert hatte.

Auch während der Präsentation der Schau in Linz hielt sich die Krone merklich zurück. „Die Regionalausgabe der Kronen Zeitung beschränkte sich – ganz anders als in Wien und Klagenfurt – auf wenige kurze Tatsachenmeldungen ohne Kommentare. Die sonst üblichen Angriffe unterblieben völlig und fanden sich nur auf den Leserbriefseiten.“<sup>316</sup> Verblüffenderweise konnte das Boulevardblatt der Schau sogar positive Seiten abgewinnen. So betonte die Krone in einem Artikel beispielsweise anerkennend den großen Besucheranstrom und wies zusätzlich darauf hin, dass es sich bei der Ausstellung nicht um einen pauschalen Angriff auf alle Wehrmachtssoldaten handeln würde.<sup>317</sup> Diese Einsicht, sowie die zurückhaltende und ausgewogene Berichterstattung, stellten im Vergleich zum

---

<sup>314</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.73

<sup>315</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.66

<sup>316</sup> Kannonier, Geschichte. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen (Grünbach 1997). S.19

<sup>317</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.115

Auftreten der Zeitung in den vergangenen Monaten nicht nur eine Wendung um 180 Grad dar, sie lassen auch eine partielle, möglicherweise auch zeitpunktbezogene, Autonomie des Chefredakteurs der oberösterreichischen Regionalausgabe gegenüber dem Herausgeber Hans Dichand vermuten.

Die ausgewogene Berichterstattung der Krone im Rahmen der Ausstellungspräsentation in Linz sollte jedoch eine einmalige Ausnahme bleiben. Als die Wanderausstellung am 1. Dezember 1997 ihre Tore in Graz öffnete, war die mediale Hetze der Krone gegen die Schau bereits voll entbrannt. Gleichzeitig ließ sich die Krone auf ein intensives Duell mit der Kleinen Zeitung ein, die sich offen mit der Wehrmachtsausstellung auseinandersetzte und zwei Tage vor der Ausstellungseröffnung auch eine Sonderbeilage zum Thema veröffentlicht hatte. In der umfangreichen Publikation führte die Kleine Zeitung ihre Leser „behutsam in die Thematik ein und bot einen chronologischen Überblick über den Zweiten Weltkrieg. Ausführlich konnten Kritiker und Befürworter Stellung beziehen, wurden Weltkriegsveteranen und Widerstandskämpfer porträtiert.“<sup>318</sup> Die Krone startete daraufhin eine beispiellose Kampagne gegen die auflagenstärkste Zeitung der Steiermark.

Unter dem Pseudonym Flavius hetzten der Herausgeber und seine Mitarbeiter gegen die Kleine Zeitung, wobei sie ihre Verachtung gegenüber der Ausstellung, sowie gegenüber dem Konkurrenzmedium, offen zur Schau stellten. Innerhalb von 13 Tagen erschienen in der Krone zwölf von Flavius erstellte Kommentare, wobei von allen unhaltbaren Vorwürfen die Flavius gegen die Wehrmachtsausstellung vorbrachte, die jeder wissenschaftlichen Forschung entbehrende Darstellung, wonach es sich beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion um einen Präventivkrieg gehandelt habe, besonders schwer wog.<sup>319</sup> Weiters wurden in gewohntem Stil die Gestalter und Unterstützer der Ausstellung verhöhnt, wobei die Kleine Zeitung vor allem für ihre umfangreiche Berichterstattung gescholten wurde. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang vor allem, dass die objektiv berichtende Kleine Zeitung von der Krone massiv angefeindet wurde, während die Neue Zeit nicht attackiert wurde, obgleich sich das der SPÖ nahe stehende Blatt ausgesprochen positiv über die Wehrmachtsausstellung äußerte und sich ebenfalls sehr intensiv mit der Schau auseinandersetzte.<sup>320</sup>

---

<sup>318</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.97

<sup>319</sup> vgl. Ebendort (Wien 2001). S.99

<sup>320</sup> vgl. Brunnbauer, Ausstellungen. In: Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit (Wien 1999). S.25

Hier dürfen rein wirtschaftliche Überlegungen die Strategie der Kronen Zeitung vorgegeben haben.<sup>321</sup> Während die Neue Zeit eine vergleichsweise geringe Leserschaft vorweisen konnte, stand die Kleine Zeitung als auflagenstärkstes Blatt der Steiermark mit der auf Rang zwei verwiesenen Krone in einem direkten Wettbewerb um die Lesergunst. Zusätzlich sah sich die Kleine Zeitung auch mit aufgebracht, die Wehrmachtsausstellung verachtenden, Leserbriefschreibern konfrontiert, wodurch kurzfristig der seltsame Eindruck entstehen musste, dass die Zeitung in Opposition zu ihrer eigenen Leserschaft stand. Der stellvertretende Chefredakteur der Kleinen Zeitung, Michael Fleischhacker, räumte in einer Stellungnahme jedenfalls ein, „dass die Flut an teilweise wütenden und geschichtsrevisionistischen Leserbriefen den Bogen der redaktionellen Belastbarkeit beinahe überspannt hätte“<sup>322</sup>, und zeigte sich erleichtert, als die Wehrmachtsausstellung am 11. Jänner 1998 ihre Pforten in Graz schloss. Die Auseinandersetzung mit Österreichs auflagenstärkstem Printmedium, in der die Kleine Zeitung ganz im Gegenteil zur Krone auf nüchterne Berichterstattung und Deeskalation gesetzt hatte, war damit beendet.

Im Rahmen der Präsentation der Schau in Salzburg setzte die Kronen Zeitung ihre Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung unbeeindruckt fort. Unter den Pseudonymen Cato und Flavius erneuerten der Herausgeber und seine Mitarbeiter die Fälschungsvorwürfe gegen die Ausstellung, wobei sie sich äußerst zweifelhafter Quellen bedienten. So wurde mit dem sogenannten Schustereit-Gutachten beispielsweise eine sehr einseitige Veröffentlichung zu Rate gezogen.<sup>323</sup> Weiters berief sich die Krone auf eine Publikation Joachim Hoffmanns, „in der dieser die revisionistische These vom Präventivkrieg der Wehrmacht gegen die Sowjetunion vertritt.“<sup>324</sup> Wenige Tage vor der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Salzburg gewährte die Krone schließlich den wichtigsten Ausstellungsgegnern die Veröffentlichung von Gastkommentaren. So konnten beispielsweise Landeshauptmann Schausberger, der FPÖ-Landtagsabgeordnete Gerhard Höggerl, sowie einen Tag nach der Eröffnung der Schau auch der ehemalige sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Salzburg Josef Reschen ihrer Kritik Ausdruck verleihen. Zusätzlich nutzte die Kronen Zeitung ihre Gegnerschaft zur Ausstellung auch für die Anwerbung neuer Abonnenten. In einem Schreiben der Krone an die etwa 36 000 Mitglieder des Salzburger Kameradschaftsbundes erneuerte das Boulevardblatt die Vorwürfe gegen die Ausstellung und äußerte wiederholt den unhaltbaren

---

<sup>321</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.135

<sup>322</sup> Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.102f.

<sup>323</sup> vgl. Schustereit, Gutachten (Stuttgart 1997). S.1ff.

<sup>324</sup> Sandner, Schau-Kämpfe. In: Embacher, Lichtblau, Sandner, (Hg.) Erinnerung (Salzburg / Wien 1999). S.34

Vorwurf, wonach zahlreiche in der Ausstellung gezeigte Bilder bewusst gefälscht worden wären.<sup>325</sup> Die unter den Pseudonymen Cato und Flavius erhobenen Vorwürfe lassen die Handschrift des Herausgebers deutlich zum Vorschein treten. Der ehemalige Marinesoldat Hans Dichand hatte sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet und empfand die Wehrmachtsausstellung nicht zuletzt als ungerechtfertigte Verurteilung seiner Person, sowie seiner ehemaligen Kameraden.

## **5. Die Debatte über die Wehrmachtsausstellung in Politik, Wissenschaft und Medien – Unterschiede und Kontinuitäten**

### 5.1 Politik

Die Reaktionen der politischen Gruppierungen in Deutschland und Österreich auf die Wehrmachtsausstellung fielen insgesamt sehr unterschiedlich aus. Tendenziell stieß das umstrittene Ausstellungsprojekt in der politischen Landschaft Deutschlands auf größeres Verständnis als in Österreich. So würdigten beispielsweise in Niedersachsen alle im Landtag vertretenen Parteien die erinnerungspolitische Bedeutung der Wehrmachtsausstellung und begrüßten die Ausrichtung der Schau „als wichtigen Beitrag zur Aufklärung“<sup>326</sup>, was in Österreich, alleine aufgrund der durchgehend ablehnenden Haltung der FPÖ, undenkbar war. Aber auch die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP brachten der Ausstellung wenig Sympathie entgegen. Im Gegensatz zur die Wehrmachtsschau aktiv unterstützenden SPD versteckten sich die österreichischen Sozialdemokraten an gleich mehreren Ausstellungsorten hinter salbungsvollen Worthülsen und traten der Schau einzig mit viel Opportunismus entgegen. Aktive Unterstützung in Form von finanzieller Subvention blieb in der Regel aus.

Die ÖVP wiederum trat nach einer kurzen Orientierungsphase spätestens ab Mitte Oktober 1996 konsequent und geschlossen gegen das Projekt auf. Dieses Verhalten steht in einem großen Kontrast zur Positionierung von CSU/CDU. Während die ÖVP ab Jahresende 1996 einheitlich und harmonisch agierte, kristallisierten sich innerhalb der bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls geschlossen gegen die Wehrmachtsausstellung auftretenden CSU/CDU unterschiedliche Positionierungen heraus, die in der eklatreichen Münchner Stadtratssitzung vom 11. Dezember 1996 ihren ersten Höhepunkt fanden.<sup>327</sup> In weiterer Folge reichten die von

---

<sup>325</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.170

<sup>326</sup> Greiner, Bruch-Stücke. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Ausstellung (Hamburg 1999). S.47

<sup>327</sup> vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.59ff.

den CSU/CDU-Akteuren vertretenen Ansichten über die Wehrmachtsschau von wohlwollender Befürwortung bis hin zu radikaler Ablehnung. Auffallend ist insbesondere, dass die innerhalb von CSU/CDU und FDP herrschende Meinungsvielfalt an den jeweiligen Ausstellungsorten offen zum Ausdruck gebracht wurde, während sich insbesondere die ÖVP bemühte, ihre Akteure auf Linie zu halten. Ob hierbei von der Parteispitze Vorgaben gemacht wurden, beziehungsweise Druck ausgeübt wurde, kann an dieser Stelle nicht geklärt, sondern lediglich vermutet, werden. Im Gegensatz zu CSU/CDU und FDP trat die ÖVP jedenfalls inhaltlich sehr geschlossen auf.

Allgemein war die Bereitschaft der politischen Parteien sich auf die Wehrmachtsausstellung einzulassen in Deutschland größer als in Österreich. Dies kann mitunter in der Erinnerungskultur der beiden Staaten begründet liegen. Während vor allem Westdeutschland seine Rolle als Nachfolgestaat des Dritten Reiches rasch akzeptierte und sich die Menschen in einem stärkeren Ausmaß bewusst waren, dass die Bewegung des Nationalsozialismus in ihrem Land ihren Aufstieg genommen hatte, präsentierte sich Österreich viele Jahre lang als Opfer Hitlerdeutschlands und lastete die Verantwortung für die beispiellosen Verbrechen des NS-Staates der Bundesrepublik an. Dies kann eine mögliche Erklärung dafür liefern, warum die SPD an zahlreichen Ausstellungsorten sehr offensiv für die Wehrmachtsschau eintrat und sich auch innerhalb von CSU/CDU teilweise Befürworter des Projekts fanden, während in Österreich die ÖVP die Schau eher ablehnend behandelte und auch die SPÖ an den meisten Ausstellungsorten keine aktive Unterstützung des Projekts wagte. In Österreich beschränkte sich die Zahl der aktiven Förderer deshalb zumeist auf Kleinparteien, wie die Grünen oder das Liberale Forum, deren politischer Einfluss gering war. Dass die Aufarbeitung der Vergangenheit von den politischen Parteien als ein in der österreichischen Bevölkerung wenig populäres Thema eingestuft wurde, zeigte sich auch im Verhalten der politischen Akteure vor Urnengängen. So versuchten beispielsweise die SPÖ und das Liberale Forum den Besuch der Wehrmachtsausstellung in Graz auf einen anderen Termin zu verschieben, zumal die beiden Parteien die Auseinandersetzung mit dem heiklen Thema im Grazer Gemeinderatswahlkampf vermeiden wollten.<sup>328</sup> In Deutschland spielten derlei Überlegungen bei den Befürwortern der Ausstellung hingegen keine Rolle.

Auch die radikalen Ausstellungsgegner waren in Österreich an den meisten Ausstellungsstandorten in einem stärkeren Maß vertreten als in Deutschland. So nahm

---

<sup>328</sup> vgl. Gaisbauer, Diskurs (Salzburg 2000). S.122

beispielsweise mit der FPÖ eine politisch durchaus einflussreiche Bewegung eine strikte Abwehrhaltung gegen die Schau ein, während sich in Deutschland meist nur wenig beachtete Kleinparteien mit dem Jargon der FPÖ schmückten und der Ausstellung aggressiven Widerstand entgegen brachten. Zwar erinnerte auch das populistische Auftreten der Münchner CSU an die Haltung der Freiheitlichen, die einseitige Politik von CSU-Chef Peter Gauweiler wurde jedoch nicht von allen Parteikollegen mitgetragen und führte auch innerhalb der Partei zu heftigen Kontroversen.<sup>329</sup> An den weiteren Ausstellungsorten gestaltete sich die Haltung der CDU/CSU ohnehin unterschiedlich. So waren es letztlich politisch vernachlässigbare Kleinparteien, wie die Republikaner oder der Bund Freier Bürger, die eine radikal ablehnende Position gegen die Wehrmachtsschau bezogen.

Eine Sonderrolle nahm in Deutschland freilich die rechtsradikale NPD ein. Ihr Aufmarsch in München sorgte nicht nur für ein weltweites Medienecho, sondern zeigte auch die negativen Folgen der, von den politischen Akteuren in polarisierender Art und Weise provozierten, Debatten rund um die Ausstellung auf.<sup>330</sup> Während sich die Neonazi-Aufmärsche in den folgenden Monaten in anderen deutschen Ausstellungsstädten wiederholten und die Teilnahme regelmäßig bei mehreren hundert Personen lag, blieben in Österreich derartige Protestzüge aus. Die Gründe hierfür sind schwer zu erklären. Als gesichert gilt jedenfalls, dass die auch in einigen Landtagen vertretene NPD in Deutschland auf Strukturen zurückgreifen konnte und nach wie vor kann, die in Österreich im rechtsextremen Bereich nicht in diesem Umfang vorhanden sind. Zusätzlich muss hinterfragt werden, ob die in Zusammenhang mit der Wehrmachtsausstellung getätigten unakzeptablen Aussagen von FPÖ-Politikern wie Jörg Haider oder John Gudenus, Rechtsradikalen möglicherweise auch eine Ventilfunktion geboten haben.

## 5.2 Wissenschaft

Der Wehrmachtsausstellung gelang es im Rahmen ihrer Präsentation nicht nur den Mythos der sauberen Wehrmacht in der breiten Öffentlichkeit zu enttarnen, sie führte auch zur Aufdeckung gravierender, wissenschaftlicher Fehlritte und nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen Mängel zur Enthüllung von massiven Schwächen der wissenschaftlichen Gesellschaft im Umgang mit Quellenmaterial. Die Wehrmachtsausstellung „nutzte und präsentierte ihre Quellen ausgesprochen selektiv, was sich wissenschaftlich und ausstellungsdidaktisch nicht

---

<sup>329</sup> vgl. Niven, Past (London / New York 2002). S.161

<sup>330</sup> vgl. Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz (München 1998). S.157f.



hinreichend begründen lässt.“<sup>331</sup> Das Ansehen der Geschichtswissenschaft wurde durch die Schau jedenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Auseinandersetzung mit der provozierend gestalteten Ausstellung gestaltete sich sowohl in Deutschland, als auch in Österreich über weite Strecken emotional und unseriös. In beiden Ländern fanden sich Befürworter, die als Betroffenheitsweltmeister auftraten und die Schau trotz ihrer Defizite unhinterfragt förderten. Gleichzeitig hetzten zahlreiche wissenschaftliche Gegner der Ausstellung mit revisionistischen Aussagen und unbewiesenen Fälschungsvorwürfen gegen das Projekt.

Im Gegensatz zu Deutschland übertrafen in Österreich die wissenschaftlichen Befürworter der Schau ihre Kritiker bei Weitem. Der Ausstellung wurde, sieht man von wenigen kritischen Stimmen ab, von Seiten der Geschichtswissenschaft nahezu einheitlich wissenschaftliche Seriosität bescheinigt.<sup>332</sup> Die Voreingenommenheit vieler Wissenschaftler im Umgang mit Themen der Erinnerungskultur, sowie die Tatsache einer engen Verflechtung von zahlreichen österreichischen Historikern mit politischen Bewegungen, trugen erheblich zu dieser peinlichen Fehleinschätzung bei. In Deutschland hingegen bildete sich neben den Ausstellungsbefürwortern sehr früh auch ein kritischer Umgang mit der Schau heraus. Erstaunlicherweise führte dies jedoch nicht zu einer raschen Aufdeckung der teilweise erheblichen Fehler der Wehrmachtsausstellung. Erst im Oktober 1999 explodierte die wissenschaftliche, aber auch die mediale, Kritik an der Schau in Deutschland. Grund dafür waren die dargebrachten Erkenntnisse des deutsch-polnischen Historikers Bogdan Musial. Interessant dabei ist vor allem, dass nicht das provokative Konzept der Schau, sondern einzelne, nicht in die Ausstellung gehörende Fotos, die im Rahmen der so genannten Bilderdebatte aufgeworfen wurden, die Schau letztlich zu Fall brachten.

### 5.3 Medien

Während der Debatte rund um die Wehrmachtsausstellung wurde die Schau von einer in ihrer Intensität stark schwankenden Medienberichterstattung begleitet, wobei die polarisierende Wirkung der Ausstellung nicht nur auf politische und wissenschaftliche Akteure nachhaltigen Einfluss nahm, sondern auch vor den Medien nicht Halt machte. Dementsprechend uneinheitlich stellten sich sowohl das Ausmaß, wie auch die Positionierung der jeweiligen Medien zur Ausstellung dar. Während in einigen deutschen Qualitätszeitungen bereits im Jahr

---

<sup>331</sup> Jureit, Zeigen. In: Mittelweg 36, Heft 1, 2004. S.9

<sup>332</sup> vgl. Mostbauer, Kultur (Wien 2001). S.114

1995 kritische Stimmen vorsichtig auf die Einseitigkeit der Ausstellung aufmerksam machten und sich bedingt durch positive, wie differenzierte Stellungnahmen ein Pluralismus innerhalb der deutschen Medienlandschaft herausbildete, stellte sich die Situation in Österreich bereits zu Beginn der Debatte als sehr gegensätzlich dar.<sup>333</sup> Während die Kronen Zeitung, gelenkt und beeinflusst durch ihren mächtigen Herausgeber und Kriegsveteran Hans Dichand, der Wehrmachtsausstellung mit Hilfe von populistischer Schwarz-Weiß-Malerei, sowie unter bewusster Verdrehung der historischen Tatsachen, den Kampf ansagte, reagierte die österreichische Qualitätspresse nahezu ausschließlich positiv auf das Projekt. Diese zu Beginn großteils unkritische Haltung gegenüber der Wehrmachtsausstellung stellte nicht nur eine deutliche Abgrenzung zur einseitig hetzenden Kronen Zeitung dar, sie war freilich auch durch die politische Situation und hier insbesondere durch das geschichtspolitisch bedenkliche Auftreten führender FPÖ-Politiker beeinflusst.

In Deutschland strebte die Intensität der Medienberichterstattung im Rahmen der Ereignisse in München im Frühjahr 1997 ihrem Kulminationspunkt zu. Gleichzeitig löste die Aufdeckung gravierender Mängel an der Schau im Spätherbst 1999 mediale Eruptionen aus. Die in den deutschen Medien unter Mitwirkung führender Historiker geäußerte Empörung gegen die Fehler der Schau, brachte das Hamburger Institut für Sozialforschung in eine unhaltbare Situation. Insgesamt führte der mediale Druck zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust der Ausstellungsmacher und in weiterer Folge zur Rücknahme der Ausstellung.<sup>334</sup> In Österreich nahm das Interesse der Medien nach den Eskapaden in München ebenfalls zu und erreichte während der Präsentation der Wehrmachtsausstellung in Salzburg im Frühjahr 1998 ihren Höhepunkt. Nach der Beendigung der Ausstellung in Salzburg am 12. April 1998 war kein weiterer österreichischer Ausstellungsort mehr vorgesehen, was zwangsläufig dazu führte, dass das Thema Wehrmachtsausstellung für die österreichischen Medien an Interesse verlor. Das aufgrund der im Herbst 1999 zu Tage getretenen Ausstellungsmängel ausgelöste Auftreten der deutschen Presse gegen die Schau, fand in Österreich in dieser Intensität nicht statt.

---

<sup>333</sup> vgl. Kannonier, Geschichte. In: Kepplinger, Kannonier, (Hg.) Irritationen (Grünbach 1997). S.18f.

<sup>334</sup> vgl. Reemtsma, Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004. S.64f.

## 6. Anhang

### 6.1 Literaturverzeichnis

Miriam Y. Arani, „Und an den Fotos entzündete sich die Kritik“, Die „Wehrmachtsausstellung“, deren Kritiker und die Neukonzeption. Ein Beitrag aus fotohistorisch-quellenkritischer Sicht. In: Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie. Heft 85/86, 2000. S.97-124.

Rudolf G. Ardelt, Zumutungen und Auseinandersetzungen. Reflexionen zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ in Linz. In: zeitgeschichte, Jg. 24, Heft 11/12. 1997. S.346-364.

Michael Beleites, Isolierte Aufarbeitung? Zur zweigleisigen Erinnerungskultur in Deutschland und ihren Folgen. In: Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit (Göttingen 2009). S.48-58.

Gerhard Botz, Alexander Salzmann, Erklärungen zu Österreichs NS-Vergangenheit (1988 – 2007). In: Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel, (Hg.) Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Frankfurt am Main 2008). S.639-676.

Gerhard Botz, Die „Waldheim-Affäre“ als Widerstreit kollektiver Erinnerungen. Zur Gegenwärtigkeit und Transformation von Vergangenem. In: Barbara Tóth, Hubertus Czernin, (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006). S.74-95.

Gerhard Botz, Gerald Sprengnagel, (Hg.) Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Frankfurt am Main 2008).

Susanne Brandt, Wenig Anschauung? Die Ausstrahlung des Films Holocaust im westdeutschen Fernsehen. (1978/79) In: Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang

Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2003). S.257-268.

Alice Brauner-Orthen, Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen (Opladen 2001).

Hermann-Josef Brodesser, Bernd Josef Fehn, Tilo Franosch, Wilfried Wirth, Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte – Regelungen – Zahlungen (München 2000).

Ernst Bruckmüller, Nation Österreich. Kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse (Wien 1996).

Ulf Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld (Wien 1999).

Ulf Brunnbauer, „Ich will Ausstellungen, die Freude bereiten“. Die Wehrmachtsausstellung in Graz – zwischen Gedächtnis und Geschichte. In: Ulf Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld (Wien 1999). S.14-30.

Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter (Wien 2003).

Christoph Cornelißen, (Hg.) Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Essen 2005).

Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2003).

Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, Nationale Erinnerungskulturen seit 1945 im Vergleich. In: Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2003). S.9-27.

Christoph Cornelissen, Vergangenheitsbewältigung – ein deutscher Sonderweg? In: Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit (Göttingen 2009). S.21-36.

Jürgen Danyel, Der vergangenheitspolitische Diskurs in der SBZ / DDR 1945–1989. In: Christoph Cornelißen, (Hg.) Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Essen 2005). S.173-195.

Die „Schausberger-Botz-Kontroverse“. In: Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999). S.231-241.

Franz Dobusch, Reden zur Ausstellungseröffnung. In: Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier, (Hg.) Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz (Grünbach 1997). S.25-27.

Oskar Dohle, Peter Eigelsberger, Camp Marcus W. Orr. „Glasenbach“ als Internierungslager nach 1945 (Linz / Salzburg 2009).

Helmut Donat, Arn Strohmeyer, (Hg.) Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Bremen 1996/97 (Bremen 1997).

Heinz Dopsch, Kleine Geschichte Salzburgs. Stadt und Land (Salzburg 2009).

Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits, (Hg.) Die Fratze der eigenen Geschichte. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg (Berlin 1999).

Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999).

Walter Fanta, Der Ulrichsbergdiskurs. In: Walter Fanta, Valentin Sima, „Stehst mitten drin im Land.“ Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart (Klagenfurt 2003). S.11-156.

Walter Fanta, Valentin Sima, „Stehst mitten drin im Land.“ Das europäische Kameradentreffen auf dem Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart (Klagenfurt 2003).

Bernd Faulenbach, Deutsche Erinnerungsgesellschaft Ost und West seit 1989 / 90. In: Christoph Cornelißen, (Hg.) Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945. Für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission (Essen 2005). S.453-472.

Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit (München 1996).

Regina Fritz, Carola Sachse, Edgar Wolfrum, (Hg.) Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa (Göttingen 2008).

Helmut P. Gaisbauer, Der politische Diskurs zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ in Österreich. Eine Analyse der Debatten an den Ausstellungsorten Wien, Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg unter besonderer Berücksichtigung geschichtspolitischer Problemstellungen und der Diskursmacht der Printmedien (Salzburg 2000).

Winfried R. Garscha, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen. In: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder, (Hg.) NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000). S.852-883.

Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust (Berlin 1996).

Manfred Görtemaker, Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (München 2002).

Hannes Grandits, Karin M. Schmidlechner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, (Hg.) „Der Krieg geht uns alle an. Wie gehen wir damit um?“ Geschichtswerkstatt Graz ´97. Eine Dokumentation (Graz 1998).

Bernd Greiner, Bruch-Stücke. Sechs westdeutsche Beobachtungen nebst unfertigen Deutungen. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Hamburg 1999). S.15-86.

Michael Th. Greven, Oliver von Wrochem, (Hg.) Der Krieg in der Nachkriegszeit. Der Zweite Weltkrieg in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik (Opladen 2000).

Wiebke Gröschler. Der Wandel eines Täterbildes. Von der ersten zur zweiten „Wehrmachtsausstellung“ (Köln 2008).

Klaus Große Kracht, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945 (Göttingen 2005).

Grüne Akademie, Einleitung. In: Ulf Brunnbauer, (Hg.) Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld (Wien 1999). S.9-13.

Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Hamburg 1999).

Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog (Hamburg 1996).

Katrin Hammerstein, Schuldige Opfer? Der Nationalsozialismus in den Gründungsmythen der DDR, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland. In: Regina Fritz, Carola Sachse, Edgar Wolfrum, (Hg.) Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa (Göttingen 2008). S.39-61.

Katrin Hammerstein, Ulrich Mählert, Julie Trappe, Edgar Wolfrum, (Hg.) Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit (Göttingen 2009).

Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte (München 2005).

Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf. In: Hannes Heer, Klaus Naumann, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944. 2. Auflage (Hamburg 1995). S.104-131.

Hannes Heer, Klaus Naumann, Einleitung. In: Hannes Heer, Klaus Naumann, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944. 2. Auflage (Hamburg 1995). S.25-36.

Hannes Heer, Klaus Naumann, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944. 2. Auflage (Hamburg 1995).

Hannes Heer, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei (Berlin 2004).

Hannes Heer. Vom Verschwinden der Täter. Die Auseinandersetzungen um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 50, 2002. S.869-898.

Gerhard Hirschfeld, (Hg.) Bericht der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (o.O. 2000).

Christoph Hölscher, NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989) (Berlin 2002).

Bernd Hüppauf, Der entleerte Blick hinter der Kamera. In: Hannes Heer, Klaus Naumann, (Hg.) Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944. 2. Auflage (Hamburg 1995). S.504-527.



Jens Jäger, Fotografie und Geschichte (Frankfurt am Main 2009).

Lonnie R. Johnson, Nationen und Nationalismen in globaler Perspektive: Reflexionen über Ursprünge, Entwicklungen und gegenwärtige Transitionen am Beispiel Österreich. In: Helmut Kramer, Karin Liebhart, Friedrich Stadler, (Hg.) Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler (Wien 2006). S.93-102.

Ulrike Jureit, (Red.) Stiftung Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944. Ausstellungskatalog (Hamburg 2002).

Ulrike Jureit, „Zeigen heißt verschweigen“. Die Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht. In: Mittelweg 36, Heft 1, 2004. S.3-27.

Reinhard Kannonier, Geschichte, Politik und Öffentlichkeit. Die Vorbereitungsphase: ein kurzes Lehrstück über lange Irrwege. In: Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier, (Hg.) Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz (Grünbach 1997). S.9-20.

Stefan Karner, Gerald Schöpfer, (Hg.) Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Die Beiträge des Symposions an der Universität Graz 1997 (Graz 1998).

Brigitte Kepplinger, Einleitung. In: Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier, (Hg.) Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz (Grünbach 1997). S.7-8.

Brigitte Kepplinger, Reinhard Kannonier, (Hg.) Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz (Grünbach 1997).

Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration – Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg. In: Rolf Steininger, Michael Gehler, (Hg.) Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd.2 (Wien / Köln / Weimar 1997). S.34-36.

Jan-Holger Kirsch, Wir haben aus der Geschichte gelernt. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland (Köln / Weimar / Wien 1999).

Johannes Klotz, „Anständige Leute“. Zur Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. In: Johannes Klotz, Ulrich Schneider, (Hg.) Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten – Faschismus / Holocaust / Wehrmacht (Köln 1997). S.174-204.

Johannes Klotz, Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. Zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik. In: Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette, Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege (Berlin 2001). S.116-176.

Johannes Klotz, Ulrich Schneider, (Hg.) Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten – Faschismus / Holocaust / Wehrmacht (Köln 1997).

Volkhard Knigge, (Hg.) Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (Bonn 2005).

Helmut Kramer, Karin Liebhart, Friedrich Stadler, (Hg.) Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler (Wien 2006).

Kulturreferat der Landeshauptstadt München, (Hg.) Bilanz einer Ausstellung. Dokumentation der Kontroverse um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in München, Galerie im Rathaus 25.2. bis 6.4.1997 (München 1998).

Eleonore Lappin, Bernhard Schneider, (Hg.) Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-) Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (St. Ingbert 2001).

Helmut Lethen, Der Text der Historiografie und der Wunsch nach einer physikalischen Spur. Das Problem der Fotografie in den beiden Wehrmachtsausstellungen. In: zeitgeschichte, Jg. 29, Heft 3/4. 2002. S.76-97.

Konrad Paul Liessmann, Die Insel der Seligen. Österreichische Erinnerungen (Innsbruck 2005).

Ingrid Lindorfer, Der Österreichische Kameradschaftsbund und seine Beziehungen zu den politischen Parteien Österreichs (Wien 1996).

Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei (München 2009).

Walter Manoschek, Die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt. „Verflucht sei, wer seine Väter nicht in Ehren hält.“ In: Mittelweg 36, Heft 6, 1996. S.80-86.

Manfred Messerschmidt, Der Landeshauptmann als Historiker: Franz Schausberger und die „Wehrmachtsausstellung“ im Land Salzburg. In: Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999). S.79-95.

Richard Mitten, Der kurze Schatten der Vergangenheit. In: Barbara Tóth, Hubertus Czernin, (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006). S.109-123.

Horst Möller, Vorwort. In: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte (München 2005). S.9-15.

Hans Mommsen, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945. In: Christoph Cornelißen, Lutz Klinkhammer, Wolfgang Schwentker, (Hg.) Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945 (Frankfurt am Main 2003). S.95-107.

Rainer Mostbauer, Die politische Kultur in Österreich und die Kontroverse über die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Wien 2001).

Bogdan Musial, Bilder einer Ausstellung. Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 47, 1999. S.563-593.

Bogdan Musial, Die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und der Bericht der Kommission zu ihrer Überprüfung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Jg. 49, 2001. S.712-731.

Bogdan Musial, Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941 (Berlin / München 2000).

Klaus Naumann, Wenn ein Tabu bricht. Die Wehrmachts-Ausstellung in der Bundesrepublik. In: Mittelweg 36, Heft 1, 1996. S.11-24.

Brigitta Nedelmann. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ und die Konstruktion öffentlicher Diskurse. In: Hamburger Institut für Sozialforschung, (Hg.) Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ (Hamburg 1999). S.230-261.

Joachim Neurieser, Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945 (Wien 2008).

John William Niven, Facing the Nazi Past. United Germany and the Legacy of the Third Reich (London / New York 2002).

Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942 (Köln / Weimar / Wien 2004).

Anton Pelinka, Trendwende und Polarisierung. In: Barbara Tóth, Hubertus Czernin, (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006). S.157-164.

Dieter Pohl, Die Kooperation zwischen Heer, SS und Polizei in den besetzten sowjetischen Gebieten. In: Christian Hartmann, Johannes Hürter, Ulrike Jureit, (Hg.) Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte (München 2005). S.107-116.

Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens (München 1996).

Alexander Pollak, Die Historisierung eines Tabubruchs. Von der umstrittenen Entmythologisierung des Bilds der „sauberen Wehrmacht“ zur versachlichten Dokumentation des Vernichtungskrieges: ein Vergleich der beiden Wehrmachtsausstellungen. In: zeitgeschichte, Jg. 29, Heft 3/4. 2002. S.56-63.

Heribert Prantl, Sind wir noch zu retten? Anstiftung zum Widerstand gegen eine gefährliche Politik (München / Wien 1998).

Heribert Prantl, (Hg.) Wehrmachtsverbrechen. Eine deutsche Kontroverse (Hamburg 1997).

Diether Raff, Vom alten Reich zum vereinten Deutschland (München 2001).

Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005 (Wien 2005).

Donald Rayfield, Stalin und seine Henker (München 2004).

Jan Philipp Reemtsma, Mord am Strand. Allianzen von Zivilisation und Barbarei. Aufsätze und Reden (Hamburg 1998).

Jan Philipp Reemtsma, Zwei Ausstellungen. In: Mittelweg 36, Heft 3, 2004.

Margit Reiter, Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis (Innsbruck 2006).

Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte (München 1998).

Susanne Rolinek, „Ist es wirklich schon vorbei?“ Die „Wehrmachtsausstellung“ als Ort der umkämpften Erinnerung. In: Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999). S.182-205.

Birgit Rommelspacher, Anklage und Entlastung. Sozialpsychologische Aspekte der Goldhagen-Debatte. In: Jürgen Elsässer, Andrei S. Markovits, (Hg.) Die Fratze der eigenen Geschichte. Von der Goldhagen-Debatte zum Jugoslawien-Krieg (Berlin 1999). S.29-43.

Günther Sandner, Schau-Kämpfe. Geschichtspolitik und „Wehrmachtsausstellung“ im Land Salzburg. In: Helga Embacher, Albert Lichtblau, Günther Sandner, (Hg.) Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Salzburg / Wien 1999). S.26-57.

Dieter Schmidt-Neuhaus, Die Tarnopol Stellwand der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“. Eine Falluntersuchung zur Verwendung der Bildquellen. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.596-603.

Hartmut Schustereit, Gutachten zur Einleitung von Heer, Hannes / Naumann, Klaus (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995 und den Beiträgen Heer: Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, S.55-77 sowie: Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, S.104-138 (Stuttgart 1997).

Rolf Steininger, Michael Gehler, (Hg.) Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Bd.2 (Wien / Köln / Weimar 1997).

Gerald Stourzh, 1945 und 1955: Schlüsseljahre der Zweiten Republik. Gab es die Stunde Null? Wie kam es zu Staatsvertrag und Neutralität? (Innsbruck 2005).

Streitgespräch zur Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht“ zwischen Stefan Karner und Walter Manoschek. In: Stefan Karner, Gerald Schöpfer, (Hg.) Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Die Beiträge des Symposiums an der Universität Graz 1997 (Graz 1998). S.181-204.

Arn Strohmeier, Die Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung in Bremen – Ein Lehrbeispiel der unrühmlichen Art. In: Helmut Donat, Arn Strohmeier, (Hg.) Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Bremen 1996/97 (Bremen 1997). S.28-36.

Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder, (Hg.) NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000).

Hans-Günther Thiele, (Hg.) Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse. Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatte am 13. März und 24. April 1997 (Bremen 1997).

Barbara Tóth, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder (Wien 2010).

Barbara Tóth, Hubertus Czernin, (Hg.) 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte (Wien 2006).

Gerd R. Ueberschär, Stauffenberg. Der 20. Juli 1944 (Frankfurt am Main 2004).

Heidemarie Uhl, Das erste Opfer. Das österreichische Gedächtnis und seine Transformation in der Zweiten Republik. In: Eleonore Lappin, Bernhard Schneider, (Hg.) Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-) Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus (St. Ingbert 2001). S.30-46.

Heidemarie Uhl, Sprechen über den Krieg. Der Zweite Weltkrieg in der kollektiven Erinnerung der Nachkriegszeit. In: Hannes Grandits, Karin M. Schmidlechner, Andrea Strutz, Heidemarie Uhl, (Hg.) „Der Krieg geht uns alle an. Wie gehen wir damit um?“ Geschichtswerkstatt Graz '97. Eine Dokumentation (Graz 1998). S.82-85.

Krisztián Ungváry, Echte Bilder – problematische Aussagen. Eine quantitative und qualitative Fotoanalyse der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999. S.584-595.

Wolfram Wette, Die Wehrmacht. Feindbilder. Vernichtungskrieg. Legenden (Frankfurt am Main 2002).

Karin Windpessl, Ein Streit zwischen „zwei Blättern vom selben Baum“. Der Kreisky-Wiesenthal-Konflikt. Dokumentation und Analyse (Wien 2007).

Edgar Wolfrum, Die beiden Deutschland. In: Volkhard Knigge, (Hg.) Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (Bonn 2005). S.153-169.

Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart (Stuttgart 2006).

Markus Zöchmeister, Joachim Sauer, Langes Schweigen – späte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg (Innsbruck 2005).



## 6.2 Zeitungen und Zeitschriften

Badische Zeitung: 22.02.1996.

Bayernkurier: 20.02.1997; 01.03.1997.

Der Spiegel: Heft 10, 03.03.1997; Heft 23, 07.06.1999.

Der Standard: 19.10.1995.

die tageszeitung: 20.02.1997.

Die Welt: 05.04.1997.

Focus: Heft 17, 21.04.1997; Heft 6, 02.02.1998; Heft 43, 25.10.1999; Heft 45, 08.11.1999.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung: 06.04.1997.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: 03.03.1997.

Münchener Merkur: 24.02.1997; 27.02.1997.

News: Heft 41, 12.10.1995.

profil: Heft 52, 23.12.1995.

Salzburger Nachrichten: 23.12.1996; 30.12.1996.

Süddeutsche Zeitung: 13.12.1996; 15.02.1997; 19.02.1997; 20.02.1997; 25.02.1997;  
26.02.1997; 13.03.1997; 19.03.1997.

tz München: 20.02.1997; 03.03.1997.

Welt am Sonntag: 24.10.1999.

Weser-Kurier: 21.11.1996.

### 6.3 Fachzeitschriften

Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Photographie. Heft 85/86, 2000.

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Jg. 50, 1999.

Mittelweg 36: Heft 1, 1996; Heft 6, 1996; Heft 1, 2004; Heft 3, 2004.

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte: Jg. 47, 1999.

zeitgeschichte: Jg. 24, Heft 11/12. 1997; Jg. 29, Heft 3/4. 2002.

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft: Jg. 49, 2001; Jg. 50, 2002.

#### 6.4 Internetquellen

[www.sbg.ac.at/ges/schausberger.htm](http://www.sbg.ac.at/ges/schausberger.htm)

[www.verbrechen-der-wehrmacht.de/pdf/archivpm\\_vernichtungskrieg1.pdf](http://www.verbrechen-der-wehrmacht.de/pdf/archivpm_vernichtungskrieg1.pdf)

## 6.5 Abstract

Im Februar 1997 gerät eine von wissenschaftlicher Seite vielfach unterstützte und gelobte Ausstellung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Während Bilder des Neonazi-Aufmarsches in München in ganz Europa auf Ablehnung und Entsetzen stoßen und politisch renommierte Parteien zum Boykott der Schau aufrufen, darf sich die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ über Rekordbesuche ungeahnten Ausmaßes freuen. Gleichzeitig beschert das öffentliche Interesse der so genannten Wehrmachtsausstellung aber auch eine von der breiten Masse begleitete Diskussion über ihre Seriosität und Ausgewogenheit. Bedingt durch populistische Positionierungen zahlreicher Politiker, sowie aufgrund der starken Einbindung der Medienlandschaft, wie der breiten Öffentlichkeit in die Debatte, führt die bei ihrer Präsentation im März 1995 wenig beachtete Ausstellung ab dem Frühjahr 1997 zu einer ungeahnten Polarisierung der Gesellschaft. Neben den Generationenkonflikten, die offen zum Vorschein treten, wird auch innerhalb der Historiker ein uneinheitliches Bild sichtbar. Wissenschaftliche Institutionen und Experten reagieren völlig unterschiedlich und uneinheitlich auf die Wehrmachtsausstellung. Von breiter Unterstützung und Förderung bis hin zu strikter Ablehnung sind alle Positionen vertreten. Spätestens ab dem Frühjahr 1997 stößt die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung auf ihrer Reise durch deutsche und österreichische Städte auf unterschiedlichste Reaktionen. Die Resonanz von Politik, Medien, Wissenschaft und nicht zuletzt auch der Ausstellungsbesucher prägen die Schau wesentlich und vermitteln einen Eindruck der komplexen gesellschaftlichen Beziehungen und Verbindungen innerhalb der beiden Länder.

Selbst lange nach den Ereignissen von München kommt die Wehrmachtsausstellung nicht zur Ruhe. Vor allem der Streit um einzelne in der Ausstellung gezeigte Abbildungen bringt die Ausstellungsgestalter des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Argumentationsnot. Die über sie hereinbrechende Kritik wird anfangs nur vereinzelt geäußert und entbehrt vielfach jeglicher seriöser Grundlage. Im Herbst 1999 verdichtet sich die Kritik jedoch. Der Historiker Bogdan Musial läutet im November 1999 schließlich das Ende der Ausstellung ein, indem er nach umfangreichen Recherchen fundiert und sachlich nachweist, dass den Gestaltern der Ausstellung schwerwiegende Fehler unterlaufen sind. Daraufhin wird das Projekt von medialer und wissenschaftlicher Kritik überhäuft. Dass die Ausstellungsmacher rund um ihren Leiter Hannes Heer alle Unstimmigkeiten zurückweisen und sich wie auch in den Jahren

zuvor starr weigern die aufgedeckten Fehler zur Kenntnis zu nehmen, führt schließlich zum Bruch zwischen dem Institut und dem Ausstellungsleiter. Die jahrelang ausgetragene Kontroverse endet letztlich mit einem Machtwort Jan Philipp Reemtsmas. Der Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung ruft die umstrittene Ausstellung zurück und entlässt zudem den nicht weniger umstrittenen Leiter des Projekts. Als im November 2001 die in ihrem Wesen komplett veränderte Neuauflage der Wehrmachtsausstellung präsentiert wird, findet die Diskussion über die Verbrechen der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg schließlich eine sachliche und würdige Fortsetzung.

## 6.7 Kurzbiographie

### **Persönliche Daten:**

Name: Lukas Grossberger  
Adresse: Treffling 203, 3353 Seitenstetten  
Geburtsdatum: 31.01.1986  
Geburtsort: Waidhofen/Ybbs  
Familienstand: ledig  
Eltern: Franz und Anna Grossberger  
Geschwister: 1 Schwester  
Religionsbekenntnis: römisch-katholisch  
Staatsbürgerschaft: Österreich

### **Bildungsweg:**

ab 1992: Volksschule Seitenstetten  
ab 1996: Hauptschule Seitenstetten  
ab 2000: Bundeshandelsakademie Waidhofen/Ybbs  
  
seit WS 2006/2007: Studienbeginn an der Universität Wien  
Diplomstudium Geschichte

### **Relevante Praktika:**

August 2008: Heeresgeschichtliches Museum  
August 2009: Österreichisches Staatsarchiv / Archiv der Republik